DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

201 | 18. JAHRGANG | Juni 2001 | 8,00 DM / 4,00 Euro

Die verschiedenen Gesichter der Anti-Globalisierungsbewegung

Von Kampagne zu Kampagne

Ende April 2001 zeigten diverse Gruppen wieder einmal ihre Mobilisierungsfähigkeit gegen die neoliberale Globalisierung, diesmal in Québec anlässlich des Wirtschaftsgipfels zur Errichtung der Free Trade Area of the Americas (FTAA). Über 30.000 Menschen demonstrierten gegen die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone, während US-Präsident Bush erklärte, dass der Freihandel nicht nur allen zunehmenden Wohlstand bringe, sondern auch die Demokratie stärke.

Heiko Wegmann, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft BUKO ● Bei der Ablehnung solcher Plattheiten dürften sich die ProtestiererInnen wohl einig sein. Bei weiter gehenden Fragen öffnen sich jedoch Gräben. Von rechten Heimatschützern u.ä. einmal abgesehen, lassen sich derzeitig vor allem drei Strömungen ausmachen, die sich auf verschiedene Weise mit der neoliberalen Globalisierung und ihren Institutionen auseinandersetzen.

Dazu gehören einmal solche Nichtregierungs-Organisationen (NGOs), die zur herrschenden Politik grundsätzlich kaum Widersprüche haben. Sie setzen primär auf punktuelle Reformen, von denen die RegierungsvertreterInnen mittels ExpertInnenwissen, also durch das bessere Argument überzeugt werden sollen. Straßenprotesten begegnet man mit *einer gewissen Vorsicht. Im besten Fall können sie* die eigene Position stärken. Aber es besteht bei Straßenmobilisierung immer die Gefahr, dass diese unkontrollierbar werden und ins »Chaotische« abdriften. Dadurch könnte dann die langwierige Lobbyarbeit plötzlich bedeutungslos werden.

Eine weitere Strömung ist vom Links-Keynesianismus gekennzeichnet. Sie setzt an der mangelnden Verteilungsgerechtigkeit des Systems an und fordert sozusagen einen starken (linken) Staat, der das Zeug hat, den Konzernen Einhalt zu gebieten. Netzwerke wie *ATTAC* (Vereinigung zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte), die *Euromärsche* (gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung und Ausgrenzung) oder die französische Gruppe *raisons d'agir* um den Soziologen *Pierre Bourdieu* beziehen sich letztlich positiv auf den nur anders zu besetzenden Staat und verlieren so dessen Herrschaftsförmigkeit aus dem Blick. Die entscheidende Rolle des politischen Systems bei der Durchkämpfung neoliberaler Reformen erscheint so als historische Fehlentwicklung; das Problem liegt dem gemäß lediglich in einer konkreten, aktuellen Politik. Allerdings ist ihre Aktionsform im Allgemeinen wesentlich konfrontativer und Basisorganisierung *wird als eigenes Ziel angesehen.*

Drittens ist das anti-institutionalistische Spektrum zu nennen, das sich einen konfrontativen Kurs auf die Fahnen geschrieben hat. Dessen Aktionen hatten wesentlichen Anteil am Erfolg der Protestaktionen gegen Tagungen internationaler Organisationen wie in Seattle und Prag. Unverkennbar ist jedoch, dass Parolen wie »Kill the WTO« und »Gegen Neoliberalismus« nicht im gleichen Maße fantasievoll sind wie die ausgerufenen Global Action Days und mehr Klarheit vorspiegeln, als vorhanden ist. Die basisdemokratische Vernetzung ist ein zentrales Ziel. Die Organisierung jenseits von Organisationen (so wird immer wieder darauf bestanden, dass *»People's Global Action«* keine Organisation sei) lässt dabei offen, wie diese Vernetzung jenseits aktueller Kampagnen verstetigt werden kann. Schließlich unterliegen diese doch auch immer Konjunkturen: früher einmal bedeutete »Kampagne« Saison, Geschäftszeit. Während Kampagne auch »Feldzug« meinte, spielt sich ein wesentlicher Teil der heutigen »Formierung« von Protest in elektronischen und Lufträumen ab. Schließlich vollziehen alle drei Spektren bei ihrer Orientierung auf internationale Events die teilweise zu beobachtende Transnationalisierung von Staat und Ökonomie nach.

Die folgenden beiden Artikel haben einerseits aktuelle Entwicklungen im Welthandel zum Thema. Gegenstand sind dabei die Tendenzen zur Deregulierung bei Dienstleistungen, verbunden mit der Privatisierung öffentlicher Dienste, und die fatalen Auswirkungen des internationalen Patentrechts, das Extraprofite schützt und den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten in Ländern des Südens stark behindert. Vorgestellt werden andererseits auch darauf bezogene Kampagnen mit ihren Forderungen und Begrenzungen. Der dritte Beitrag bezieht sich ausschließlich auf den Versuch verschiedener sozialer Bewegungen aus der ganzen Welt, sich zu vernetzen, ohne in die Fallen der Institutionalisierung zu laufen.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 9

Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO
(Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen)
www.epo.de/buko
www.buko24.de

AUS DEM INHALT:

BUNDESWEHR

Die Saarlandbrigade ist eine Fallschirmjäger-Eliteeinheit und gehört zu den Einsatzkräften der Bundeswehr, die für weltweite Interventionen vorgesehen sind. Nach den intensiven Debatten über Rechtsextremismus im letzten Sommer will die Saarlandbrigade selbstkritisch mit gutem Beispiel vorangehen und räumt ein, dass man oft zu leichtfertig mit der deutschen Vergangenheit umgegangen sei. Seite 3

BLUMENIMPORTE

Jede dritte Blume wird aus Afrika eingeflogen. Hier sollen sie Freude bereiten. Dort steckt harte Arbeit unter oft menschenunwürdigen Bedingungen dahinter. Das »Flower Label Programm« bietet Alternativen. Es garantiert ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz. Seite 4

RUSSLAND

»Frauen müssen sich bewusst werden, dass man die eigenen Rechte nur erkämpfen kann, sonst bekommt man sie nicht.« Tatiana Chipolu von der »Bewegung der Frauen Russlands« im Gespräch mit Ricarda Buch auf Seite 5.

SUBCOMA

p.m.'s neuestes Buch ist ein politisches Buch in der Tradition von »bolò'bolo«, Provokativ und richtungsweisend, im Gewand eines »hilfreichen Haushaltsbuches«, für das Leben nach der Wirtschaft. Seite 6

ATTAC

Die französische Vereinigung ATTAC (Assoziation für die Besteuerung der Finanztransaktionen zum Nutzen des Staatsbürgers) wurde im Sommer 1998 gegründet. Mittlerweile hat sie 28.000 individuelle Mitglieder und 180 örtliche Komitees. Auch in Deutschland gibt es inzwischen einen Ableger, der seinen Sitz in Verden an der Aller hat. Seite 10/11

GENOSSENSCHAFTEN

»Aller Anfang ist schwer«, sagt ein Sprichwort, und das scheint auch für die Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft zu gelten. Aber es gibt für die Initiatoren verschiedene Beratungsmöglichkeiten, z.B. durch bereits eingeführte Genossenschaften, Prüfungsverbände und nicht zuletzt durch anwaltliche Berater. Seite 12

Den Erwerb und die Sanierung einer Arbeitersiedlung hat sich die Bewohnergenossenschaft RIWET-HO eG i.G. in Oberhausen »auf die Fahnen geschrieben«. Mit ihrer langen Auseinandersetzung und der jetzigen Anerkennung als Modellprojekt für eine Selbstorganisation der Mieter in NRW kann das Projekt als Anstoß für neue Initiativen dienen. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

GROSSE WENDE IM FALLE MUMIA ABU-JAMAL!!

Brisantes Entlastungsmaterial vorgelegt

In einer dramatischen Pressekonferenz Anfang Mai hatte das neue Verteidigungsteam Mumias, der britische Strafverteidiger Nicholas R.D. Brown, Marlene Kamish aus Chicago, Eliot Lee Grossman aus Los Angeles und J. Michael Farrell aus Philadelphia, Dokumente präsentiert, die zum ersten Mal belegen, dass Mumia im Juli 1982 unschuldig zum Tode verurteilt worden ist.

Victor Grossman, Red. Heidelberg ● Erstmalig hat Mumia Abu-Jamal den Werdegang der blutigen Ereignisse vom 9. Dezember 1981 so geschildert, wie er sie erlebt und erlitten hatte. Diese hatten dazu geführt, dass er seit beinahe 20 Jahren im Gefängnis sitzt, und fast so lange in einer Todeszelle mit der Drohung seiner Hinrichtung im Nacken.

Dabei erklärte Mumia Abu-Jamal unter Eid seine Unschuld (siehe Kasten Seite 3). Zusätzlich gibt es vereidigte Aussagen sowohl von Mumias Bruder, der in die Schießerei verwickelt worden war, sowie von Arnold R. Beverly, der gesteht, dass er es war, der in der Dezembernacht den Polizisten Daniel Faulkner getötet hatte – im Auftrag von Gangstern.

Er und Mumias Bruder sind sich darin einig, dass Mumia nichts mit der Ermordung des Polizisten zu tun hatte. Der Bruder Mumias, William Cook, schwor in seiner Aussage: »Ich hatte nichts mit dem Mord an dem Polizeioffizier zu tun. Mein Bruder, Mumia Abu-Jamal, ebenfalls nicht.« Und Mumia Abu-Jamal schwört, dass er gefährlich angeschossen wurde als er sich der Szene der Schießerei näherte – nachdem er seinen verletzten Bruder dort erkannt hatte.

Diese überraschende neue Wendung resultiert möglicherweise aus der Tatsache heraus, dass Mumia Abu-Jamal seine langjährigen Anwälte Daniel Williams und Leonard Weinglass, die ihn seit 1992 vertreten hatten, am 6. März 2001 entlassen hatte und nun von neuen Anwälten vertreten wird. Arnold R. Beverly behauptet, er hätte die Tat mit einem anderen Mann im Auftrag der Gangster begangen, weil befürchtet wurde, dass Daniel Faulkner die in diesem Gebiet geballten Rauschgift-, Prostitutions- und Glücksspielgeschäfte aufklären wollte. »Ich glaubte, weil ich von dem Gangster-Mob angeheuert wurde, um Faulkner zu erschießen, durch andere dort anwesende korruppte Polizisten Hilfe zu erhalten.«

Eigenartigerweise wurden die Aussagen von Arnold R. Beverly – dessen Wohnort nicht bekanntgegeben wurde – sowie von Mumias Bruder – beide vom Juni 1999 datiert – im bisherigen Prozessverlauf nicht berücksichtigt worden, sie lagen seit zwei Jahren bei den Akten der beiden Anwälte. Daniel Williams, einer der entlassenen Anwälte meinte, er und Leonard Weinglass hätten beschlossen, die Dokumente nicht zu verwenden. Eine Begründung für diese Vorgehensweise gab es nicht und die beiden Anwälte gaben dazu auch keinen weiteren Kommentar ab.

Der Streit zwischen Mumia Abu-Jamal und Anwalt Williams, der zur Entlassung von ihm und Weinglass führte, kann auch daher resultieren, das Williams in einem gerade herausgegebenen Buch über den Fall – ohne Mumia darüber zu konsultieren – eine »gemäßigtere« Prozessstrategie befürwortete als die durch »radikale pro-Mumia« Gruppen geforderte. Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft, die gegen Mumia ermittelt hatte, lehnt die eidesstattliche Aussage als »offensichtlich lächerlich« ab.

Der derzeit mit dem Fall befasste Richter Yohn muss immer noch entscheiden, ob Mumia Abu-Jamals verfassungsmäßige Rechte beim Prozeß 1982 und im Revisionsverfahren 1995, die beide von Richter Albert Sabo geleitet wurden, verletzt wurden. Richter Albert Sabo ist berüchtigt für die hohe Zahl von Todesurteilen gegen Afroamerikaner. In diesem Fall kann Yohn eine Revision bzw. einen neuen Prozess anordnen.

Einer der neuen Anwälten, die im April ihre Arbeit aufnahmen, meinte: »Die falsche Person hinzurichten würde für Daniel Faulkner keine Gerechtigkeit bedeuten.« Und Mumia Abu-Jamal, der 1982 nicht aussagte, weil der Prozess so offensichtlich unfair war, und dem später von seinen Anwälten von weiteren Aussagen abgeraten wurde, meinte nach seiner schriftlich niedergelegten Aussage: »Jetzt bekam ich zum ersten Male die Gelegenheit, das zu erzählen, was sich in den frühen Morgenstunden vom 9. Dezember 1981 ereignete«.●

00.5572 9 001
Elisabeth Voß
Crellestr. 6
D-10827 Berlin

KONFERENZ AM 23. JUNI 2001 ZUR LEGALISIERUNG VON »SANS PAPIERS«

Papiere jetzt !

Redaktion Heidelberg ● »Der Pass ist das edelste Stück des Menschen«. Dieser zynische Spruch ist die bittere Wahrheit für Hunderttausende von Menschen, die in Deutschland leben. Sie sind »illegal« in den Augen der Behörden und Gerichte, doch ihr Verbrechen besteht in ihrer bloßen Existenz auf deutschem Boden. Denn ihnen fehlt ein Stück Papier: die Aufenthaltsgenehmigung. Sie werden in die Illegalität gedrängt. Nachdem es ab 1993 nahezu unmöglich gemacht wurde, auf legalem Weg nach Deutschland zu fliehen, einzureisen, einzuwandern, ist die Überschreitung der Staatsgrenzen nur noch »illegal« möglich. So werden Menschen, die hier Zuflucht suchen, zu »Illegalen« erklärt. »Illegal« wird auch, wer hier bleibt, obwohl der Aufenthalt nicht mehr erlaubt, gestattet oder geduldet ist.

Die ständige Furcht vor Entdeckung und Abschiebung prägt das Leben in der Schattenwelt. Für »Illegalisierte« verlaufen die zu überwindenden Grenzen durch den Alltag. Illegalisierung bedeutet, kein Zugang zu allem, wo Papiere verlangt werden könnten. »Illegalität« heißt völlige Rechtlosigkeit: rechtlos gegenüber Behörden, ArbeitgeberInnen und VermieterInnen und schutzlos gegenüber jeder Art von Krankheit. Eine Diskussion über die Lage von »Illegalisierten« findet in Deutschland weitgehend nicht statt.

Während die Bundesregierung die Notwendigkeit von Einwanderung für die Bilanzen der Märkte und der Bevölkerungsstatistik propagiert, bleiben jene, die in diesem Rahmen keiner Verwertbarkeit unterliegen, außerhalb der öffentlichen Debatte. Wann immer das Thema die Bühne staatlicher Politik erreicht, sind die Debatten auf die Abwehr »illegaler« Einwanderung und Abschiebung der Illegalisierten ausgerichtet.

Legalisierung von »Sans Papiers«

In den vergangenen Jahren haben Legalisierungsprogramme in den Ländern Belgien, Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland, die MigrantInnen ohne Papiere in unterschiedlichem Ausmaß Wege zum legalen Aufenthalt eröffneten, europaweit Beachtung gefunden. Dennoch ist es in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht zu einer öffentlichen Diskussion um derartige Legalisierungsprogramme gekommen.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeitet die Zuwanderungskommission an Kriterien für ein zukünftiges »Einwanderungsgesetz«, in dem Maßnahmen zur Legalisierung bereits hier lebender MigrantInnen keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen werden. Im Juli will die Kommission mit ihren Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten.

Doch seit Jahren arbeiten Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Gruppen und Initiativen an der Unterstützung von Illegalisierten. Mit dem Wanderkirchenasyl oder Kampagnen wie »Kein Mensch ist illegal« und der »Karawane für die Rechte von Flüchtlingen« konnte eine gewisse Öffentlichkeit erzielt und die ein oder andere Abschiebung verhindert werden. Nun ist es an der Zeit, die Debatte um ein Bleiberecht für MigrantInnen ohne Papiere anzustoßen, und noch bevor die Zuwanderungskommission ihre Kriterien veröffentlicht, mit eigenen Forderungen nach Legalisierung die öffentliche Diskussion zu bestimmen.

Zu dieser Thematik hat Ulla Jelpke (MdB/PDS) eine Studie in Auftrag gegeben, die unter der Mitwirkung von A. Kieser (KMII) und K. Rauchfuss (Medizinische Flüchtlingshilfe) entstanden ist. Der darin enthaltene Forderungskatalog zur Legalisierung soll eine der Grundlagen für die Debatte auf der Konferenz bilden. Die Studie kann kostenlos angefordert werden bei:
Ulla Jelpke, Fax: 030-22776793 / Tel. 030-22775815
E-mail ulla.jelpke@bundestag.de

Die Konferenz

Auf einer bundesweiten Konferenz der Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, -gruppen und Initiativen sollen Konzepte zur Legalisierung von Menschen ohne Aufenthaltstitel unter verschiedenen Gesichtspunkten erarbeitet und anschließend als Forderungskatalog der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Telefonische Anfragen zur Konferenz:
(02 02) 45 50 54 (Ludwig Quidde Forum) Konferenzaufruf und Hintergrundpapiere können unter der Internetadresse: http://www.bo-alternativ.de/mfh heruntergeladen werden.●

Information & Anmeldung:
Ludwig Quidde Forum, Kieler Str. 29 c,
D- 42107 Wuppertal, Fax: (02 02) 45 11 23
E-mail: lqf@lqf.de

AKTION 2001

Stabilität benötigt unser Zeitungsprojekt, um für längere Zeit überleben zu können. Durch ein superstarkes Spendenaufkommen zum Ende letzten Jahres können wir im Jahr 2001 vermutlich ohne erneut rote Zahlen zu schreiben, überleben. Dennoch schieben wir ca. 20.000 DM an Altschulden vor uns her und die gestiegenen Papierkosten erhöhen unsere Druckkosten in diesem Jahr um ca. 2.000 DM.

Für benötigen dringend zusätzliche Spenden, Abos und weitere Umstellungen von Abos in Fördermitgliedschaften.

Unsere aktuelle Monatstatistik:

Drei Abos wurden gekündigt, ein weiteres Abo ist »unbekannt verzogen«. Das ergibt im Monat Mai einen Verlust von **320 DM**.
Zwei neue Fördermitgliedschaften konnten eingerichtet werden:
● Gabriele Sonus, Stuttgart (120 DM)
● Petra Milhoffer, Bremen (120 DM)
Folgende Spende ging auf unserem Spendenkonto ein:
● Stefan Pofahl, Berlin (20 DM)
Bereinigt ergibt das einen Verlust von **60 DM**. Zusammen mit dem Überschuss in diesem Jahr verbleibt uns ein Finanzpolster von **1.032 DM**.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen SpenderInnen, neuen und alten Fördermitgliedern!

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.●

dp

ANTIFAKONGRESS 2001

Diskussion um bundesweite Vernetzung geht weiter

**In Göttingen fand am 21. und 22. April der bundesweite »Antifakongress 2001 – Das Jahr in dem wir Kontakt aufnehmen« statt.
»Der derzeitige Zustand der radikalen Linken ist von Stagnation und Orientierungslosigkeit geprägt.« Die Anfang der 90er entstandenen bundesweiten Organisierungsansätze der Antifa »haben sich mittlerweile überlebt«. Schon zum Auftakt des Kongresses fand das »Bündnis gegen Rechts Leipzig« deutliche Worte und die etwa 600 meist jugendlichen KongressteilnehmerInnen ahnten, wohin die Reise gehen würde. Den nachfolgenden Bericht haben wir in Ermangelung eigener KorrespondentInnen aus der »UZ« (unsere Zeit, Zeitung der DKP, Nr.18 vom 04. Mai 2001, entnommen.**

Markus Wöhr (UZ) ● Das angestrebte Ziel der Kontaktaufnahme mit anderen linksradikalen Gruppen spielte auf dem Kongress dann tatsächlich auch eher eine marginale Rolle, denn schon am Morgen des zweiten Kongresstages verkündeten Antifa-Sprecher die kürzlich beschlossene Auflösung der »Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation« (AA/BO). Zuletzt waren in dieser – 1992 von 12 Gruppen gegründeten – Organisation lediglich noch drei Gruppen aktiv. Und so war auch die Analyse der Geschichte der AA/BO sowie die von Nöten erscheinende Diskussion über Zukunftsperspektiven Hauptthemen der Veranstaltung.

Durch Gerhard Schröders Aufruf zum »Aufstand der Anständigen« sah sich die Antifa ihres Themenfeldes beraubt und analysierte, »dass der Kampf gegen Nazis, der in der Vergangenheit als Ansatz zur Vermittlung antikapitalistischer Positionen geeignet war, nunmehr Staatslinie ist.« Die Antifas folgerten: »Antifaschismus als Synonym linksradikaler Politik steht inzwischen zur Disposition.« Überrascht von dieser Entwicklung verharrten viele Gruppen in Stagnation, andere hielten an der klassischen Bündnispolitik fest und beteiligten sich an den großen Demonstrationen des »guten Deutschlands«. Manche gar verwarfen die Fortführung des Antifa-Ansatzes als verfehlte Teilbereichspolitik völlig.

Den zweiten harten Schlag für die Antifa-Bewegung stellte der Angriffskrieg auf Jugoslawien dar, mit dem »die Unzulänglichkeit der Politik linksradikaler antifaschistischer Gruppen und die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen offensichtlich« wurde. »Die ausbleibende Intervention war ein deutliches Zeichen für die Schwäche der Linken in der aktuellen Situation, auf derartige Ereignisse zu reagieren.« Sie markiere das »Ende klassischer Antifapolitik der 90er Jahre«.

So war es nur folgerichtig, dass die Veranstalter des Kongresses auf die Besetzung neuer Themenfelder drängten. »Klar ist, dass der Blickwinkel erweitert werden muss« und beugte gleich darauf erwarteten Einwänden vor, »es bedeutet aber nicht, den Antifa-Ansatz auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.« Heftige Diskussionen blieben wie erwartet nicht aus. Einig war man sich nur, neue Themen aufzugreifen. Welche Themen das sein werden und wie diese dann aber letztendlich umgesetzt werden sollen blieb häufig offen. Vor allem die »Autonome Antifa [m] Göttingen« versuchte den imperialistischen Krieg und fundierte Kapitalismuskritik als Arbeitsfelder für die Zukunft einzuführen und verwies dabei auf die Rolle des Rassismus in diesen Bereichen. So stellte sie die »Tendenzen des Übergangs von einem völkischen zu einem utilitaristischen Rassismus« heraus, der eben seine Wurzeln in der kapitalistischen Profitlogik habe, wie etwa die Einführung der »Greencard« beweise. Kritiker fragten allerdings, ob sich die Antifa nicht auch deshalb auf das Thema Kapitalismus stürze, um über die Anti-Globalisierungsproteste neue Mitstreiter zu gewinnen. Von allen wurde es als Aufgabe gesehen, sich bei diesen Protesten ganz klar von nationalistischen Argumentationsmustern und der Forderung nach einem starken Staat scharf abzugrenzen. Es gehe nicht um Reform des Kapitalismus, sondern um seine Abschaffung.

Es waren vor allem die Göttinger und Leipziger Gruppen, die versuchten, die unterschiedlichen Strömungen, sowie das Ziel der erstrebten Vernetzung, unter dem Motto »contact against capitalism« zu vereinen. Auch nach dem gescheiterten Versuch der AA/BO sind sie weiterhin – im Gegensatz zu manchen eher anarchistischen Gruppen – von der Notwendigkeit eines bundesweiten Zusammenschlusses überzeugt. Wobei in Zukunft allerdings nicht der Fehler gemacht werden soll, eigene Positionen um des Konsenses Willen zu weit einzuschränken, so dass nur ein chaotischer IdeologieMix entstehe. Erster Schritt zur Vermeidung solcher ideologischer Streitigkeiten – und wohl auch als theoretische Unterstützung für einen zweiten Versuch eines bundesweiten Aufbaus – soll die neue Zeitung »Phase2« werden.●

NACHTRAG

Leider waren zu der Buchbesprechung »Verlorene Gewissheiten in Familien?« auf Seite 14 in unserer letzten Ausgabe die bibliographischen Angaben nicht komplett. An dieser Stelle nochmals alle Angaben:
Gisela Notz: Verloren Gewissheiten? – Individualisierung, soziale Prozesse und Familie. Reihe Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung, Bd. 38; Frankfurt/M; VAS, 2000, 80 S., 16 DM, ISBN 3-88864-138-X.

IM POSTFACH

Betr.: CONTRASTE Nr. 199, Schwerpunktthema

Liebe KollegInnen,
Euer Schwerpunktthema in der April-Ausgabe zu »Big Brother« ist gut und weitgefächert aufbereitet. Leider habt ihr überhaupt nicht die neuere und neueste Literatur exakt zu diesem Thema berücksichtigt: u.a. R. Withaker, »Das Ende der Privatheit« sowie mein eigenes Buch »Big Brother & Co. – Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft«, Hamburg 2000, das erst vor sieben Monaten im »Konrekt Literatur Verlag« erschienen ist.
Mit freundlichen Grüßen
Dr. Rolf Gössner

Rolf Gössner: »Big Brother« & Co, 192 Seiten,
Konkret Literatur Verlag, 32 DM
ISBN 3-89458-195-6

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Kurt's Surf-Center

... monatlich die heißesten Tipps aus dem Internet

Nix wie weg und ab in den Urlaub? Dann ist natürlich sehr interessant, zu wissen, was anderswo auf der Welt passiert und wie es da aussieht. Das Web ist besser als Prospekte – es kann live und ungeschminkt erlebt werden, wie es anderswo ist. Ein Netz von webcams macht alles sichtbar, was anderswo passiert.

So ist es z.B. möglich, unter www.lochness.scotland.net/camera.cfm aktuelle Bilder des prominenten Ungeheuers selbigen Lochs zu erspähen. Oder auf diese Weise herauszufinden, dass es hierzu doch eines Schottlandbesuchs und guten schottischen Gesöffs bedarf.

Dann also möglichst schnell dahin: Vielleicht geht es jetzt also darum, einen möglichst billigen Flugpreis zu erdealen. Hierfür gehen wir am besten erst mal in die Angebote der Datenbanken von www.reise-welt.de und www.l'tur.de (wobei letztere als TUI-Partner per se Bahnfahrt zum Flughafen incl. anbieten und bei anderen nach TUI als Veranstalter geforscht werden muss, um diesen Vorteil zu haben). Dann recherchieren wir besser auch noch die Angebote der Fluggesellschaften selber (www.jeweiligername.de) – bei LTU können wir selber sogar für Flüge bieten und erhalten per email im 24-h-Service einen Zuschlag oder eine Absage.

Ach so, es geht um die Algarve und das Verlangen, dass ich jetzt unter www.european-summer-academy.net aktuelle Bilder von hier liefere? Das macht wenig Sinn: wenn ich meine webcam zum Fenster raushäng und aufwärts gen Himmel richte, ist immer nur alles blau. Nun ja, und wenn wirklich einmal nicht, dann hat der Deutsche Wetterdienst bestimmt schon eine webcam aufgestellt, die das vorher verrät. Reisewetter gibt's sowohl durch www.dwd.de/forecasts/reifrm.htm mit aktuellen Bildchen vom Urlaubsort als auch für reiche Pinkel und Yachtbesitzer mit besonderen Windprognosen unter www.wetteronline.de/segel_euro.htm. Aber trotzdem: nichts ist so lustig, wie der aktuelle ARD-Wetterflug auf dem Compi – nur die Maschine raucht.●

Eliteeinheit »Ernst Jandl« oder Selbstkritik bei der Bundeswehr

Die neue Saarlandbrigade

Die Saarlandbrigade ist eine Eliteeinheit und gehört zu den Einsatzkräften der Bundeswehr, die für weltweite Interventionen vorgesehen sind. Die Fallschirmjäger werden dafür ausgebildet, jederzeit rund um die Erde einsetzbar zu sein. Bisher waren sie an allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr beteiligt; meist federführend wie beispielsweise in Somalia, Kroatien oder Bosnien. Zur Zeit umfasst die Einheit rund 2.800 Soldaten und ist in vier Kasernen (Lebach, Saarlouis, Merzig, Zweibrücken) stationiert.

Öffentliches Gelöbnis, 8. Waffenschau in Lebach 24.8.1996

Hans Wolf & Peter Walter, Red. Saarland ● Wer hätte das gedacht? Bei der Saarlandbrigade werden selbstkritische Stimmen laut: Nach den intensiven Debatten über Rechtsextremismus im letzten Sommer wolle man selbst mit gutem Beispiel vorangehen. *Heinz Müller-Wollenberg*, Presseoffizier der Bundeswehr, bezog sich insbesondere auf das mehrfach kritisierte Lied »Rot scheint die Sonne«: Männlichkeitskult, Blutmystik, Verherrlichung von Krieg, Gewalt, Vaterland und Militär – das seien nicht die Werte, mit denen man ins 21. Jahrhundert ziehen wolle. Es erstaune ihn selbst, wie lange man gebraucht habe, um das einzusehen. Im Übrigen, führte er schmunzelnd aus, habe sich auch die Dichtkunst weiterentwickelt, moderne Lyrik würde sich häufig nicht mehr reimen, man lese jetzt Jandl. Das Lied war in der Vergangenheit immer wieder bei offiziellen und inoffiziellen Anlässen gesungen worden, außerdem ist es in Broschüren der Luftlandebrigade 26 auch schriftlich verbreitet worden. Überhaupt müsse er einräumen, dass man doch oft zu leichtfertig mit der deutschen Vergangenheit umgegangen sei. Kopfschüttelnd zitierte er aus einer Werbebroschüre der Saarlandbrigade: »Schon im zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe – ihre Waffentaten am »Fort Eben Emael«, auf Kreta oder am »Monte Casino« sind Legende geworden und werden auch von vielen Gegnern gerühmt.« In diesem Zusammenhang kam er auch auf Kasernennamen zu sprechen. Ob es denn wirklich Sinn mache, dass Kasernen immer noch nach Befehlshabern im deutsch-französischen Krieg 1870/71 benannt seien und ob man denn keine besseren Traditionen zu bieten habe, fragte er in die Runde.

Auch die Rolle von General von Lettow-Vorbeck, dessen Andenken in Saarlouis immer noch gepflegt werde, sehe man inzwischen kritischer, die Ausrottung von über 60.000 Herero sei keine Heldentat. Müller-Wollenberg kam aber auch auf die Gegenwart zu sprechen. Im Kosovokrieg sei massiv mit propagandistischen Mitteln gearbeitet worden. Der kürzlich ausgestrahlte Film »Es begann mit einer Lüge« (*Jo Angerer/Mathias Werth*. WDR 2001) hätte auch unter SoldatInnen Anlass zu Diskussionen und kritischen Nachfragen gegeben. So ließe sich die offizielle Version vom Massaker in Racak nicht mehr halten, ebenso habe sich die Behauptung, das Fußballstadion von Pristina hätte als jugoslawisches Konzentrationslager gedient, als eindeutig falsch erwiesen. Auch für die Existenz des so genannten »Hufeisenplans« gäbe es bis heute keine Belege. Erst kürzlich habe der von *Scharping* entlassene General *Heinz Loquai* geäußert: »Die Legitimationsgrundlage für die deutsche Beteiligung war die so genannte humanitäre Katastrophe. Eine solche humanitäre Katastrophe als völkerrechtliche Kategorie, die einen Kriegseintritt rechtfertigte, lag vor Kriegsbeginn im Kosovo nicht vor.« Dass Scharping an Behauptungen festhalte, die offensichtlich falsch seien, unterstütze weder seine noch die Glaubwürdigkeit der Truppe. Das sei gerade angesichts der aktuellen Umstrukturierung der Bundeswehr und in Hinblick auf künftige Einsätze ein ernstes Thema.

Scharpings Strukturreform führe zu einer erheblichen Ausweitung der Einsatzkräfte für künftige Kriegseinsätze. Die schwerpunktmäßige Ausrichtung auf internationale Militäroperationen sei aber kaum mit dem verfassungsmäßigen Auftrag der Bundeswehr vereinbar. Müller-Wollenberg begrüßte den Vorschlag der Saarlandbrigade, die Einheit zu entwaffnen, psychologisch zu schulen und zur zivilen Konfliktprävention im Innern und Äußern einzusetzen. Das würde den Männern und Frauen der Einheit aber erst noch harte Arbeit an sich selbst abverlangen, da hier andere Qualitäten verlangt seien als militärisches Imponiergehabe. Um in Fragen der Namenssymbolik voranzugehen, wolle man sich jetzt »Eliteeinheit Ernst Jandl« nennen. Jandl sei – im Gegensatz zum Verfasser von »Rot scheint die Sonne« – nicht nur ein großer Sprachkünstler gewesen, sondern habe sich auch zeitlebens kritisch mit dem Militarismus auseinander gesetzt.

In den Kasernen hätten sich Diskussionsgruppen gebildet und dabei seien inzwischen auch andere Problembereiche angesprochen worden. Ob es denn sinnvoll und ethisch vertretbar sei, dass Militär zur Aufrechterhaltung des freien Welthandels und zur Sicherung des Zugangs zu strategischen Rohstoffen eingesetzt werde – wie das in den verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 gefordert worden sei. Die Strukturen der Weltwirtschaft seien ja in mancher Hinsicht auch ungerecht.●

"Lied der Fallschirmjäger"

Rot scheint die Sonne

1. Rot scheint die Sonne, fertig gemacht,
Wer weiß, ob sie morgen für uns noch lacht?
Werft an die Motoren, schiebt Vollgas hinein,
Startet los, fliegt an, heute geht es zum Feind.
An die Maschinen, an die Maschinen,
Kamerad, da gibt es kein Zurück.
Hoch am Himmel stehen dunkle Wolken,
Komm mit und zage nicht, komm mit.

2. Donnern Motoren, Gedanken allein,
Denkt jeder noch schnell an die Lieben daheim.
Dann kommt Kameraden, zum Sprung das Signal,
Wir fliegen zum Feind, zünden dort das Fanal.
Schnell wird gelandet, schnell wird gelandet,
Kamerad, da gibt es kein Zurück.
Hoch am Himmel stehen dunkle Wolken,
Komm mit und zage nicht, komm mit.

3. Klein unser Häuflein, wild unser Blut,
Wir fürchten den Feind nicht
und auch nicht den Tod.
Wir wissen nur eines, wenn Deutschland in Not,
Zu kämpfen, zu siegen, zu sterben den Tod.
An die Gewehre, an die Gewehre!
Kamerad, da gibt es kein Zurück.
Hoch am Himmel stehen dunkle Wolken,
Komm mit und zage nicht, komm mit.

Quelle: "Saarland-Brigade"; herausgegeben von der Luftlandebrigade 26 - Saarlouis

Aus: Frankfurter Rundschau, März 2001

1. Oekonux-Konferenz

Redaktion Heidelberg ● Vom 28. bis zum 30.4. fand in Dortmund die erste Oekonux-Konferenz statt. Rund 180 Menschen von 14 bis 71 fragten sich, ob und wenn ja, wie es möglich sei, die Ideen der Freien Software auf andere Bereiche der Gesellschaft auszudehnen. Das fragende Motto der Konferenz lautete dementsprechend »Von der Freien Software zur Freien Welt?« 30 ReferentInnen boten ein breites Themenspektrum von Kultur, Wissenschaft, freier Soft- und Hardware bis zu theoretischen und praktischen Fragen der Politik. Die Konferenz wurde vollständig virtuell organisiert, die meisten OrganisatorInnen sahen sich in Dortmund zum erstem Mal. Von Anfang an waren die ReferentInnen in die selbstorganisierte Struktur eingebunden wie sie sonst in der freien Softwarebewegung praktiziert wird. So fanden sich bei kleineren Pannen stets Menschen, die sie beseitigten. Diese Anlage der Konferenz als »Prozess« denn als fertiges »Produkt« begeisterte TeilnehmerInnen wie ReferentInnen. Alle hoben die große Offenheit hervor. Ohne Vorbehalte konnten Fragen wie »Kann es eine Gesellschaft ohne Markt und Geld geben?« oder »Ist die Rede von einer Keimform einer neuen Gesellschaft nicht bloßer Wunschtraum?« diskutiert werden. Dass dabei keine einheitliche Meinung zum Tragen kam, ist klar. Beschlüsse und Proklamationen waren nicht das Ziel. Kritisch wurde angemerkt, dass die Formen der Veranstaltungen noch zu konventionell waren und die Pausen zu knapp. Das soll bei der nächsten Konferenz, für die Berlin als nächster Ort angedacht ist, besser werden.●

Konferenz: http://www.oekonux-konferenz.de
Oekonux-Projekt: http://www.oekonux.de
Infos: mailto:presse@oekonux-konferenz.de

Zum Oekonux-Projekt plant CONTRASTE in seiner nächsten Ausgabe (Juli/August 2001) einen Schwerpunktbeitrag.

DISTRIKTSGERICHT DER VEREINIGTEN STAATEN OSTDISTRIKT VON PENNSYLVANIA

MUMIA ABU-JAMAL
(Fall Nr. 99 Civ. 5089 (YOHN)
Anträger
gegen
MARTIN HORN, Kommissar
Pennsylvania Vollzugsabteilung
Und CONNOR BLAINE, Superintendant der
Bundesstaatliche Vollzugsinstitution in Greene,
Beklagten

ERKLÄRUNG VON MUMIA ABU-JAMAL

ICH, MUMIA ABU-JAMAL erkläre:
Ich bin der Bittsteller in diesem Fall. Wenn ich als Zeuge berufen würde, würde ich das Folgende aus eigenem Kenntnisstand bezeugen:

Ich habe Polizeioffizier Daniel Faulkner nicht erschossen. Ich hatte mit der Tötung von Offizier Faulkner nichts zu tun. Ich bin unschuldig.
Bei meinem Prozess wurde mir das Recht, mich selbst zu verteidigen, genommen. Ich hatte in meinen vom Gericht ernannten Pflichtverteidiger kein Vertrauen. Er hatte mich noch nicht einmal gefragt, was in der Nacht geschehen war, in der ich angeschossen und der Polizeioffizier getötet wurde, außerdem wurde ich von mindestens der Hälfte des Prozesses ausgeschlossen.
Da mir meine sämtlichen Rechte verweigert wurden, habe ich nicht ausgesagt. Ich wollte mich nicht dazu benutzen lassen, dem Prozess ein faires Aussehen zu verleihen.
Ich habe bei den Nach-Verurteilungs-Verhandlungen 1995 auf den ausdrücklichen Rat meines Rechtsanwalts, Leonard Weinglass, nichts ausgesagt.
Nun wurde mir erstmals die Gelegenheit gegeben, das zu erzählen, was mir in den frühen Stunden des 9. Dezembers 1981 geschah:
Als Taxifahrer wählte ich oft die Ecke von 13. und Locuststraße, weil das ein beliebtes Gebiet ist mit Klubs und vielem Fussgängerbetrieb.
Ich arbeitete an dem Abend vom 9.12.81 für die Firma United Cab.
Ich glaube, ich war kurz zuvor zurückgekehrt, nachdem ich einen Passagier nach West-Philadelphia gefahren hatte.
Ich schrieb gerade an meinem Fahrtenbuch als ich Schreie hörte.
Ich schaute in meinen Rückspiegel und sah das blinkende Licht eines Polizeiwagens. Das war nicht ungewöhnlich.
Ich schrieb weiter ins Fahrtenbuch, als ich etwas hörte, das wie Pistolenschüsse klang.
Ich schaute wieder in den Rückspiegel und sah, wie Menschen in der Locuststrasse hin und her liefen.
Als ich hinsah, erkannte ich meinen Bruder, der stolpernd und schwindlig auf der Straße stand.
Ich verließ sofort den Wagen und rannte auf ihn zu.
Als ich die Straße überquerte sah ich, dass ein uniformierter Polizist sich zu mir drehte, Waffe in der Hand, ich sah ein Blitzen und fiel auf die Knie.
Ich schloss die Augen, saß still und versuchte zu atmen.
Das Nächste, woran ich mich erinnern kann, war, das ich getreten und geschlagen wurde als ich aus der Ohnmacht erwachte.
Als ich die Augen öffnete, sah ich überall um mich herum Polizisten.
Sie brüllten und fluchten, ergriffen und zogen mich. Ich fühlte mich schwach und kaum in der Lage zu sprechen.
Als ich diese Mengen von Polizisten um mich herum erblickte, sah ich meinen Bruder am Hals bluten und einen Polizisten, der auf dem Rücken auf dem Bürgersteig lag.
Ich wurde auf die Beine gezogen, dann gegen einen Telefonmast geworfen und geschlagen, worauf ich fiel, und in den Polizeiwagen geworfen wurde.
Ich glaube, dass ich schlief, bis ich hörte, wie sich die Tür öffnete und ein weißer Polizist in weißem Hemd hereinkam.
Ich kann mich kaum erinnern an das, was er sagte, außer mehrere Male »Nigger« und »schwarze Mütterschänder« und ähnliches.
Ich glaube, dass er wegging und ich einschlief. Ich kann mich nicht erinnern, dass er losfuhr.
Als ich wach wurde, hörte ich, wie der Fahrer mit dem Wagenfunk über seinen Häftling redete.
Durch das anonyme Krächzen im Radio hörte ich, dass ich zum Polizeiverwaltungsgebäude einige Strassen entfernt gebracht werden sollte.
Dann klang es wie »I.D.'d as M-1« (»Identifiziert als M-1«) im Funk und der Fahrer solle zum Jefferson-Krankenhaus fahren.
Bei der Ankunft wurde ich aus dem Wagen gezogen, auf die Erde geworfen und geschlagen.
An der Tür vom Krankenhaus wurde ich wieder geschlagen.
Wegen des Blutes in meinen Lungen war es schwierig zu sprechen, und unmöglich zu brüllen.
Ich habe niemals irgendetwas gestanden, denn ich hatte nichts zu gestehen.
Ich habe niemals gesagt, dass ich den Polizisten erschossen hatte. Ich habe den Polizisten nicht erschossen.
Ich habe niemals gesagt, dass ich hoffte, er würde sterben. Ich würde niemals so etwas sagen.

Ich erkläre unter Eid bei den Gesetzen der Vereinigten Staaten, dass das Obige wahr und richtig ist und wurde von mir am 3. Mai 2001 in Waynesburg Pennsylvania niedergeschrieben.
(unterschrieben)
MUMIA ABU-JAMAL

BLUMENIMPORTE – NICHT ALLES ROSIG

Blumen aus fairem Handel

Schwangere Blumenarbeiterinnen ohne Schutzbekleidung beim Pestizideinsatz. Kündigung kurz vor der Geburt. 1,80 DM Tageslohn in Kenia auf den Plantagen. Die Schattenseiten der Blumenimporte. Jede dritte Blume wird aus Afrika oder Lateinamerika eingeflogen. Hier sollen sie Freude bereiten. Dort steckt harte Arbeit unter oft menschenunwürdigen Bedingungen dahinter. Das Flower Label Programm (FLP) bietet Alternativen. Es garantiert ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz.

Eva Schroeder, Red. Bremen-Umland ● Das *First Information- & Aktions-Netzwerk*, kurz FIAN ist eine 1986 gegründete Menschenrechtsorganisation mit den Schwerpunkten Landreform und Recht auf Nahrung. Betroffene werden durch internationale Protestbriefaktionen, Kampagnen und langfristige Arbeiten von FIAN unterstützt. Hierbei setzt sich FIAN gegen jede Form von Landraub

Beim Umgang mit Pflanzenschutzmitteln gibt es strikte Sicherheitsvorkehrungen und es wird Schutzkleidung getragen

und Vertreibung ein. Genauso engagiert sich die Organisation für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Organisationsfreiheit von Landarbeiterinnen.

Kolumbien ist das wichtigste Blumenlieferland des Südens. Die Situation der Arbeiterinnen auf den Blumenplantagen in Kolumbien war 1991 ausschlaggebend für die Entstehung der Blumenkampagne »Augen auf beim Blumenkauf«. Die Löhne der Blumenarbeiterinnen dort sind nicht ausreichend, um sich oder die Familie zu ernähren. Hier gibt es das FLP noch nicht: Die Frauen arbeiten auch in der Schwangerschaft ohne Schutzbekleidung, auch wenn hochgiftige Pestizide gesprüht werden, um Schädlinge zu bekämpfen. In vielen Betrieben ist die gewerkschaftliche Organisierung verboten. Bei Widersetzungen folgt oft die Entlassung.

Flower Label Programm

Das FLP (Flower-Label-Programm = Blumensiegel) gibt es seit 1999. Es ist eine Initiative von den Menschenrechts-

Die Arbeiterinnen erhalten erstmals Festverträge

organisationen (FIAN, Brot für die Welt und terre des hommes), lokale Gewerkschaften und den Blumenhändlern (Verband dt. Blumengroß- u. Importhandel BGI und Verband dt. Floristen). Der dialogorientierte Ansatz, ein freiwilliger Zusammenschluss ohne Druck oder Boykott von außen. Durch das FLP-Siegel soll garantiert werden, dass bei der Produktion die Grundrechte der Beschäftigten und der Umweltschutz gewährt werden. Mit dem FLP-Siegel dürfen Blumenplantagen ihre Blumen auszeichnen, die bestimmte Kriterien erfüllen. Dazu gehören: exsistenzsichernde Löhne, Verbot von Kinderarbeit, integrierter Pflanzenschutz (so wenig Chemie wie möglich) und das Verbot von hochgiftigen Pflanzenschutzmitteln. Henning Möller vom Flower Label Office erklärt: »Ein ganz wichtiger Aspekt sind auch die Festverträge und die medizinische Versorgung. Das bedeutet, dass immer ein Arzt oder Krankenschwester in der Firma ist. Einmal in der Woche gibt es dann einen medizinischen Test. Damit die Arbeiter nicht auf sich alleine gestellt sind. Be-

In den FLP-Betrieben wird den Arbeiterinnen geeignete Arbeitskleidung bereitgestellt, wie Schürze, Handschuhe und Gummistiefel

sonders wichtig in den afrikanischen Ländern: Transportmöglichkeiten. Damit die Arbeiter nicht jeden Morgen zwei Stunden zu Fuß zur Arbeit laufen müssen. Das kommt dann auch den Betrieben zu gute. Ganz wichtig ist auch, dass sie das Recht haben, sich zu organisieren, so dass kein Arbeiter einen Nachteil daraus hat, dass er sich gewerkschaftlich engagiert.«

Kontrolle der Farmen

»Importeure weisen die Farmen oft auf das FLP-Siegel hin: 'Wir können deine Ware dann besser vermarkten, schau doch mal ob du da nicht was verändern kannst'«, so Herr Möller. Betriebe die an dem Siegel interessiert sind, werden von einer der ACG (Agrar-Control GmbH) überprüft. Der Betrieb wird inspiziert, und die Arbeiterinnen werden interviewt. Erfüllt eine Farm die sozialen und Umweltrichtlinien, steht ihr das FLP-Siegel zu. Einmal

Die Frauen sollen unter fairen Arbeitsbedingungen ihr Geld verdienen können

im Jahr wird die Blumenplantage aber weiterhin nachkontrolliert. Sehr bedeutend ist auch das Beschwerderecht für die ArbeiterInnen. Sie können Mängel vertrauensvoll anbringen und brauchen dabei keine Angst vor Entlassungen zu haben. Frank Braßel von FIAN in Herne war vor ein paar Wochen in Ecuador. Er erzählt: »Wir kontrollieren nicht selber vor Ort. Trotzdem haben wir das Recht in alle Dinge unsere Nase zu stecken. Wir haben die lokalen Kontrollinstanzen bei der Nachkontrolle begleitet.«

Erfolge des FLP

»Betriebe aus Zimbabwe, Kenia, Ecuador und Tansania haben die Inhalte des Flower Label Programm bereits angenommen. Costa Rica und Uganda werden demnächst geprüft«, so Möller. Der FIAN Mitarbeiter Frank Braßel kennt die Situation der Blumenarbeiter gut. Er weiß, was sich durch das Flower-Label-Programm bis jetzt auf den Farmen verbessert hat. »In Zimbabwe leben viele Menschen direkt auf den Farmen. Dort muß die soziale Infrastruktur gestärkt werden. Jeder dort hat jetzt ein kleines Stück Land mit Bewässerung und Erstausstattung an Saatgut. Als wir zum ersten Mal nach Zimbabwe kamen, hatte keine der Frauen einen festen Vertrag. Sie saßen alle auf Zeitverträgen. Wenn sie schwanger wurden oder krank waren, wurden sie gekündigt. Jetzt haben alle Festverträge. Ist eine Frau schwanger, hat sie einen Monat lang bezahlten Schwangerschaftsurlaub.« Auch in Kenia werden überwiegend Festverträge abgeschlossen. »In Tansania gibt es zwei Betriebe. Als das Programm anlief, gab es da keinerlei Gewerkschaften. Jetzt wurde sogar ein Tarifvertrag abgeschlossen, der auch den FLP-Standards entspricht. Bevor das Programm in Ecuador gegriffen hat, hatten sie dort keinerlei Schutzkleidung. Mittlerweile gibt es dort Plastikanzüge, Handschuhe, Schürzen, Stiefel und Masken. In Ecuador ist der Chemieverbrauch um die Hälfte gesunken.« Nachdem Pestizide in den Gewächshäusern in Ecuador gespritzt wurden, dürfen diese erst nach einer Wiederbetretungsfrist betreten werden. »In Kenia ist sehr augenfällig, dass in den modernen, großen Betrieben Arbeiterinnen barfuss durch die Rosenfelder liefen. Jetzt tragen sie Plastikschürze, Handschuhe und Gummistiefel. Eine wichtige Sache ist auch, das es ausgewogenes Mittagessen gibt. Deshalb haben jetzt alle Betriebe in Ecuador eine Kantine. Das Essen ist dort entweder kostenlos, oder kostet etwa 10% der eigentlichen Kosten.«

FLP-Blumen in Deutschland

Aus diesen vier Ländern können Rosen, Schleierkraut und einige Nelkensorten gekauft werden. Herr Möller vom Flower-Label-Officce: »Rosen sind aber der Topbereich in Deutschland. Die FLP-Blumen sind kein bißchen teurer. Wenn Blumen, so wie die Ecuadorrose teurer sind, dann, weil sie qualitativ hochwertiger sind und auch ohne Siegel teuer wären.« Warum gibt es überhaupt Läden ohne FLP-Blumen? »Weil die Floristen oft zu uninformiert sind. Floristen könnten das FLP-Siegel gut für sich

»Faire« Blumenimporte von Plantagen, auf denen die sozialen und ökologischen Standarts eingehalten werden, dürfen mit diesem FLP-Siegel ausgezeichnet werden

nutzen. Sie haben aber oft nicht viel Ahnung vom Vermarktungssystem.« 701 Blumenläden stehen auf der FLP-Liste. Dort wird versucht das ganze Jahr über FLP-Blumen anzubieten.

Blumenliebhaber

Blumen aus fairem Handel können zur Zeit in Deutschland, der Schweiz, Österreich und den USA gekauft werden. Damit jetzt immer mehr Blumenfarmen in außereuropäischen Ländern etwas an der Situation ihrer Arbeiterinnen ändern, sind die Verbraucher gefragt. Denn steigt die Nachfrage nach FLP-Blumen, steigt der Druck auf die Plantagen. Wenn Sie also demnächst Blumen kaufen, fragen Sie nach Blumen aus fairem Handel mit dem Siegel »Flower-Label-Programm« (ausschneiden und mitnehmen). Zeigen Sie, dass Sie auf die Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen Wert legen und übernehmen Sie so Verantwortung.●

Informationen gibt es auch unter www.fian.de. Literaturhinweis: »Hinter jeder Angst steckt Gewalt« von Olga Ortiz Solano, Leben und Arbeit von Frauen in der kolumbianischen Blumenindustrie. DM 7,–; »Ist morgen schon verblüht, was heute noch blüht?« über die Situation der Schnittblumenindustrie in Kenia, 28 S., DM 7,– plus 3,50 DM Versandkosten zu bestellen bei FIAN e.V. Overerwegstr. 31, 44625 Herne, Tel. 0 23 23 - 49 00 99.

INTERNET-FORUM ZUR VERKEHRSPOLITIK

Redaktion Heidelberg ● Der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V. (UMKEHR) und die Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung starteten Anfang Mai einen neuen Internet-Service. In einem Diskussions- und Beratungsforum werden Fragen zur kommunalen Verkehrspolitik beantwortet, zugleich können dort Aktive miteinander diskutieren und Erfahrungen austauschen. Damit setzen beide Kooperationspartner ihr Projekt fort, das vor gut einem Jahr mit einer ähnlichen Dienstleistung auf E-Mail-Basis begann.

In einem Internet-Forum kann jedeR öffentlich Beiträge schreiben, die wahlweise ein neues Thema eröffnen oder auf einen vorhandenen Beitrag antworten. Die Beiträge bleiben über lange Zeit sichtbar, die Diskussion nachvollziehbar. So können mehrere Diskussionen zeitgleich geführt werden, ohne dass die Übersicht verloren geht und ohne dass (wie beim Chat) die TeilnehmerInnen gleichzeitig online sein müssen.

Die ExpertInnen vom UMKEHR e.V., dem bundesweiten Dachverband der Verkehrsbürgerinitiativen, beantworten Fachfragen zu allen Bereichen der Verkehrspolitik, wobei der Schwerpunkt auf dem Handlungsfeld Gemeinde/Region liegen soll. Dabei geht es nicht nur um rechtliche oder technische Auskünfte, auch Probleme der politischen Strategie und Umsetzung sollen im Forum debattiert werden. Ebenso wie die ExpertInnen können alle NutznießerInnen zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen, Erfahrungen beisteuern und ihre Meinung sagen. Das Forum wird von der Redaktion der Kommunalpolitischen Infothek moderiert.

Mit diesem Service hoffen die BetreiberInnen, einen Beitrag zur besseren Vernetzung von Bürgerinitiativen zu leisten, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen und die Entwicklung von Konzepten und Strategien für eine umweltgerechte Verkehrspolitik zu fördern.●

www.kommunale-info.de

Info: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin, Tel. (0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72

AKTION 3.WELT Saar legt agrarpolitisches Diskussionspapier vor

Vier Eckpunkte für neue Landwirtschaftspolitik

Gertrud Selzer, Redaktion Saarland ● Vor dem Hintergrund der aktuellen BSE und MKS-Diskussion hat die AKTION 3.WELT Saar ein agrarpolitisches Diskussionspapier vorgelegt. Dort benennt sie vier Eckpunkte für eine neue Landwirtschaftspolitik:

● Wider die Entwertung von Lebensmitteln
Bauern müssen für immer weniger Geld immer mehr Lebensmittel produzieren. Die Wertschöpfung erfolgt nicht bei den Produzenten, sondern bei der industriellen Weiterverarbeitung. Als Verbraucher sollten wir uns mehr Autonomie über diesen zentralen Bereich unseres Lebens aneignen und der bunten Welt der probiotischen Light-Produkte sowie ihren Glücksversprechungen zu misstrauen.

● Gentechnik – die neue Heilsbotschaft
Gentechnik wird gerne mit »fortschrittlich« und »modern« gleichgesetzt. Ähnlich verhielt es sich mit der Atomenergie in den siebziger Jahren. Eine neue Landwirtschaftspolitik muss einen klaren Trennungsstrich zur Gentechnik ziehen, da ihre Risiken und Folgen nicht abschätzbar sind. Ebenso wenig verbessert Gentechnik die Welternährungsituation, die im wesentlichen ein Verteilungsproblem ist.

● Nachbaugebühren – ein Knebelgesetz für Bauern
Aktuell laufen Bemühungen, flächendeckend alle Bauern in der BRD zu zwingen, sogenannte »Nachbaugebühren« an die Lizenzinhaber von Saatgut zu zahlen. Die jahrhundertelange Kultivierungsleistung von Bauern bei Saatgut wird dabei nicht berücksichtigt. Ähnliche Bestrebungen laufen auch weltweit.

● Keine Futtermittelimporte aus der 3. Welt
»Billige Lebensmittel« in deutschen Supermärkten werden bereits jetzt auf der anderen Seite der Erdhalbkugel produziert. Über 3 Mio. Tonnen Sojaschrot werden jährlich als Futtermittel in die BRD eingeführt; davon über die Hälfte aus 3.Welt-Ländern wie Brasilien, Paraguay, Argentinien.

Der Hauptgegensatz in der Debatte über eine neue Landwirtschaftspolitik besteht nach Meinung der AKTION 3.WELT Saar nicht zwischen konventionellem und Öko-Anbau, sondern zwischen stark und wenig weiterverarbeiteten Lebensmitteln. Die aktuelle BSE-Diskussion ist jedenfalls kein Grund, auch nur ein Stück Rindfleisch ungegessen zu lassen. Sie verweist eher auf eine Gesellschaft ohne positive soziale Utopie, die die Katastrophe als emotionalen Kick in einem ereignislosen Alltag braucht.

Interessenten wird das Papier kostenlos zugesandt gegen einen adressierten und mit 2,20 frankierten Rückumschlag: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, D-66679 Losheim am See, Telefon (0 68 72) 99 30 56, Fax -57, Email: a3wsaar@t-online.de●

INTERVIEW:

Die Bewegung der Frauen Russlands

»Frauen müssen sich bewusst werden, dass man die eigenen Rechte nur erkämpfen kann, sonst bekommt man sie nicht.«

Tatiana Chipulo von der »Bewegung der Frauen Russlands« im Gespräch mit Ricarda Buch.

CONTRASTE: *Tatiana, die Bewegung der Frauen in Russland, was ist das?*

TATIANA: Das ist heute eine der größten Organisationen Russlands, mit Vertretungen in mehreren Regionen. In mehr als 60 Orten gibt es Vertretungen unserer Organisation.

Was macht ihr?

Zunächst zur Vorgeschichte: Vor einiger Zeit gab es eine Frauengruppe mit fast gleichem Namen – die *Frauen Russlands* – ohne Bewegung. Sie waren im Parlament vertreten. Denn nach dem Sturz des weißen Hauses und der Niederschlagung des russischen Parlaments war

Tatiana Schipulo

die Bevölkerung unterschwellig frustriert. Da wusste man nicht, wer gewählt werden wird, wen man zu wählen hat und eben unter diesen Bedingungen haben sich die Frauen selbst zur Wahl gestellt. Da gab es ganz schnell einen Zusammenschluss dreier Frauenorganisationen. Die waren zwei Jahre im Parlament und haben ziemlich viel gelernt. Aber bei der folgenden Wahl haben sie es nicht geschafft, ins Parlament einzuziehen. Da gelang es nur einzelnen Frauen, die nicht auf der Wahlliste sondern persönlich kandidierten, ins Parlament zu kommen. Daraufhin haben sich die *Frauen Russlands*, die als Fraktion agierte in zwei Flügel gespalten: in einen prokommunistischen, bürokratischen Flügel, mit denjenigen aus dem ursprünglichen Frauenverband Russlands und einer anderen Organisation, die heute die *Bewegung der Frauen Russlands* trägt. Letztere ist eine demokratische Organisation. Sie tritt für die Verwirklichung von Frauenrechten ein. Die Leiterin dieser Bewegung ist Frau Jekaterina Lachowa. Sie ist zur Zeit auch im Parlament und ist die Vor-

Frauen Russlands in den Regionen

sitzende der Organisation.

Was sind die Ziele der Bewegung?

Die Ziele sind vielfältig: vor allem geht es um die Gleichstellung von Mann und Frau. Das steht zwar alles auf dem Papier, muss aber verwirklicht werden. Unter den heutigen Bedingungen hat sich die Stellung der Frau unheimlich verschlechtert. Ein sehr großer Teil der Frauen ist arbeitslos. Wie überall sind Frauen auch bei uns aufgrund der traditionellen Arbeitsteilung vorwiegend in Industriezweigen mit niedrigen Löhnen beschäftigt. So sind z.B. die Löhne in der Textilindustrie geringer als in der Metallverarbeitung.

Im Bildungs- und Gesundheitswesen gibt es viele Frauen. Während viele Männer mit der Gründung von Schulen oder Arztpraxen in den Privatsektor gegangen sind, tragen die Frauen die wichtigsten Aufgaben einer Stadt - Erziehung und Gesundheit - in ihren eigenen Händen und bekommen unwahrscheinlich schlechte Arbeitslöhne dafür, dass sie das machen.

Wir wollen die vielfältigen Probleme der Frauen in Russland zeigen. Wir sind dagegen, nur dazusitzen und zu warten oder wie zu früheren marxistischen Zeiten einfach zu sagen, dass die Frauenfrage im Laufe der ökonomischen Verbesserung sich selbst lösen wird. Das können wir uns einfach nicht leisten. Eine der wichtigsten Aufgaben ist heute, Kinderbetreuung vor Ort, Unterstützung für Frauen die sich selbstständig machen wollen, verschiedene Frauengruppen, Frauengesundheitszentren und andere Aktivitäten zu organisieren. Darüber hinaus wollen wir ein Gleichberechtigungsgesetz im Parlament durchsetzen.

Was ist das für ein Gesetz?

Wir orientieren uns an Gesetzen, die in anderen Ländern und teilweise auch in Deutschland existieren. Dort steht ebenso wie in der deutschen Verfassung, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind. In der Realität sieht das ganz anders aus.

Ihr seid also der Meinung, dass die Realität nicht mit dem was in der Verfassung steht, übereinstimmt?

Ja, es gibt eine riesige Lücke. Wir haben erkannt, dass wir uns jetzt aktiv einbringen müssen, auch wenn wir keine guten Ausgangsbedingungen vorfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen überall in Führungspositionen kommen können, dass mehr Frauen auf der kommunalen, der Landes und der föderalen Ebene sowie im Parlament vertreten sind.

Es ist eine Schande, in der Sowjetzeit waren 30 bis 33% Frauen im Parlament und jetzt haben wir nur 7%. Demnach sind in den Parteien sehr wenig Frauen. Die Frauen, die im Parlament sitzen, sind hochqualifiziert, aber wir wollen, dass die Frauenstimme auch gehört wird. Ebenso wie die Frauen in Europa wollen wir nicht nur Frauen als leitende Personen in einem Ausschuss, der nur für Frauen zuständig ist. Wir brauchen Frauen überall, die mit allen Ressourcen, mit der Wirtschaft verbunden sind, sonst geht es einfach nicht weiter. Wir versuchen verschiedene Parteien dahingehend zu aktivieren. Zur Zeit diskutieren wir über Quartiere. Zahlreiche Gesetze werden vorbereitet, z. B. ein Parteiengesetz. Auch dazu machen wir Vorschläge. Frauen müssen sich bewusst werden, dass man die eigenen Rechte nur erkämpfen kann, sonst bekommt man sie nicht. Keiner wird uns eine bessere Position verschaffen. Es ist im Westen einfach schlecht nachzuvollziehen, unter welchen Bedingungen politisch aktive Frauen und Frauen überhaupt in Russland arbeiten.

Die Geburtsquote ist heute unwahrscheinlich niedrig, die Sterblichkeitsquoten sind sehr hoch. Da versucht man, weil so wenig Kinder zur Welt kommen, immer den Frauen die Schuld zu geben. Dabei spielt die russisch orthodoxe Kirche und auch die anderen Kirchen eine wichtige Rolle, weil sie die Frauen zurück in die Familie drängen und nur zur Kinderbetreuung benutzen wollen. Die Kirchen werden sehr stark von Frauen besucht und der Einfluss der Kirche auf die Frauen ist unwahrscheinlich groß. Wenn du mit Organisationen der Familienplanung zusammenarbeitest, wirst du sehr oft sofort angegriffen.

Weil die Kirche diesen Bereich für sich reklamiert?

Die Kirche erhebt Anspruch auf mehrere Lebensbereiche. Mir scheint, was für das Familien- oder Privatleben gelten soll, das geht einfach zu weit. Da besteht ein ideologisches und inhaltliches Vakuum, weil die Leute ein sehr großes Misstrauen gegenüber existierenden Parteien hegen und sich so eine Bleibe suchen.

Wie versucht ihr konkret eure Ziele durchzusetzen?

Vor zwei Jahren haben wir über neue Verhältnisse in unserem Sinne nachgedacht und wie diese realisiert werden können. Es genügt nicht, mit den schon politisch aktiven Frauen zu arbeiten und sozusagen von gleichen Rechten zu gleichen Chancen zu kommen, obwohl wir über dieses Thema ständig sprechen, Kongresse und Konferenzen dazu durchführen. Die Frauen vor Ort arbeiten ganz unabhängig und haben auch eigene Programme. In einigen Gebieten widmen sich die Frauen eher dem Wohl der Kinder und widmen sich dem Rauschgiftproblem.

Was macht ihr denn dagegen?

Da gibt es z.B. in einer kleinen Stadt, südlich von Moskau einen Eisenbahnknoten von Paschikistan. Dort wird viel Rauschgift umgesetzt. Dort und auch in anderen Orten agiert die Organisation *Mütter gegen Rauschgift*. Sie gehen in die Verwaltung, organisieren Runde Tische, sprechen im Fernsehen und versuchen einfach Leute an den Schulen und Hochschulen zu motivieren. Es gab auch Aktionen zum Rauschgiftthema in Discos.

10 Jahre Umgestaltung hat zwar dazu geführt, dass es sehr viele positive Erkenntnisse über die Rolle der Frau in der Gesellschaft gibt, aber viele positive geschichtliche Dinge sind der Jugend nicht bekannt. Wir brauchen jetzt eine breite Palette an Aufklärungsarbeit: Was ist eine demokratische Frauenbewegung und welche Bedeutung hat sie. Was ist für die heutige Frau wichtig. Wir sind nicht dagegen, dass die eine oder andere Frau mit den Kindern zu Hause bleibt, aber sie muss das Recht haben zu wählen. Das kann sie heute aber nicht. Denn, wenn sie zurück

Frauen Russlands bei der Entwicklung der Charta

in die Arbeitswelt will, hat sie null Chancen. Wir müssen das alles den Jugendlichen beibringen. Hoffentlich ist die Zeit, in der die Jugend auf Haushalt und Familie orientiert war, vorbei. Die Frauen haben davon geträumt, dass sie einen reichen Mann heiraten und problemlos mit zwei, drei Dienstmädchen zu Hause bleiben. Ich arbeite sehr eng mit Studenten und Studentinnen zusammen. Mir scheint, die Situation sieht ein wenig anders aus. Frauen mit Qualifikationen wollen einen guten Beruf. Erst, wenn sie eine Arbeit haben, wollen sie eine Familie gründen und Kinder bekommen. Sie wollen für ihr Schicksal selbst Verantwortung tragen.

Habt ihr auch Kontakte zu Frauenbewegungen in

Alte und bedürftige Frau in Russland

anderen Ländern?

Ja. Alle Kontakte der Komitees der Sowjetfrauen sind bei diesem Komitee und bei dieser alten Bewegung geblieben. Wir haben auch hervorragende Räumlichkeiten in Moskau. Das ist alles da geblieben. Wir nehmen mit diesen Räumlichkeiten in der Gorkistraße sehr gut Geld durch Vermieten ein.

Seit mehreren Jahren machen wir den *Arbeitskreis deutscher Bildung* und verschiedene Bildungsseminare für Frauen aus den Regionen. Unsere Organisation hat ihren Sitz in Moskau. Moskau ist aber nicht Russland, sondern nur ein kleines Tal, in dem Leute unter anderen Bedingungen leben als auf dem Land. Wahrscheinlich haben die Deutschen schon im Fernsehen gesehen, welche existentiellen Probleme die Frauen, d.h. die ganze Gesellschaft da in den Regionen hat. Hier sehen wir unsere Aufgabe. Wir wollen den Frauen in den Regionen helfen. Deshalb planen wir und haben auch in der Vergangenheit bereits Anhörungen über die Gesetze für die Regionen Russlands durchgeführt. Wir stellen die Realität in den westlichen Ländern dar, erklären, was dort gemacht wird und dass das, was wir wollen nichts Besonderes ist. Wir wollen auf der Basis von Gesetzen handeln und das versuchen wir auch unserem neuen Regierungschef beizubringen. Wir haben z.B. am 12. Dezember einen sehr großen Kongress in Moskau durchgeführt.

Ihr schlagt also einen Gesetzestext zur Gleichstellung vor?

Ja.

Ihr benennt also auch die Inhalte, die in diesem Gesetz stehen sollen?

Das sind praktisch alle Inhalte, die in westlichen Gesetzen stehen: das Recht der Frauen auf Arbeit, die Vertretung von Frauen im Beruf und auch sexuelle Fragen. Die ganze breite Palette, die praktisch überall ist. Ich meine, die auch von Mitgliedsorganisationen der UNO erwartet wird. Das formell anzuerkennen, wollen wir verwirklichen. Ich bin der Meinung, dieses Gesetz wird nicht verabschiedet.

Wie viele Mitglieder habt ihr?

Wir haben jetzt 64 regionale Mitgliedsorganisationen. In 64 Regionen haben wir Niederlassungen.

Wie viele Einzelmitglieder?

Das läuft über die Organisationen, die bei uns vertreten sind.

In eurer Broschüre geht ihr von 80.000 Mitgliedern aus.

Die genaue Zahl kann ich nicht nennen. Vielleicht sind es momentan etwas mehr. Aber für mich ist die Anzahl nicht so wichtig.

Ich habe mein ganzes Leben als Hochschullehrerin gearbeitet und sehe die wichtigste Aufgabe darin, sich mit Jugendlichen zu beschäftigen. Denn sehr oft sind wir gezwungen auf das Bellen von anderen Hunden, von Gleichaltrigen oder älteren Frauen und Herren zu antworten, z.B. zur Aidsproblematik, zu alltagsbedingten Problemen der Jugend. Wir machen das für die Jugend, denn wir brauchen die Jugend und neue Frauen, die unsere Ziele weiterverfolgen, sonst ist die ganze Tätigkeit umsonst.

Ihr schreibt in eurer Broschüre, dass ihr den Webrersatzdienst fordert.

Die Frage von Krieg und Frieden ist für unser Land unwahrscheinlich wichtig. Die Situation im Kaukasus, der Krieg mit Tschetschenien, hat sehr viele Fragen zur russischen Armee aufgeworfen. *Die Bewegung der Frauen Russlands* war gegen den Krieg mit Tschetschenien. Wir haben uns vor allem im Parlament dazu geäußert und arbeiten sehr eng mit den Soldatenmüttern zusammen. Wir meinen, der obligatorische Wehrdienst muss mit dem Ersatzdienst ergänzt werden, mit dem Zivildienst. Der steht schon in der Verfassung, ist aber noch nicht verwirklicht.

Was tut ihr speziell für die Armen?

Wir haben z.B. eine Schuhverteilung durchgeführt und Tausende von Schuhen in den Regionen verteilt. Wir gehen davon aus, dass wir unter den heutigen Bedingungen nur den Frauen vertrauen können. Die Frauen haben Listen von Bedürftigen oder persönlichen Kontakt zu alleinerziehenden Müttern, kinderreichen Familien oder verschiedenen Heimen. Wir verteilen immer direkt, damit die Leute etwas zum Anziehen haben.

Vielen Dank und Hut ab für das, was ihr alles auf die Beine gestellt habt. Wir wünschen euch viel Glück.●

Kadie Schmidt-Hackenberg

BUCHBESPRECHUNG

Subcoma – p.m. lässt nicht locker!

Seit einigen Monaten ist das neue Buch des Schweizer Autors p.m. – im wahrsten Sinne des Wortes – auf dem Markt. Nach seinen literarischen Ausflügen in das Jahr 1000, hier nun wieder mit »Subcoma«, ein politisches Buch in der Tradition von »bolo'bolo«. Provokativ (s. hierzu auch das bereits in der CONTRASTE Nr. 197 /Febr. 2001 abgedruckte Vorwort) und richtungsweisend, im Gewande eines »hilfreichen Haushaltsbuches«, für das Leben nach der Wirtschaft.

Wachspapier in Rot-weißen-Karomuster-Design und ein weißes Etikett, so sahen wohl mal Haushaltsbücher aus, und der *Paranoia-City-Verlag* in Zürich hat sich daran erinnert und das Cover des neuen *p.m.*-Werkes entsprechend gestaltet. Jene Haushaltsbücher dienten der Kontrolle, sowie dem Nachweis einer effektiven Wirtschaftlichkeit. Aber für wen? Und genau das ist das Problem, der Kapitalismus (oder besser gesagt: staatlich subventionierte Marktwirtschaft), im Ideologien-Krieg einfach übriggebliebenes Mammut, läuft irgendwie aus dem Ruder, aber dank neoliberaler Ideen und reformerischer Unterstützung durch die Sozialdemokratie, wird dieses Urtier künstlich ernährt und am Leben gehalten.

Mit Klassenkampfparolen kommen wir bei der Abschaffung des Kapitalismus schon längst nicht mehr weiter. Es bedarf heute einiger neuer Ideen, und Vorschläge um Sand im Getriebe der (fast) allmächtigen Arbeitsmaschine rieseln zu lassen. Bildlich gesprochen: der Sand ist da, Wüstengleich, nur traut sich niemand den selbigen rieseln zu lassen, einfach um zu sehen was dann passieren würde. Anders gesagt, wir haben das Rezept, aber niemand will das Gericht kochen und ausprobieren.

Hierfür mag jeder seine individuellen Ausreden haben, und einige geben zu bedenken, dass es so wenig Gemeinsamkeit unter den Menschen gibt, aber *p.m.'s* »Haushaltsbuch« bietet hierfür eine kleine Stütze: Ein Kochrezept der schweizerischen Armee (Behelf 60.6 d), dem Saucengummeli, einem vegetarischen Kartoffelgericht, geeignet für ca. 100 Personen (also freundInnen- und nachbarschaftstauglich, außerdem preiswert, religionsneutral und kulturell anpassbar), welches dann am Mittwoch, dem 22.11.2001 von allen Subcoma-PionierInnen (global?) gekocht und verzehrt werden soll. Somit wird die erste Gemeinsamkeit zelebriert. (Das Rezept befindet sich auf Seite 105.)

»Mit einem klaren Ziel den Crash beschleunigen«

Das klingt wie ein Scherz, ist nichtsdestotrotz ernst gemeint. Aber der Reihe nach: Was bedeutet nun Subcoma? Subsistenz / Community / A-Patriachat. Jene Stützpfeiler einer neuen nachhaltigen Wirtschaft, über die es sich gilt Gedanken zu machen, bevor das Klima kippt und die Wirtschaft crasht. Lasst uns eine neue Welt basteln! Es ist nur eine Frage der Zeit, wann alles den Bach runtergeht, nutzen wir die Zeit uns darauf vorzubereiten, damit wir im Fall der Fälle nicht nur dumm rumstehen, außerdem könnten wir mit einem klaren Ziel den Crash beschleunigen. Wir haben es in der Hand.

»Subcoma« ist eine konsequente Weiterentwicklung von »bolo'bolo«. Es geht nicht nur um eine Utopie, die sich jemand ausdenkt, weil es irgendwie langweilig ist. Step by step geht es im ersten Kapitel darum, was wir nicht wollen. Statistiken und Zahlenwerke belegen, warum wir diese Welt nicht wollen: ob Hunger, Umweltschädigungen, Geldverteilung, Arbeitsunfälle und Energieverbrauch, Stundenlöhne oder Tropenwälder, die Zahlen liegen seit zig Jahren auf dem Tisch und sind für alle einsehbar – und im Sinne des Wortes anscheinend wieder nicht. Selbst so simple Zahlen wie »70% aller Rechtsanwälte der Welt leben in den Vereinigten Staaten.« (S.19) oder »25% der Schweizer Bevölkerung brauchen gemäß einer Studie der Universität Nürnberg eine psychische Behandlung.« (S.20). Aber anscheinend bedarf es einiges mehr als den Menschen die Zahlen globaler Ungerechtigkeit vorzuhalten, zumal wir als KritikerInnen auch die NutznießerInnnen dieses Ungleichgewichtes sind.

»Träumen und Rechnen müssen zusammengehen«

Neben dem Zahlenwerk gehört zu dem »Wovon wollen wir weg« natürlich auch Analysen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems: Französische Revolution; Arbeit, Krieg und Patriarchats-Kritik sind die Hauptthemen die gelöst werden sollten. Die Maßnahmen diesmal müssen allerdings radikaler und nachhaltiger sein, denn die Arbeitskämpfe der letzten 40-50 Jahre brachten vielleicht für einige mehr Lohn, dafür aber für andere weniger Arbeit um sich die angebotenen Wünsche zu erfüllen. Das Internet erfüllt heute alle Wünsche ganz schnell, aber es handelt sich eben nur um elektronischen Ramsch. Es wurde für Geld gestreikt aber nicht für nachhaltiges Leben. Folglich wäre die nächste Frage: Wie kommen wir weg davon? Neben der zerstörerischen Arbeitsmaschine gibt eben noch die »totalitäre Finanzmaschine« (S.34), die es zu stürzen gilt. Dieses Kapitel ist in vier Unterkapitel gegliedert, a) Regulationsvorschläge. Hier geht es um Minimallohn, Arbeitszeitmodelle, Währungspolitik, Tauschsysteme usw. Wie tauglich sind diese Reformversuche, die meist teure sind, und einer umfangreichen Regulation bedürfen. b) Autonomievorschläge. »Träumen und Rechnen müssen zusammengehen« (S.53) so einer der Kernsätze, unter denen Schlagwörter wie Subsistenzperspektive und verschiedene Modelle von Kommunen abgehandelt werden. c) Wie stehen unsere Chancen? Hier werden Ansätze im gesellschaftlichen Bereich zu Veränderung nachgegangen. Neue Genossenschaftsbewegungen, militante NGOs, Alternative Zentren etc. mit der Quintessenz: »Bisher ist noch kein gesellschaftliches System an seinen Widersprüchen zu Grunde gegangen. Im Gegenteil.« (S. 82), und d) Subcoma. Hier fließen *p.m.'s* Vorschläge ein, wie der »arbeitsfreie Mittwoch«, oder die Forderung nach »70 Milliarden [Schweizer Franken] für den LMO-Umbau der Schweiz« (S. 99) usw, incl. dem Saucengummelitag. »Wir sind der Crash – sorgen wir dafür, dass wir der letzte Crash sind.« denn »...die Arbeitsmaschine von ihrem Ende her denken, ist eine Voraussetzung dafür, um ihr Ende zu organisieren.« (S. 107). Für alle BerufspessimistInnen wird auf ein Wunder gehofft, welches eventuell durch intensive Fragestellungen auch bewerkstelligt werden könnte. Das spannendste Kapitel ist sicherlich – nach meinem empfinden – »Wo wollen wir hin?«. Wie bekommen wir raus, was ein »gutes Leben« ist, und vor allem kann ein »gutes Leben« für uns das gleiche bedeuten, wie für AfrikanerInnen oder Menschen, die in Asien, oder am Polar leben? Dieses herauszubekommen beinhaltet auch eine Kritik an Religion und/oder an Sitten, die Menschenfeindlich sind (z.B. Beschneidungen bei Mädchen). Die Menschenrechte der UNO, wie sie 1948 beschlossen worden ist, wären durchaus akzeptabel, ebenso wie fast jede andere westliche Verfassung, nur werden sie eben nicht eingehalten, bzw. niemand will eine Garantie darauf geben, und so bleiben diese Vorsätze eine »unverbindliche Hausordnung in einer Villa von globalen Profiteuren und Kriegsgewinnlern« (S. 110). Auch die Kritik an der – ach so vorbildlichen im Westen hochgehaltenen – Demokratie doch eher »präventiv den Bedarf an Politik und Rebellion« (S. 110) minimiert.

»Alle Macht für Alle«

»Keine Macht für Niemand« ist für p.m. eine völlig abstruse Forderung und eine linke Lebenslüge. Im Umkehrschluss muss es heißen: »Alle Macht für Alle«, denn Macht als ein konstruktives Mittel will er schon erhalten, wie immer die aussehen soll. Auch Luxus ist kein Widerspruch in einer neuen Gesellschaft, nur sollte der Luxus zum einen für alle da sein und außerdem eben eine Ausnahmeerscheinung, und nicht zu einem Dauerzustand für einige wenige. Eine der Grundforderungen aber ist, dass zunächst einmal alle Menschen satt werden müssen, und so haben schlaue Menschen errechnet, dass bei einer überwiegend vegetarischen Ernährung rund 40 Milliarden Menschen ernährt werden können. Diesbezüglich gäbe es also keine Panik.

Ein anderer, wichtiger Schritt wäre, dass der reiche Norden gegenüber dem armen Süden mit einer Schuldanerkennung gegenübertritt. Denn Eingeständnis von Kolonialismus, Ausbeutung und Zerstörung ist Voraussetzung für einen »fairen Handel«, und einem menschlichen Neubeginn, ohne hoffentlich die alten Fehler wieder zu begehen. Dazu bräuchte aber nicht zwingend der Süden unsere Hilfe, sondern wir wären diejenigen, die die ersten Schritte zu tun hätten, in dem wir die Arbeitsmaschine zum stoppen bringen, damit wir nicht in der Konsumflut ersticken. Wir müssen uns umstellen, denn in der Schweiz z.B., ist der Ressourcenverbrauch pro Kopf 6 mal so hoch im Verhältnis zu Fläche wie es ihm eigentlich zustehen würde. Und das 3,5 Liter-Auto ist eine längst überholte Öko-Idee. Die Einschnitte müssten viel radikaler vorgenommen werden. Hier legt *p.m.* wieder eine Reihe von Zahlen vor, die nötig wären, um das Projekt »Das Programm Öko-Nord« ausführen zu können. Sicher liegen hier in den Lebensvorstellungen vieler Menschen die Ängste, die nur individuellen Komfort als Errungenschaft betrachten. Aber eine radikale Umgestaltung unserer Gesellschaft würde für zwei Drittel der Menschheit, die bis jetzt mit ca. 2 US$ pro Tag auskommen müssen, das Paradies bedeuten. Dies wäre gleichzeitig eine aktive Wiedergutmachung an den größten Teil der Menschheit, auf dessen Kosten wir reich geworden sind. Wir brauchen ein Null-Wachstum und keine Öko-Diktatur, und es reicht nicht nur lokal zu handeln, wir als Menschheit müssen uns gemeinsam und global neu organisieren, und zwar von unten nach oben.

Im letzten Kapitel überbringt *p.m.* »Ideen für Zürich danach«, also eine entsprechende Umgestaltung seiner Heimatstadt, als Denkanstoß an die geneigte Leserschaft das selbe für ihre Städte (z.B.) in Angriff zu nehmen. Wie wäre es also mit einer lokalen Subcoma-Initiative?

»Wichtig ist, dass die von der Arbeitsmaschine vorgegebenen Denkschemata durchbrochen und eine *ganz andere Welt* zuerst denkbar, dann realisierbar gemacht wird.« (S. 180)

»Subcoma« bietet, wie bereits »bolo'bolo« ein Höchstmaß an Ideen, die dazu dienen, Anregungen für eigene Gedanken zu sein – und es ist ebenso genial. Es bleibt allerdings das Problem den Machens. Nur darüber reden und in seinem Kämmerlein sich vorzustellen, wie schön das Leben sein könnte, reicht nicht. Wir müssten es schon anpacken. Wäre also schön, wenn z.B. dieses Buch weitverbreitet werden könnte, wenn viele Menschen sich zusammensetzen und darüber reden (und Schlüsse daraus ziehen). Auch und gerade CONTRASTE sollte ein Forum dafür sein über dieses Buch mehr zu diskutieren, weitere Anregungen zu sammeln und Taten folgen zu lassen.

p.m. – Auswahlbibliographie

- 1980: Weltgeist Superstar. Roman. Vlg. Roter Stern/ Stroemfeld Frankfurt/M.-Basel
- 1982: Tripura Transfer. Roman. Vlg. Roter Stern/ Stroemfeld Frankfurt/M.-Basel
- 1983: bolo'bolo Paranoia City Verlag Zürich
- 1984: Zwischen Permafrost und Regenwald. Roman. Vlg. Roter Stern/Stroemfeld Frankfurt/M.-Basel
- 1989: Amberland – Ein Reisebuch Paranoia City Verlag Zürich
- 1990: p.m. & Freunde: Olten – Alles aussteigen. Ideen für eine Welt ohne Schweiz. Paranoia City Verlag Zürich
- 1991: Europa? Aufhören! – Ein Pamphlet. Paranoia City Verlag Zürich
- 1996: p.m. als Rodulf von Gardau in: Die Schrecken des Jahres 1000. Roman. Bd. 1 Rotpunkt Verlag Zürich
- 1997: p.m. als Rodulf von Gardau in: Die Schrecken des Jahres 1000. Roman. Bd. 2 Rotpunkt Verlag Zürich
- 1997: Der arbeitsfreie Mittwoch / Für eine planetare Alternative. Zwei Vorschläge. Edition Anares Bern & Espero Hamburg-Berlin
- 1998: Agbala dooo! Eine Reise durch das helvetische Territorium im Jahre 205 p.r. Paranoia City Verlag Zürich
- 1999: p.m. als Rodulf von Gardau in: Die Schrecken des Jahres 1000. Roman. 3. + letzter Bd. Rotpunkt Verlag Zürich

Wir brauchen mehr Ungeduld, was die Umsetzung angeht, und mehr Gelassenheit, was die Zukunft für uns bereit hält.●

Jochen Knoblauch

P.M.; Subcoma – Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft. P.M.'s hilfsreiches Haushaltsbuch. Paranoia City Verlag Zürich 2000 / 192 Seiten / 24 DM

PAUKENSCHLAG ODER FLÖTENTON:

Fairer Handel in die Schlagzeilen?

Redaktion Heidelberg ● Presse- und Öffentlichkeitsarbeit war das Thema der Frühjahrskonferenz des Dachverbandes Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB) Anfang Mai in Bad Schussenried. Eine zentrale Rolle spielte dabei die »SüdZeit« als das Eine Welt Journal für Baden-Württemberg. In den weitläufigen, lichtdurchfluteten Räumen des Neuen Klosters trafen sich die TeilnehmerInnen aus Weltläden und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen zu Gedankenaustausch, Workshop, Vortrag und Podiumsdiskussion.

Eröffnet wurde die Konferenz mit einem Referat von *Ruth Fe Salditos*, der Direktorin des *Panay Fair Trade Center* (PFDC) auf Panay, der viertgrößten der philippinischen Inseln. Das PFDC verarbeitet und vertreibt unraffinierten Rohrzucker und Bananenchips aus kleinbäuerlicher Produktion und beschäftigt vorwiegend Frauen. Die Fair-Handels-Partner sind über ganz Europa verteilt. *Ruth Fe Salditos* sprach über die Notwendigkeit einer klaren Kommunikation sowohl innerhalb ihrer eigenen Organisation als auch in Bezug auf die Handelspartner. Gegenseitiges Verständnis und ein geschärftes politisches Bewusstsein für gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme hier wie dort könnten nur im ständigen offenen Dialog miteinander gedeihen. Was die Öffentlichkeitsarbeit im Fairen Handel betrifft, empfahl die engagierte Frauenrechtlerin, intensiver und offener darüber zu reden, was auf diesem Gebiet schon Großartiges geleistet wurde.

In einer Podiumsdiskussion ging es darum, wie Weltläden sich in Zeitungen und im Rundfunk öfter und prägnanter präsentieren können. *Eberhard Halder* vom *SWR*-Studio Ulm gab dazu eine ganze Menge praktischer Tipps und desillusionierende Einblicke in die Arbeit von Redaktionen. *Jean Marie Krier* vom österreichischen Dachverband *ARGE* empfahl eine Ent-Emotionalisierung der Eine-Welt-Themen in der Öffentlichkeitsarbeit und eine kontinuierliche Evaluierung der Medienpräsenz. Ein großes Lob kam von ihm für die *»SüdZeit«*, für ihn ein Spiegel für die vielfältigen Aktivitäten in Baden-Württemberg.

Wiltrud Rösch-Metzler berichtete über die Anfänge einer DEAB-Öffentlichkeitsarbeit mittels kopierter Infoseiten und dem wachsenden Bedürfnis der Mitgliedergruppen innerhalb und der interessierten Öffentlichkeit außerhalb der Bewegung nach einem regelmäßig erscheinenden Mitteilungsblatt. Das inhaltlich und grafisch professionell gestaltete attraktive Ergebnis dieses Prozesses liegt heute in Form der »SüdZeit« vor.

Eugen Bruder vom Freundeskreis Peru-Amazonico wies auf die Bedeutung des Internets für die Öffentlichkeitsarbeit der Weltläden und Aktionsgruppen hin. Die Chance, mit der eigenen, virtuellen Schlagzeile Mitglieder zu werben, Informationsbedürfnisse zu befriedigen und sogar Gelder zu akquirieren, dürfe nicht unterschätzt werden.●

Kontakt: DEAB e.V., Weißenburgerstr, 13, D-70180 Stuttgart, Tel. (07 11) 645 31 20, Fax 645 31 36
E-Mail: deabstuttgart@t-online.de

SOMMER-AKADEMIEN

Das Quer-Denker-Treffen des Jahres!

3. Sommer-Akademie für politische Quer-Denker vom 07. bis 11. Juli 2001

Für eine Gesellschaft im Um- und Aufbruch suchen wir überzeugende Perspektiven, nachhaltige Impulse, orientierende Leitideen und Visionen. Die »Sommer-Akademie für *politische* Quer-Denker« trägt dazu bei, diese Suche erfolgreich zu gestalten. Denn sie ist ein Forum der Präsentation innovativer Ideen. In diesem Forum treffen sich renommierte Autoren, kreative Sozialwissenschaftler, alternative Ökonomen, Initiatoren gesellschaftlicher Modellprojekte und engagierte Nachwuchsdenker um mögliche Wege in die Zukunft vorzustellen und zu erörtern.

Einige Schwerpunktthemen der ersten beiden »Sommer-Akademien für politische Quer-Denker« waren: Die Zukunft des Geldes und das Geld der Zukunft, zukünftige Energiepolitik, soziale Sicherungsmodelle, alternative ökonomische Modelle, Entwicklungen im Management, Bildung und Ausbildung im 21. Jahrhundert etc.

Zur diesjährigen »Sommer-Akademie für Quer-Denker« haben ihre Mitwirkung u.a. bereits angekündigt: Erhard Eppler und Capar Einem zum Bereich »Visionäre politische Modelle«; Prof. Dr. Luise Gubitzer zur »Alternativen Ökonomie«; Prof Dr. Dr. F.J. Radermacher zum »Europäischen Ansatz für eine bessere Zukunft«; Dr. Gerd Mutz von der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« und Walter Spielmann von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen.

An die Quer-Denker schließt sich mit halbtägiger Pause die

1. Sommer-Akademie für politische Quer-Tuer vom 11. bis 15. Juli 2001

an. In ihr geht es um kreative, mutige, wegweisende Initiativen und bereits realisierte Modelle. Die Repräsentanten des »Bürgerschaftlichen Engagements« und die Begründer sozial innovativer Projekte aus zahlreichen europäischen Ländern werden hier zusammentreffen um ihre Aktivitäten zu erläutern, die zum gemeinwohlorientierten Engagement anregen. Die Initiativen können so in einen Erfahrungsaustausch eintreten und länderübergreifende Netzwerke können entstehen.

Ihre Beiträge zu dieser »Sommer-Akademie für Quer-Tuer« haben bereits Vertreter zahlreicher Organisationen und Initiativen zugesagt, die zukunftstragende Innovationen entwickelt haben, darunter u.a.: »Netzwerk weltweite Projekte«; »Chances-Park Foundation e.v.«; HEI – Haus für Eigenarbeit; Caf/Agenda-Transfer; »TransFair« / »Rugmark«; »Nordlicht-Klimaschutz-Aktion«; GLS Gemeinschaftsbank; Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (Salzburg); »Ideen-Bank« (Norwegen); »Chaos-Piloten« (Dänemark); »Netzwerk für alternative und solidarische Ökonomie« (Frankreich); Stiftung »ALPHA« (Rumänien); »Fundacja Nowy Staw« (Polen).

Beide Sommer-Akademien werden nach der Open-Space-Methode realisiert.So kann jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer die ihr/ihm wichtigen Themen in einem eigenen Workshop behandeln. Der Eigeninitiative und Selbstorganisation wird Raum gegeben (Open Space). Ein intensiver Gedankenaustausch ist garantiert.
Information & Anmeldung: Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln, Selhofer Str. 11, D-53604 Bad Honnef
Tel. (0 22 24) 95 54 05, Fax 95 51 00
E-Mail: sikora@ksi.de
www.ksi.de

WELTHANDELSORGANISATION

Von Kampagne zu Kampagne

»Stop the GATS Attack now!«

– Zum Stand der Dienstleistungsverhandlungen in der WTO

Vom 9.-13. November diesen Jahres wird in Doha (Katar) die vierte Ministerkonferenz der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (WTO) stattfinden. Fast genau zwei Jahre wird dann der gescheiterte Versuch zurückliegen, mit der dritten Konferenz in Seattle eine umfassende Verhandlungsrunde zur weiteren Liberalisierung des Welthandels einzuleiten. Seattle machte nicht nur die harten Konfliktlinien zwischen verschiedenen Gruppen von Mitgliedsstaaten sichtbar, sondern wurde auch zum weithin sichtbaren Symbol für eine neue Anti-Globalisierungsbewegung.

Heiko Wegmann, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft BUKO ●

In der WTO (z.Zt. 140 Länder) konnte daraufhin über ein Jahr kein Land gefunden werden, das bereit war, die nächste turnusmäßige Ministerkonferenz auszurichten. Lediglich in Katar, wo auch Parteien und Parlament verboten sind, schien man sich schließlich sicher zu sein, Probleme mit Protestierern nicht zu bekommen.

Eine gewisse Legitimationskrise des Neoliberalismus ist unverkennbar. Auch andere Ereignisse wie z.B. die Asienkrise trugen ihren Teil dazu bei. Die führenden Akteure in der WTO – die USA, die EU und dessen Sekretariat – gelobten deshalb nach Seattle organisatorische Verbesserungen, die Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer und größere Transparenz. Diese ist mittlerweile in einem gewissen Maße realisiert worden (vgl. www.wto.org). Gleichzeitig hält die WTO strikt an ihrem neoliberalen Kurs fest. Am Sitz der WTO in Genf laufen seit Anfang 2000 parallel Verhandlungen über die weitere Liberalisierung des Weltagrarhandels (Agreement on Agriculture) und des Dienstleistungshandels im Rahmen des General Agreements on Trade in Services (GATS).

Das GATS

Die Erbringung von Dienstleistungen ist im Allgemeinen viel stärker durch Qualifikationsanforderungen, Lizenzen, staatliche Monopole usw. reguliert als der internationale Warenhandel. Deshalb gerät beim GATS auch stärker als beim GATT die innerstaatliche Politik ins Visier, wenn die Systeme der sozialen Infrastruktur vom Gesundheits- bis zum Bildungswesen betroffen sind und unter Privatisierungsdruck geraten. Weitere Sektoren sind Telekommunikation, der Finanzsektor, Tourismus, Transport, Bau, Softwareproduktion, Medien und Kultur. Der Geltungsbereich ist derartig breit definiert, dass es um die Stärkung von Investorenrechten, um Kapital- und Personenverkehr sowie weltweiten Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe, Subventionen, Wettbewerbspolitik und die Formulierung von Sicherheits- und Qualitätsstandards geht. Bereits bestehende Regelungen zur »innerstaatlichen Regulierung« sollen dahingehend ausgebaut werden, dass ein Staat bei jeglichen Maßnahmen »wissenschaftlich« beweisen können muss, dass diese erstens unbedingt nötig und zweitens für den Handel nur im geringst möglichen Maße störend sind. Konsequenzen könnten sein, dass Umweltstandards im Energie- und Umweltsektor von der WTO als unzulässig handelsstörend beschieden werden. Es könnte argumentiert werden, dass die ausschließliche Lizenzierung von nicht-profitorientierten Organisationen im Bildungsbereich (so in Japan) den Handel unnötig beschränkt, weil die Schulqualität auch in privaten Schulen gewährleistet werden kann, auch wenn sich dadurch soziale Ungleichheiten verstärken. Insbesondere die EU ist an der staatlichen Garantierung von Markt als einer »Good Governance« interessiert.

Das GATS enthält Regeln zu Investitionen, die ausgebaut und auf immer mehr Sektoren bezogen werden sollen und in die Richtung des gescheiterten Abkommens MAI gehen. Dabei geht es darum, den Transnationalen Konzernen (TNC) weltweit freien Zugang zu Anlagemöglichkeiten (z.B. bei der Privatisierung staatlicher Infrastruktur) und Schutz vor staatlichen (z.B. entwicklungspolitischen) Steuerungsinstrumenten zu verschaffen. Ggf. könnte die Einführung von Mindestlöhnen oder Umweltschutzgesetzen als »schleichende Enteignung« gewertet werden, die den Staat zu Schadensersatzleistungen an Konzerne verpflichtet (wie real sich so etwas auswirkt, ist an der Diskussion über den Atomausstieg in der BRD zu sehen).

Das Thema Dienstleistungen wurde von den USA bereits 1982 mit Nachdruck auf die Tagesordnung des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) gebracht. Dies stieß auf Widerstand einer Reihe von Entwicklungsländern, die über dieses Thema zunächst gar nicht verhandeln wollten. Sie fürchteten, bei einer Öffnung der Märkte der übermächtigen Konkurrenz durch TNC aus den westlichen Ländern nicht standhalten zu können und entwicklungspolitische Handlungsspielräume aufgeben zu müssen. Nach schwierigen Verhandlungen wurde mit dem GATS 1994 das erste multilaterale Handelsabkommen über Dienstleistungen beschlossen. Damals wurde von vielen Seiten konstatiert, dass das GATS zwar den entscheidenden rechtlichen Rahmen setzen, jedoch noch wenig konkrete Verpflichtungen zur Liberalisierung des Dienstleistungshandels enthalten würde. (1) Die Struktur des Vertrages ist überaus komplex. Allgemeine Regelungen, die für alle Mitgliedsstaaten gelten, überlagern sich mit Verpflichtungen, die Staaten »individuell« und »freiwillig« eingehen und die in Listen rechtlich bindend niedergelegt werden. Viele Artikel sind (noch) schwammig. Damit hängt die Beurteilung der Reichweite des Abkommens zunächst auch von ggf. entstehenden Handelsstreitigkeiten und der darauf folgenden und verbindlichen Rechtsinterpretation durch die Gerichtsbarkeit der WTO ab.

Die »GATS 2000« Verhandlungen

Im GATS ist eine Dynamik eingebaut, die periodische Verhandlungen mit dem Ziel fortschreitender Liberalisierung zwingend vorschreibt. Dies könnte geradezu als eine neoliberale Unumkehrbarkeitsklausel bezeichnet werden (abgesehen davon, dass ohnehin von Regierungen einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen später nur noch bestenfalls gegen Kompensationszahlungen zurückgenommen werden können). In der Tat wurde das GATS inzwischen durch mehrere Zusatzabkommen angereichert (z.B. zu Telekommunikation und Finanzdienstleistungen). Seit Februar 2000 laufen nun allgemeine Verhandlungen zur Revision (d.h. Ausbau) des Vertragswerks und Erweiterung der konkreten Liberalisierungspflichten. Dabei haben manche scheinbar technische, klassifikatorische und sprachliche Veränderungen eine große Tragweite. (2) Dies begünstigt die von Entwicklungsländern in Seattle kritisierte Asymmetrie in den Verhandlungen: wer über viele finanzielle, wissenschaftliche und personelle Ressourcen verfügt, kann die Ergebnisse im eigenen Interesse bestimmen, auch ohne direkten Druck auszuüben. Andere Länder können dagegen nicht einmal eigene Vertretungen in Genf unterhalten.

Die »eigentlichen« Verhandlungen laufen so ab: Jeder Staat gibt Angebote von und Forderungen nach konkreten Liberalisierungsverpflichtungen ab, die für einzelne Zielländer und Dienstleistungen konkretisiert werden. In allen offiziellen Verlautbarungen wird entsprechend der liberalen Doktrin ein genereller Wohlfahrtsgewinn durch freien Handel propagiert. Hier zeigt sich jedoch, dass jede Regierung i.d.R. nur dann daran glaubt, wenn sie die Gewinne durch zunehmende Exportmöglichkeiten in einem Sektor höher einschätzt als die Verluste durch Importe. Unbeschadet des multilateralen Charakters der Verhandlungen, den manche für sich schon als Fortschritt gegenüber einem tatsächlich oder vermeintlich rabiateren Bilateralismus erklären (3), setzen alle Staaten ihre – höchst ungleich verteilte – Macht auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Ebenen ein, um ihre Ziele durchzusetzen, d.h. in relevanten Sektoren Marktöffnungen, Investitionsschutz und eine möglichst günstige Regulierung für »ihre« Konzerne zu erreichen. Die EU-Kommission schreibt die Beteiligung der »Zivilgesellschaft« an der Ausarbeitung der eigenen Ziele groß. Dies drückt sich vor allem in der äußerst engen Kooperation mit den europäischen Konzernen der Dienstleistungsbranche und ihren Lobbyorganisationen wie dem European Services Forum (ESF; www.esf.be) aus. Dabei wurde die Kommission keineswegs von den Lobbyisten belagert und genötigt, sondern initiierte diesen Prozess selbst.

Der Protest

Der Fortgang der Entwicklungen in der WTO und beim GATS wird von den Basisbewegungen, die nach Seattle zu anderen Großereignissen wie den IWF/Weltbank-Gipfel 2000 in Prag mobilisierten, relativ wenig zur Kenntnis genommen. Eine Reihe von NGOs arbeitete unterdessen an der Akkumulation von ExpertInnenwissen. Folgerichtig versuchten sie z.B., bei von der EU-Kommission organisierten Treffen, ihre vorsichtig warnenden Statements in den politischen Willensbildungsprozess der Exekutive einzubringen. Allerdings zeichnen sich mittlerweile auch die Konturen einer internationalen Kampagne ab. Bis Anfang April unterzeichneten 430 Organisationen aus 53 Ländern die Erklärung »Stop the GATS Attack now!« (die Erklärung und Links zur Anti-GATS-Kampagne gibt es unter www.xs4all.nl/~ceo/gatswatch/). Die Aktivitäten dieser Kampagne(n) haben bei WTO und privaten Liberalisierern bereits einiges an Verstimmung verursacht. Die Angst geht um, das GATS könne eine solch negative Öffentlichkeit bekommen, wie einst das MAI. WTO-Generaldirektor *Mike Moore* sagte, angesichts der von NGOs verbreiteten Irrtümer, erfundenen Schreckgeschichten und Lügen über das GATS werde ihm übel. Im März 01 sah sich die WTO genötigt, ein 19-Seitiges Pamphlet »GATS – Fact and Fiction« zu veröffentlichen, in dem sie die Kritik zu diskreditieren versucht.

Die NGO-Erklärung hebt sich einerseits positiv von primär technokratischen Forderungen wie der zur Einführung der Tobin-Steuer ab, indem sie sich für soziale und wirtschaftliche Grundrechte stark macht. Mit der Privatisierung sozialer Sicherungs- und Versorgungssysteme, der Verankerung des Verbots handelsstörender innerstaatlicher Regulierungen im internationalen Recht und der brachialen Öffnung von »Märkten« des Südens werden durchaus abzulehnende Entwicklungen thematisiert. Andererseits ist der überaus positive Bezug auf das, was als bedrohte »demokratische Regierungstätigkeit« bezeichnet wird, nicht zu übersehen. Wieder wird der bürgerliche Fetisch des Staates als neutraler Mittler der gesellschaftlichen Interessen angebetet. Die Politik befindet sich so scheinbar nur auf einem Irrweg, fehlgeleitet von den Konzernen. Entsprechend wird die aktive Rolle der demokratischen Institutionen im nationalistischen »Standortkrieg« ausgeblendet, während die Beschränkung der Handlungsoptionen von Regierungen und die Aushöhlung »der Demokratie an sich« beklagt wird. Dann wundert es nicht, wenn am Ende an »unsere Regierungen« appelliert wird, im Rahmen des GATS [sic!] und unter Beteiligung der Bürgergruppen aller Mitgliedsländer wieder alles zum Guten zu richten. Die mangelnde Staatskritik hat etwas gestriges (wer wünscht sich schon Fremdbestimmung durch autoritäre Behörden?) und transportiert den Mythos der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei könnte in Bezug auf die Forderung (b) – die Rolle und Verantwortung der Regierungen in der neuen globalen Ökonomie für die Garantie von umfassenden Grundrechten gemäß älteren UN-Deklarationen erneut festzuschreiben – gegengefragt werden: warum hamse denn nich', als se noch konnten, d.h. vor dem definitiven Sozialismusverbot des WTO-Abkommens?●

1) Es gab auch Konflikte zwischen den führenden Industrieländern, so bei der im Kern bis heute bestehenden, kulturell begründeten Weigerung Frankreichs, den Markt für Film, Funk und Fernsehen weiter zu öffnen. Dies wird insbesondere von den USA verlangt, die sehr große Exportindustrien haben (Hollywood).
2) Wenn bspw. in die Definition von Finanzdienstleistungen neuartige »Produkte« aufgenommen werden, steigt automatisch das Niveau der Liberalisierung bei den Ländern, die Verpflichtungen in dem Sektor eingegangen sind.
3) So auch Christoph Scherrer bei der Eröffnungsdiskussion zum BUKO 23 im Oktober 2000 in Berlin. Damit wird verkannt, dass in diesen Multilateralismus institutionell die Bedingungen der sozialen Polarisierung und ökologischen Zerstörung eingeschrieben sind. Viele multilaterale Verhandlungen finden überhaupt erst aufgrund unilateraler Drohungen statt, wie die Entstehungsgeschichte des GATS beweist.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zugang zu Medikamenten?

Von Kampagne zu Kampagne

Zugang zu Gesundheit!

Medikamente zum tödlichen Preis

Am 19. April diesen Jahres endete in Südafrika ein Gerichtsverfahren, das die Inkraftsetzung eines schon 1997 verabschiedeten Gesetzes blockierte. Das Gesetz soll die Einfuhr kostengünstiger Medikamente und den Einsatz sog. »Generika«, d.h. billiger Nachahmerpräparate, erlauben. Geklagt hatten 39 Pharmafirmen, darunter 7 deutsche: Bayer, Boehringer Ingelheim, Byk Gulden, Hoechst Marion Roussel, Knoll, E. Merck und Schering. Durch die Blockade des Gesetzes sind die Kläger verantwortlich für den Tod derjenigen, denen zwischenzeitlich hätte geholfen werden können. 30.000 Menschen starben allein in der sechswöchigen Prozessunterbrechung, während der die Pharmaindustrie Belege zur Rechtfertigung ihrer Politik sammeln wollte.

Thomas Seibert, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft BUKO ●

Zwei Tage vor dem überraschenden Prozessende veröffentlichten Nicht-Regierungs- und Basisorganisationen aus aller Welt das Resultat einer Unterschriftenaktion, für die sie sich gerade soviel Zeit genommen hatten wie die Pharmaindustrie für ihre Prozessrecherche – sechs Wochen. In dieser Zeit schlossen sich 250.000 Menschen und über 140 Organisationen aus 130 Ländern der Forderung nach Rücknahme der Klage an. Der Protest zwang die Konzerne zum Rückzug: in nur 48 Stunden verzichteten sie auf die seit 3 Jahren anhängige Klage und kündigten drastische Preissenkungen an. Allerdings bleiben die entsprechenden Medikamente deutlich teurer als ihre Generika. Grund genug, das Gesetz schnellstmöglich zur Anwendung zu bringen – nicht nur in Südafrika. Grund genug, die erfolgreiche internationale Kampagne »Access to essential Drugs« – »besserer Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten!« – fortzusetzen und zu radikalisieren.

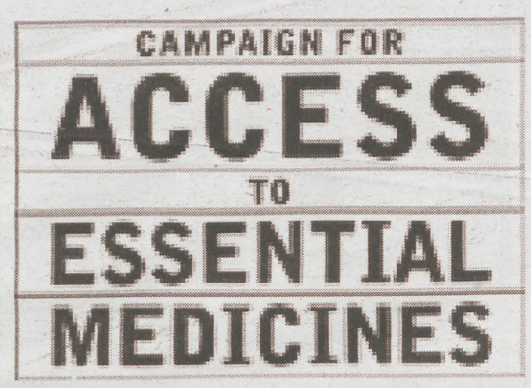
Patente Konzerne

Den Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika wird der Zugang zu lebensrettenden Medikamenten noch immer verweigert. Jahr für Jahr sterben 17 Millionen Menschen an längst behandelbaren Infektionskrankheiten – 97% davon in den Ländern des Südens. 20 Millionen Menschen sind in den letzten Jahren allein in Afrika an Aids gestorben. In Südafrika gelten rund 5 Millionen Menschen, fast ein Viertel der Bevölkerung, als HIV-infiziert. Neben Aids breiten sich einst überwundene Massenkrankheiten wie Tuberkulose, Malaria oder Schlafkrankheit rasant aus.

Viele lebensrettende Medikamente sind aber für die Menschen der armgehaltenen Länder unbezahlbar. So kostet in Kenia eine Monatsdosis des von der Firma Pfizer vertriebenen Medikaments Fluconazol, mit dem Aids-verursachte Hirnhautentzündungen behandelt werden können, rund 300 Dollar – das Doppelte des durchschnittlichen Monatsverdienstes eines Arbeiters. Im Sinne des südafrikanischen Arzneimittelgesetzes könnte die kenianische Regierung Medikamente desselben Wirkstoffs aus Thailand einführen, wo die Monatsdosis weniger als 30 Dollar kostet. Grund der Preisdifferenz: in Thailand ist der Patentschutz, unter dem Fluconazol in Kenia steht, erloschen. Andere Anbieter können das Medikament als Generika produzieren und für ein Zehntel des Preises vertreiben, mit dem sich Pfizer in Kenia tödliche Extraprofite verschafft.

Ähnliche Extraprofite erwirtschaften die Pharmakonzerne überall auf der Welt. Möglich wird dies durch ein Patentrecht, das dem Produzenten ein zwanzigjähriges Monopol gewährt. In dieser Zeit verlangt der jeweilige Monopolist Preise, die in der Regel um das Zehnfache über den Produktionskosten liegen. Entsprechend hoch sind die Gewinne – anschaulich zu machen z.B. an den Aids-Präparaten. So spielte das Präparat Combivir allein 1999 einen Gewinn von 586 Millionen US-Dollar ein, das Präparat AZT von 1997 bis 1999 694 Mill., 3TC in derselben Spanne gar 1.453 Millionen, d4T immerhin die stolze Summe von 1.136 Mill.

Regierungen, die sich dem widersetzen wollen, bot das Patentrecht früher drei Möglichkeiten. Sie konnten aus Ländern, in denen der Patentschutz abgelaufen war, Generika zum Bruchteil des Monopolpreises einführen. Sie konnten dasselbe Medikament auf dem Weg des »Parallelimports« einführen: wieder aus Ländern, in denen das Patent abgelaufen war, aber auch aus Ländern, in denen derselbe Anbieter einen niedrigeren Preis verlangte. Darüber hinaus konnten sie zum Mittel der »Zwangslizenzierung« greifen und den Patentschutz ohne Zustimmung des Monopolisten außer Kraft setzen. Der Patenthalter erhielt dann nur eine Kompensation in Höhe von 1 bis 10% des Monopolpreises. Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wurde jedoch 1995 das TRIPS-Abkommen beschlossen, das Abkommen zu den Rechten des geistigen Eigentums (Trade Related Intellectual Property Rights), das diese Möglichkeiten erheblich einschränkt. Derzeitig wird es mit dem Ziel nachverhandelt, verbliebene Lücken zu schließen und Ausnahmeregelungen – gerade wichtig für Entwicklungsländer – weiter einzuschränken. Gelingt dies, müssen Länder wie Indien, Brasilien und Argentinien ihre Generika-Produktion einstellen. Andere Länder müssen sich verpflichten, auf den Generika-Import zu verzichten. Treibende Kraft sind auch



hier die USA, die vor der WTO Klage gegen Brasilien eingereicht haben, weil das Land durch eigenproduzierte Aids-Generika das TRIPS-Abkommen verletze. Im Gegenzug hat Brasilien vor der UN-Menschenrechtskommission eine Resolution eingebracht, die alle Staaten auffordert, »den Zugang zu Medikamenten (...) abseits aller Beschränkungen durch Dritte sicherzustellen.« Vier Tage nach der Niederlage der Pharmakonzerne in Südafrika wurde diese Resolution mit 52 Stimmen bei einer Enthaltung (USA) angenommen.

Die Pharmakonzerne und ihre Regierungen versuchen die Abwehrstrategien auch jenseits der WTO durch unmittelbare Repression zu unterlaufen. Als die thailändische Regierung die Zwangslizenzierung des Aids-Präparats ddl plante, kündigte die US-Regierung eine drastische Beschränkung der thailändischen Edelstein-Exporte in die USA an und drohte so, das Land von einer wichtigen Devisenquelle abzuschneiden. Thailand sollte nicht nur auf die Zwangslizenzierung von ddl verzichten, sondern das nationale Patent- und Handelsrecht ändern und Zwangslizenzierungen überhaupt unmöglich machen. Dafür bot Washington großmütig die Senkung der Einfuhrzölle für die Edelstein- und Holzexporte an.

Access to essential Drugs!

Der Ausschluss von Millionen Menschen aus der Versorgung mit Medikamenten beginnt schon in der Forschung. Waren die Pharmakonzerne in den Jahren der Kolonialherrschaft noch außerordentlich interessiert an der Entwicklung von Medikamenten gegen Tropenkrankheiten – galt es doch, die Kolonisatoren vor den Krankheiten der Kolonisierten zu schützen – wurden die Forschungen nach der staatlichen Unabhängigkeit der einstigen Kolonien gegen Null gefahren. Von den unzähligen zwischen 1975 und 1997 entwickelten Medikamenten eignen sich ganze 13 zur Behandlung von Tropenkrankheiten. Der Grund liegt in der Differenz der Gewinnerwartung zwischen solchen Medikamenten und denen, die gegen die Krankheiten der sog. »entwickelten Länder« produziert werden. Deren um ein Vielfaches höhere Kaufkraft gibt den Ausschlag: Es werden nur solche Arzneimittel produziert, mit denen sich ein entsprechender Gewinn erzielen lässt, sie werden zu Preisen vertrieben, die diesen Gewinn maximieren und sie werden dort vertrieben, wo sich eine solche Gewinnmaximierung realisieren lässt. Weil das so ist, werden im Jahr 2002 Afrika gerade 1,3% und Südostasien und China ganze 5% Anteil am gesamten pharmazeutischen Markt halten.

Access to Health!

Mittlerweile hat das Pharmaunternehmen Boehringer Ingelheim angekündigt, einigen afrikanischen Ländern für fünf Jahre das Aids-Medikament Nevirapin kostenlos zur Verfügung zu stellen, das die Mutter-Kind-Übertragung von HIV verringert. Im Gnadenakt des Pharmakonzerns zeigt sich die Grenze eines 'nur' um Medikamente geführten Kampfs. Damit das gespendete Nevirapin seine Wirkung entfalten kann, müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die in der Forderung »Access to Drugs« gar nicht angesprochen sind. Dazu gehören kommunitäre Basisgesundheitsdienste, die unter Mitwirkung der Frauen eine zureichende Schwangerenvorsorge und -betreuung ermöglichen, eine umfassende HIV-Beratung, gute Diagnostik, ausgebildetes Gesundheitspersonal sowie eine geeignete Nachsorge. Nevirapin schützt den Säugling bis zur Geburt, verhindert aber nicht, dass er sich anschließend über die Muttermilch infiziert. Wie aber ersetzt man Muttermilch in südafrikanischen townships, deren BewohnerInnen nicht einmal über sauberes Trinkwasser verfügen? Wer kümmert sich um das überlebende Kind, wenn die Aids-kranke Mutter stirbt? Allein im St. Mary's Hospital in Durban sind etwa 60% der 6.000 Frauen, die dort in einem Jahr ihre Kinder zur Welt bringen, HIV-infiziert: 4.000 Neugeborene sind gefährdet, Waise zu werden. Dass dem so ist, hängt nicht nur an fehlenden Medikamenten. Es hängt auch an den patriarchalen Geschlechterverhältnissen und einer in unzähligen Vergewaltigungen ausgelebten sozialen Gewalt, es hängt schließlich an gesellschaftlichen Verhältnissen, die der Mehrheit der Menschen nicht nur lebensnotwendige Medikamente, sondern auch alle anderen Ressourcen eines würdigen und selbstbestimmten Lebens verweigern.

Solche Verhältnisse werden durch Medikamentenspenden nicht im Ansatz bekämpft. Im Gegenteil: indem sie die entwicklungspolitische Ideologie einer staatlich moderierten public-private-partnership von widerständiger »Zivilgesellschaft« und »verantwortungsbewusster« Industrie befördern, verdecken sie, was vor allem anderen erkämpft werden muß: die gesellschaftliche Garantie des »Access to Health«, des Zugangs zur Gesundheit, um den es in der Forderung »Access to Drugs« eigentlich geht. Im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Menschenrechte haben sich die Unterzeichnerstaaten zur Garantie und Verwirklichung des »Rechts eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß auf Gesundheit« als eines der zur Existenzsicherung selbst unverzichtbaren Rechtes verpflichtet. Dessen gesellschaftliche Garantie führt über alle Fragen der Medikamentenversorgung hinaus. Um am Beispiel zu bleiben: Nicht-Regierungs- und Basisorganisationen in Südafrika führen gegenwärtig eine Kampagne gegen die eigene Regierung, in der sie für die BewohnerInnen der townships 50 Liter Trinkwasser täglich einfordern, pro Person und zum Nulltarif. Diese Forderung ist von der nach dem Zugang zu Medikamenten nicht zu trennen. Nimmt man beide Forderungen ernst, hat man schon eine Dritte gestellt, die in Südafrika von vielen der Organisationen der Wasser- und der Medikamentenkampagne eingeklagt wird: die Forderung nach der bedingungslosen Streichung der Schulden des Landes und nach umfangreichen Entschädigungszahlungen für die koloniale Ausplünderung. An dieser war und ist, hier schließt sich der Kreis, auch und gerade die Pharmaindustrie führend beteiligt. Die internationale Kampagne »Access to Drugs« wird an diesem weltgesellschaftlichen Verhältnis nicht nur nicht vorbeikommen, sie wird es ausdrücklich in Rechnung stellen müssen, im übertragenen wie im Wortsinn.●

Thomas Seibert ist Mitarbeiter im Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft und bei medico international

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

sternenklare zukunft
jenseits von nationalstaat und eu

In diesem Jahr wird der 24. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO 24) vom 12. bis 14. Oktober 2001 in München stattfinden.

Der Kongress soll sich als inhaltliche Weiterentwicklung des BUKO 23 verstehen. Im Mittelpunkt des letzten Kongresses standen die Analyse und Kritik internationaler Agenturen und zurückliegender Mobilisierungen der Globalisierungsgegner/innen (IWF, G7, Wirtschaftsforen, WTO, EXPO).

Hierbei gab es zwei Schwerpunkte: zum einen die Auseinandersetzung zwischen VertreterInnen »kooperativer Nichtregierungsorganisationen« (wie z.B. WEED) und »konfrontativer Basisbewegungen«, die auch in der Presse über den BUKO 23 im Vordergrund stand, die weiter geführt, aber beim BUKO 24 nicht mehr im Vordergrund stehen soll. Zum anderen – und diese Diskussionen sollen beim BUKO 24 zentral sein – wurden in den zahlreichen Arbeitsgruppen u.a. die Schwierigkeiten heraus gearbeitet, die die Praxis der Basisbewegungen mit sich bringen.

Das als »event-hopping« bezeichnete Mobilisieren zu den entsprechenden Gipfeln internationaler Wirtschafts- und Finanzagenturen, meist von sehr breiten Bündnissen getragen, führe zu einer analytischen Unschärfe. Aufgabe der weiteren Auseinandersetzung entwicklungspolitischer Aktionsgruppen müsse daher – so das Votum der Kongressteilnehmer/innen – sein, sich wandelnde Politikformen genauer zu erfassen, um nicht mit verkürzten, falschen oder verschwörerisch anmutenden Analysen eine »Gegenmacht von unten« aufzubauen.

Der BUKO 24 will dazu die sich aufgrund der europäischen Integration verändernden Strukturen ausgewählter Politikfelder analysieren, nämlich genau der Felder, die unmittelbar und mittelbar Auswirkungen auf die Länder des Südens zeitigen. Auf der einen Seite soll dabei aufgezeigt werden, dass die Einteilung in Nord und Süd dann zu einer Vereinfachung wird, wenn sich Kategorien und Grenzlinien gerade innerhalb eines sich erweiternden und politisch vertieft integriertem politischen Handlungsraumes vervielfachen, überschneiden, mitunter widersprechen. Populäre Stichworte in diesem Kontext sind bspw. die von »der Dritten Welt in der Ersten« oder der Konkurrenz der sog. Dritten Welt zur einst als Zweiten nummerierten. Auf der anderen Seite soll durch die Analyse der komplexen europäischen Politikformen ein möglicherweise sich änderndes Verständnis deutscher Entwicklungspolitik sichtbar werden.

Ist Entwicklungspolitik überhaupt noch als Interessenspolitik zu fassen? Gäbe es dann nur noch europäische und keine genuin deutschen Interessen mehr? Hat sich seit dem Regierungswechsel 1998, also v.a. durch die Teilnahme der Bündnisgrünen ein neues Verständnis von Entwicklungspolitik entwickelt? Welche Methoden und Prinzipien hat bzw. verfolgt europäische Politik im Unterschied zur deutschen? Diese und weitere Fragen sollen allerdings nicht auf einer allgemeinen Ebene, sondern exemplarisch diskutiert werden. Erst dann soll über womöglich neue Praxisformen oder Ansprechpartner oppositioneller Entwicklungspolitik diskutiert werden.

Der Kongress teilt sich in drei große Blöcke, zu denen je vier bis fünf Arbeitsgruppen angeboten werden. 1. Europäische Sicherheits- und Militärpolitik 2. Abschottung und/oder Erweiterung der EU 3. Europäische Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Dabei sollen immer die Veränderungen hinsichtlich der Auswirkungen auf die Länder des Südens im Vordergrund stehen.

Themenbereiche für den Kongress sind unseren bisherigen Planungen zufolge:

Sicherheit und Militär
- Kriegseinsätze, NATO und WEU vor und nach dem Kosovokrieg
- Europäische Rüstungsexporte und -märkte
- Kriege in Afrika und die europ. Verantwortung Abschottung und Erweiterung
- Festung Europa, Fluchtgründe, Flüchtlingspolitik im Zeichen der Verwertbarkeit von MigrantInnen
- Osterweiterung – Gründe, Folgen, Einschätzungen

Wirtschafts- und Entwicklungspolitik
- Europäische Entwicklungs- und Exportpolitik
- Europäische Wirtschaft
- Der globale Energiemarkt und die Rolle Europas
- Interessen und Akteure im Bereich von Agrar-, Pharma-und Bioplitik der EU
- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- Finanzmärkte, ihre Europäischen Akteure und die Forderung nach Demokratisierung

Information & Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32, D-22765 Hamburg
Tel. (0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
E-Mail: www.buko24.de

WIDERSTAND WELTWEIT!

Von Kampagne zu Kampagne

Peoples' Global Action

Als im Sommer 1996 die Zapatistas zu einem 1. »Intergalaktischen Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft« in Chiapas eingeladen hatten, folgten diesem Aufruf zur Bildung eines »weltweiten Netzwerkes der Widerständigkeiten gegen den Neoliberalismus« über 3.000 Menschen aus aller Welt. Die Zapatistas hatten einem Gefühl Gestalt gegeben, welches sich in der folgenden Zeit immer weiter ausbreiten sollte: »International oder gar nicht!« war die (tatsächlich gar nicht so) neue Idee.

Momo Fischer/Jürgen Kraus, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft BUKO ● Dies hatte auch mit den Veränderungen der weltpolitischen Lage zu tun: So werden in der neoliberalen Globalisierung unter anderem nationalstaatliche Kompetenzen immer mehr auf supranationale Ebenen verlagert, was allerdings die Macht des Nationalstaates keineswegs schmälert. So war es ein recht logischer, aber nichtsdestotrotz bedeutsamer Schritt, den Widerstand ebenfalls auf die globale Ebene zu bringen.

Beim 2. Intergalaktischen Treffen 1997 in Spanien beschlossen dann Personen, den Gedanken der Zapatistas aufzugreifen und mit dem Aufbau eines Netzwerkes zu beginnen, welches sich auf der Gründungskonferenz in Genf im Februar 1998 den Namen »Peoples' Global Action gegen »Frei«handel und die WTO« gab. Die bis dahin nahezu unbekannte Welthandelsorganisation (WTO) wurde auserkoren, weil sie besser als jede andere die neuen ökonomischen Machtverschiebungen deutlich macht. PGA versteht sich als offenes Netzwerk und Mittel zur Kommunikation und Koordination, nicht als Organisation, d.h., die Gruppen und Bewegungen, die an PGA teilnehmen, sind weiterhin völlig autonom in ihren Entscheidungen, es gibt weder eine Mitgliedschaft noch eine Art Zentrale.

Globale Aktionstage

Diese neue globale Allianz trat das erste Mal im Mai 1998 zu den Protesten gegen die 2. WTO-Ministerkonferenz in Genf auf die Bühne – mit großem Erfolg: In Genf selbst protestierten am 1. Globalen Aktionstag an die 10.000 Menschen. Die Behörden reagierten mit einer heftigen Repressionswelle. Doch auch international war die Resonanz beeindruckend – in mehr als 60 Ländern fanden Aktionen in Zusammenhang mit der WTO statt. Im folgenden Jahr fand eine Interkontinentale Karawane (ICC) mit fast 500 TeilnehmerInnen aus Indien und anderen Ländern durch Europa statt, die am 18. Juni in Köln zum Weltwirtschaftsgipfel eintraf. Am gleichen Tag fand ein weiterer Globaler Aktionstag »June 18« statt, zu dem die Bewegung »Reclaim The Streets« (symbolische Zurückeroberung von Freiräumen in Städten) aufgerufen hatte, wobei es in London zu den schwersten Ausschreitungen seit über 15 Jahren kam. Dabei wurde auch das Thema Kapitalismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt: In vielen Ländern hatte es Diskussionen über die Unzulänglichkeit der Kritik an Neoliberalismus und Globalisierung gegeben. Diese Diskussionen flossen bei der 2. PGA-Konferenz im August 1999 in Bangalore, Indien, mit ein und führten zur Erweiterung der Grundsätze von PGA um die klare Ablehnung von Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat und religiösem Fundamentalismus. Dort wurde auch beschlossen, zu Aktionen gegen die 3. WTO-Ministerkonferenz Ende November in Seattle aufzurufen.

Der nächste »Global Day of Action« (GDA) am 30. November (N30) ist inzwischen fast zu einem Mythos avanciert: Zum ersten Mal in der kurzen Geschichte der globalen Aktionstage gelang es einer breiten Allianz, die von NGO-Verbänden über Öko-Anarchos bis hin zum amerikanischen Gewerkschaftsdachverband reichte, eine Konferenz der selbsternannten »global leaders« zum Scheitern zu bringen. Diese Allianz war keinesfalls so harmonisch, wie das von außen wirkte: Zwischen den Positionen der eher reformistischen Nichtregierungsorganisationen (NGO's), den größtenteils nationalistisch-protektionistischen Gewerkschaften und denen der radikaleren Gruppen, die innerhalb des Direct Action Network (DAN) oder im Rahmen der PGA-Karawane agierten, lagen Welten, wenn die einen den Schutz vor Billigimporten zum Schutz nationaler Arbeitsplätze oder Umweltschutz- und Sozialklauseln in der WTO forderten und die anderen deren Abschaffung. Auch wenn im nachhinein alle Seattle als Erfolg für sich verbuchten, eins hat Seattle ganz sicher bewirkt: Das Bewusstsein, dass der globale Kapitalismus, der sich mit dieser »Jahrtausend-Runde« selber feiern wollte, eben kein Naturgesetz ist, sondern angreifbar – wenn auch vorerst nur auf der symbolischen Ebene.

Ähnlich wie in Seattle führte der Globale Aktionstag am 26. September 2000 (S26) zu einer empfindlichen Störung eines kapitalistischen Mega-Treffens: der Gipfel des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Prag schloss einen Tag früher als geplant. Parallel zu den Protesten in Prag wurde in über 100 anderen Städten demonstriert, was eine erfolgreiche Weiterentwicklung der dezentralen Komponente der Globalen Aktionstage bedeutete. Trotzdem haben die Agitationsziele weiterhin eher symbolische Bedeutung. Auf einem Treffen des convenors-comitees von PGA (das Komitee, in welchem aus jeder Region mindestens eine Bewegung vertreten ist, ist entscheidungsbefugt in der Zeit zwischen den Konferenzen und ruft zu den Konferenzen auf) während der Proteste in Prag wurde diese Problematik der Globalen Aktionstage auch von VertreterInnen südlicher Bewegungen thematisiert. In der Diskussion wurde beschlossen, den Widerstand über kurzfristige Mobilisierungen zu einzelnen Ereignissen hinaus zu langfristigen Kampagnen zu bestimmten Themen zu transformieren. Das erste Projekt befindet sich derzeit in der Planungsphase. Anhand des Plan Colombia wird Militarisierung sowie die Repression sozialer Bewegungen behandelt.

Auch wenn der Prozess der weltweiten Vernetzung des Widerstandes scheinbar vom falschen Ende her begann, nämlich »von oben«, sprich zuerst auf der globalen Ebene, scheinen die davon ausgegangenen Impulse durchaus auch den lokalen Widerstand inspiriert zu haben. Auf der lokalen Ebene findet über alle Unterschiede hinweg ein verstärkter Erfahrungsaustausch statt. Die Zusammenarbeit basiert nicht auf einer abstrakten Konstruktion fiktiver gemeinsamer Interessen, sondern auf der aktiven Erkenntnis von Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Anerkennung der Vielfalt und Differenzen, die auch Konflikte auszuhalten in der Lage ist.

PGA-Europa-Treffen in Mailand

Im September 2001 wird die 3. weltweite PGA-Konferenz in Cochabamba, Bolivien, stattfinden. Wie auch in anderen Kontinenten, gab es in Europa im Vorfeld eine regionale Konferenz, zu der die Netzwerke »Ya Basta!« und »Reclaim The Streets« nach Mailand aufgerufen hatten. Im »Centro Social Leoncavallo« trafen sich mehr als 200 Menschen. Europäische Gruppierungen und Zusammenhänge, die sich auf PGA beziehen, sollten Planungen für die nächsten Großereignisse im Sommer 2001 koordinieren und den europäischen Beitrag für die PGA-Konferenz in Bolivien diskutieren. In Mailand lief der Austausch vor allem auf den Ebenen von Aktionsformen, Kampagnenmöglichkeiten und dem Verhältnis internationaler Mobilisierung zu lokaler Arbeit.

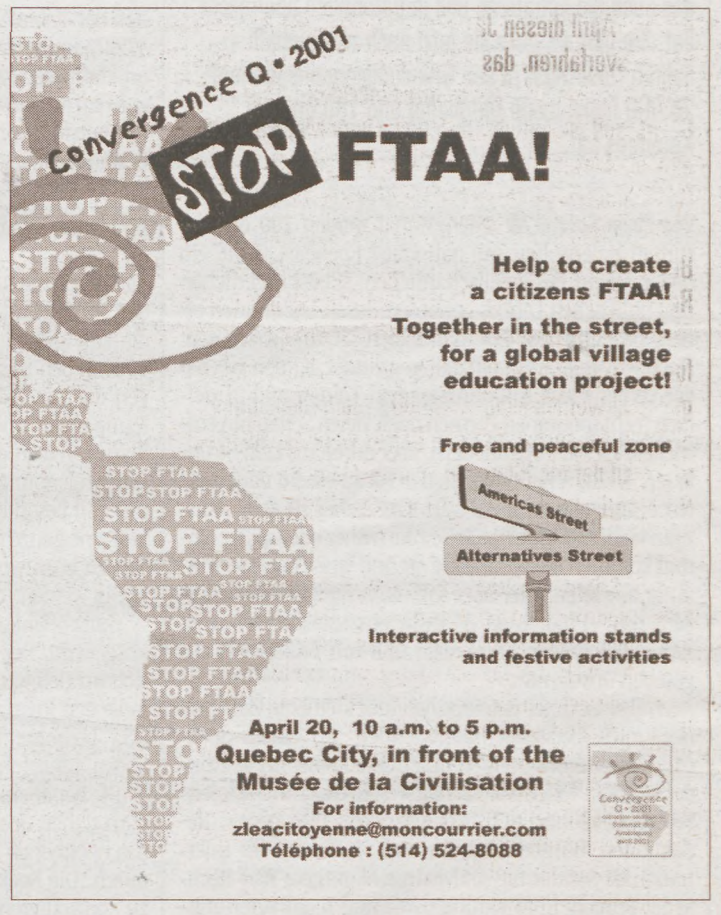
Sowohl »Reclaim The Streets« als auch die »Tute Bianches« (mit dem Tragen weißer, dick gepolsterter Overalls wird das Durchbrechen von Polizeiketten versucht) sind mehr als nur Aktionsformen, sondern dahinter stehen Konzepte von Widerstand und zivilem Ungehorsam, die mittlerweile auch in anderen Ländern Europas aufgegriffen und diskutiert werden. Dadurch wird eine Weiterentwicklung dieser Aktionsformen möglich, die sowohl den internationalen Bezug aufeinander als auch die Ausformung für die jeweiligen lokalen Realitäten ermöglicht. Der Versuch, mit ausgepolsterter Schutzkleidung durch Absperrungen hindurch zu den Entscheidungsträgern zu gelangen, wird jedenfalls in diesem »heißen Sommer« bei den Gegenaktivitäten zu EU, G8 und Weltbank an mehreren Orten zu begutachten sein.

Auch soll das Konzept der »Konvergenz-Zentren« ausgebaut werden: Neben der Möglichkeit, zusammenzukommen und Aktionen zu planen, soll in diesen Zentren Infrastruktur aufgebaut werden für alternative Medienarbeit, Versorgung und medizinische Hilfe. Sie sollen auch als Schutzräume für Flüchtlinge und Illegalisierte dienen, die sich bei den Protesten beteiligen wollen. Asylpolitik und Rassismus werden in Göteborg, Barcelona und Genua thematische Schwerpunkte sein, konkrete Zusammenarbeit mit Antirassismus- und MigrantInnen-Gruppen besteht bereits.

Auf lange Sicht stellt sich die Frage, wie die internationale Dynamik durch die globalen Aktionstage auch die lokale Widerstandsarbeit inspirieren kann bzw. wie globale sozio-ökonomische Entwicklungen mit lokaler Auswirkung aufgegriffen werden könnten und wie langfristige Kampagnen möglich sind. Auch wenn dieses Thema in Mailand nur angerissen werden konnte, so wurden doch Ideen konkretisiert. Als Perspektive bieten sich Kampagnen und »lokale Aktionstage« an, die zeitgleich in mehreren Ländern zum gleichen Thema stattfinden könnten, z.B. zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors oder zur Privatisierung des Wassers. PGA könnte dabei als Struktur dienen, in der solche Kampagnenthemen durch Informationsaustausch und Koordinierung eine internationale Bezugnahme aufeinander ermöglichen. Ein erster »Ernstfall« für dezentrale Aktionen könnte aber auch ein »klassisches« PGA-Thema sein, nämlich die nächste WTO-Konferenz in der Wüstenstadt Doha (Katar). Dort werden sich die WTO-TechnokratInnen hinflüchten, um einem ähnlichen Debakel wie in Seattle aus dem Weg zu gehen.

Der Informationsfluss zu solchen Kampagnen könnte über »Indymedia« (Forum für alternative Medienberichterstattung) allgemein zugänglich gemacht werden: vom Erfahrungsaustausch über Berichte zu globalen Akteuren und Prozessen mit lokaler Auswirkung bis hin zu Aufrufen zu international koordinierten lokalen Aktionstagen. Mit »Indymedia« ist in den letzten Jahren eine neue Komponente (inter)nationaler Kommunikationsstrukturen entstanden. Es bietet nicht nur die Möglichkeit, sich für Aktionen und politische Events aus mehr als nur der Mainstream-Berichterstattung zu informieren, sondern auch für direkte Informationsvermittlung und Diskussion. Indymedia-Sektionen gibt es in immer mehr Ländern weltweit, seit Anfang diesen Jahres auch in der BRD (www.indymedia.de).

In den zahlreichen Diskussionen und Planungen schimmerte durch, welches Potential in einer Vernetzungsform wie PGA stecken kann, auch innerhalb Europas als ein Teil des weltweiten Prozesses. Um dieses Potential zu entwickeln, benötigt es aber eine breite Basis, d.h. genauso wie lokale Arbeit mit globaler Perspektive einhergehen sollte, so muss auch andersherum internationale Vernetzungsarbeit von den lokalen Strukturen aus geprägt werden. In der Dynamik von PGA können neue Formen sozialer Bewegung entstehen, es kann aber die Ausgestaltung von Bewegungsansätzen an der Basis nicht ersetzen. ●



POLITISCHE GROSSVERANSTALTUNGEN IM SOMMER 2001 UND GEPLANTE GEGENAKTIVITÄTEN

Deutsch-Französischer Gipfel in Freiburg (12.6.)
EU-Gipfel in Göteborg (14.-16.6.), mit Aktionstagen am 14./15.6. und Demonstration am 16.6.
Weltbank-Konferenz zu Entwicklungspolitik in Barcelona (25.-27. Juni), mit Gegengipfel am 22./23.6. und Aktionstagen vom 25.-27.6. Die WB-Konferenz wurde mittlerweile abgesagt, dennoch laufen die Vorbereitungen für die Aktionstage weiter.
WEF (Welt-Wirtschafts-Forum)-Europa-Treffen in Salzburg (1.-3.7.), Aktionstag am 1.7.
G8 (Weltwirtschafts)-Gipfel in Genua (20.-22.7.), mit Demonstration zum »Tag der ImigrantInnen« am 19.7., Blockaden am 20.7. und Groß-Demo am 21.7.
Weltklima-Gipfel in Bonn (16.-27.7.)

Geplant sind Konvergenz-Zentren für Begegnung und Aktionsplanung als Vor-Ort-Infrastruktur und Karawanen, die durch Europa ziehen wie z.B. eine Karnevals-Karawane von Barcelona über Tarifa, wo ein antirassistisches »No-border-Camp« stattfinden wird, nach Genua).

no BORDER no NATION karawanen 2001

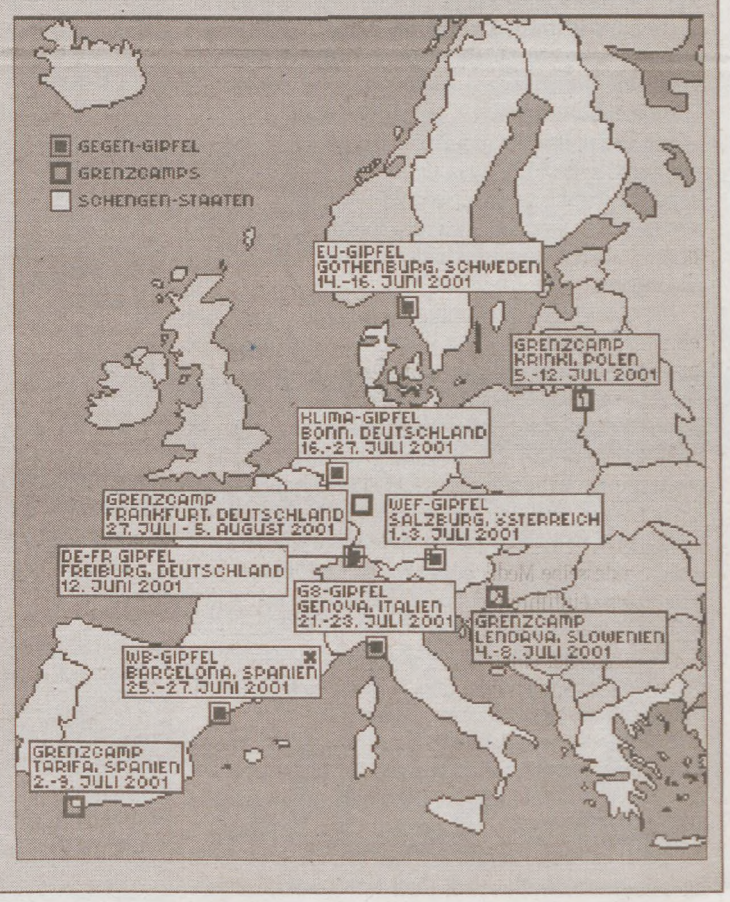
Grenzcamp in Lendava, Slowenien, (4.-8.7.)

Grenzcamp in Krinki, Polen / Bialstok, Weissrussland, (5.-12.7.)
Um auf die strengen Maßstäbe, welche die EU den Beitrittskandidatinnen in bezug auf Migration aus weiter östlich liegenden Staaten abverlangt sowie dem Aufkommen von Xenophobie und Nationalismus in Ost- wie in Westeuropa aufmerksam zu machen, findet an der polnisch-weissrussischen Grenze ein Camp statt. Die praktizierte Grenzpolitik verhindert, dass tausende Menschen arbeiten, Freunde und Familie besuchen oder einfach Urlaub machen zu können. Stoppt die Festung Europa! Bewegungsfreiheit für alle Menschen!

Grenzcamp in Frankfurt/Main, (27.7.-5.8.)
Die Herausforderung dieses Grenzcamps ist, zu zeigen, dass ein radikaler Widerstand gegen den neoliberalen Rassismus moderner Anti-Migrationspolitik existiert und zwar auch im »reichen, weltoffenen, multikulturellen« Rhein-Main-Gebiet. Neben anti-rassistischer und anti-kapitalistischer Interaktion mit jenen, die von dieser Gesellschaft ausgeschlossen sind, kommt dem Camp auch »intern« eine wichtige Rolle zu: es steht für die Herausforderung und auch Schwierigkeit politischer Zusammenarbeit. Mit zwischen 500 und 1.000 TeilnehmerInnen pro Jahr hat sich das Camp zu einem wichtigen Treffpunkt entwickelt. Weil sich das Camp dadurch aus einer Vielzahl an heterogenen Hintergünden und Perspektiven zusammensetzt, sollen auch Fragen wie Minimalkonsens, unterschiedliche Positionen und Aktivtäten diskutiert werden.

Grenzcamp in Tarifa, Spanien, (2.-9.7.)
Manch eineR denkt bei Südspanien vielleicht eher an Urlaub als an überfüllte Flüchtlingsboote oder tätliche Angriffe auf MigrantInnen, wie etwa letztes Jahr El Ejido. Vor diesem Hintergrund ruft die spanische Organisation »Ninguna Persona es ilegal« zum Grenzcamp in der Nähe von Tarifa und in Sichtweite der marrokanischen Küste, auf. Tarifa wurde als Ort für das Grenzcamp aufgrund des symbolischen Wertes ausgewählt: in Südspanien befindet sich die längste Grenze der EU – die Meerenge von Gibraltar – wo in den letzten Jahren mehr als 1.500 Personen beim Versuch, die Grenze zu überqueren, getötet wurden. Jeden Monat werden rund 1.000 AfrikanerInnen nach dem Grenzübertritt verhaftet. Das Programm des Camps soll offen bleiben, um den zahlreichen, erwarteten Organisationen eine aktive Teilnahme anbieten zu können und zwar nicht nur aus Europa, sondern vor allem auch aus Afrika und Südamerika.

Weitere Infos, Links und Kontaktanschriften:
www.no-racism.net/nobordertour/



FRANKREICH: ATTAC

Eine Volksbildungsbewegung - ...

Die französische Vereinigung ATTAC (1) wurde im Juni 1998 gegründet. Sie stieß sofort auf ein Echo, das auch die Initiatoren und Initiatorinnen überrascht hat. Sie gibt an, dass sie jetzt nach zweieinhalb Jahren (zusätzlich zu den Gründungsorganisationen) 28.000 individuelle Mitglieder und 180 örtliche Komitees hat.

Von Pierre Rousset ● Jeden Monat werden 200 örtliche Initiativen ergriffen. Auf nationaler Ebene ist *ATTAC* ein neuer Akteur des gesellschaftlichen, staatsbürgerlichen und politischen Lebens geworden; rasch hat er auch einen beachtlichen internationalen Status gewonnen. Nachdem er einmal offiziell gegründet worden ist, hat der Verband sich mit anhaltendem Tempo und in vielfach recht spontanen Formen nach vielen Seiten hin entwickelt. Es war ein Auflodern, aber durchaus kein Strohfeuer. *ATTAC* scheint jetzt in der Tat zu einem dauerhaften Faktor geworden zu sein. Um sicher zu sein, muss man vielleicht die erste Krise (die früher oder später einmal kommen muss) und die Art und Weise der Überwindung abwarten. Hier aber soll ein Ansatz gemacht werden, das »Phänomen ATTAC« einzuschätzen, wie es sich zumindest in Frankreich und von Frankreich aus gesehen ausnimmt.

ATTAC ist unter Beteiligung einer kleineren Zahl von bekannten Personen hauptsächlich aus einem Spektrum von Organisationen unterschiedlicher Art gegründet worden: von Gewerkschaftsverbänden, Arbeitslosenbewegungen und der »Confédération Paysanne«; Redaktionen, Bürgerinitiativen und Strukturen für internationale Solidarität; AktivistInnenkomitees (für Rechte der Frauen, Entwicklung usw.) und Nichtregierungsorganisationen (NROs). *ATTAC* hat sich mit einem noch wenig beackerten und recht unzugänglichen Handlungsfeld befasst: Steuern und Kontrolle der Spekulationsbewegungen des Kapitals, Widerstand gegen die Diktatur der Märkte. Die Prozesse der Herausbildung gemeinsamer Aktivitäten benötigen im allgemeinen Zeit, bis etwas zustande kommt. Bei *ATTAC* hat es bis zur formellen Konstituierung aber nur sechs Monate gedauert.

Pierre Rousset ist Chefredakteur von rouge, der Wochenzeitung der LCR, französische Sektion der IV. Internationale, und arbeitet in der internationalen Arbeitsgruppe von ATTAC Frankreich sowie im »ATTAC-Komitee der europäischen Institutionen« mit.

Im Dezember 1997 hat *Le Monde diplomatique*, die in fortschrittlichen Kreisen Frankreichs einflussreiche Monatszeitung, einen Leitartikel von *Ignacio Ramonet* veröffentlicht, in dem der Vorschlag enthalten war, man solle sich besser organisieren, um den internationalen Finanzmärkten etwas entgegenzusetzen. Es kam umgehend eine Antwort der Leser und Leserinnen, sie waren begeistert; das hatte die Redaktion veranlasst, ein Treffen einzuberufen, um das Projekt auf den Weg zu bringen. Es gab rasch ein Einvernehmen darüber, dass man einen eingetragenen Verein bildet, nicht nur ein faktisch bestehendes Bündnis, wie es oft der Fall ist.

Obwohl *ATTAC* ursprünglich von Organisationen gegründet worden ist, hat es sich für Einzelmitglieder geöffnet. Es setzte sofort ein Strom von Beitritten ein, der bis heute mit etwa tausend pro Monat nicht nachgelassen hat. Dies hat zur Bildung einer zunehmenden Zahl von örtlichen Komitees geführt. Natürlich sind nicht alle, die ihren Beitritt erklärt haben, aktiv (und nicht alle sind mit den Beitragszahlungen »... jour«). Dennoch ist dieser Prozess wegen seines Umfangs und seiner Spontaneität packend.

Die anfängliche Dynamik von *ATTAC* hat sich nicht nur durch seine Wirkung in Frankreich gezeigt. Es wäre durchaus logisch gewesen, wenn die Assoziation den ersten Jahrestag ihres Bestehen mit einer größeren landesweiten Initiative begangen hätte, um ihre Verwurzelung zu festigen.

Die erste große Versammlung von *ATTAC*, die im Juni 1999 stattgefunden hat, ist jedoch eine internationale Konferenz gewesen: die Versammlung in Saint-Denis, am Stadtrand von Paris. Solch eine Initiative außerhalb irgendeines institutionellen Rahmens (von der Art der UNO-Konferenzen) und kurzfristig vorzubereiten, war etwas gewagt. Wir wollten aber das Eisen schmieden, solange es heiß war, und den Schock nutzen, den die Finanzkrisen 1997/98 ausgelöst hatten, um in alle Richtungen hin Kontakte zu knüpfen. Die Ergebnisse waren eine volle Bestätigung: Zunächst hatten eine ganze Reihe von Komitees und Organisationen *ATTAC* gegründet. Dann sind zahlreiche Einzelmitglieder der Assoziation beigetreten, es entstanden örtliche Komitees, es wurden internationale Verbindungen angeknüpft.

Und der wissenschaftliche Beirat von *ATTAC* bildete Kommissionen, die zu den Themen der Kampagne vertieft arbeiteten (Tobin-Steuer, Verteidigung der Renten, Ablehnung der Pensionsfonds usf.). Zum dritten nahmen gemeinsame Mobilisierungen zu, die dann zum Zeitpunkt von Seattle einen ihrer Höhepunkte erreichten. Gleichzeitig wurde spürbar, dass *ATTAC* bei den Institutionen etwas bewirkt. Abgeordnete identifizierten sich mit der Assoziation und leiteten Aktivitäten zugunsten der Tobin-Steuer ein. Gemeinden beriefen sich auf *ATTAC*, um Widerstand gegen das neoliberale System zu proklamieren und Demokratie vor Ort zu fördern. Es gab den Aufruf von »Morsang«, der aus einem Symposium hervorging, das am 28. und 29. Januar 2000 in der Gemeinde Morsang-sur-Orge stattfand.

Zum Hintergrund

Sicherlich hat nicht alles erst mit *ATTAC* angefangen. In der Tat hatten eine ganze Reihe der wichtigsten Ideen, die zur Bildung dieser Assoziation führten, bereits seit 1995 in den Kreisen gekeimt, die in dem Widerstand gegen das neoliberale System aktiv waren. Verschiedene Kampagnen und Initiativen haben den Boden bereitet. Warum haben diese Ideen dann um *ATTAC* herum Gestalt angenommen, warum hat sich die neue Dynamik hier mit besonderer Stärke entfaltet? Es gibt mit Sicherheit eine ganze Reihe von Punkten, mit denen diese Fragen zu beantworten wären. Es sollen nur ein paar genannt werden:

Ganz offenkundig hat die momentane Lage sich voll ausgewirkt. Der Augenblick war günstig. *ATTAC* bildete sich im Gefolge der Ostasienkrise, während die Schockwelle erst Russland und dann Brasilien erfasste und die USA bedrohte (Beinahe-Bankrott eines bedeutenden Spekulationsfonds).

Die neoliberale Ideologie kam noch mit all ihrer Arroganz daher, doch in der real existierenden Welt machte das neoliberale Modell bereits seine erste größere Krise durch. Die Spekulationsbewegungen zu besteuern und zu kontrollieren, wie *ATTAC* es sich anfangs auf das Panier geschrieben hatte, erschien durchaus als eine Forderung der Stunde und als eine demokratische Kampfansage an das herrschende System.

»Die Welt ist keine Ware!«

Allgemeiner gesehen, entsprach die Gründung von *ATTAC* einem weithin geteilten Bestreben: die »Diktatur der Märkte« nicht länger passiv hinzunehmen; das Soziale wieder in das Zentrum der politischen Anliegen und Entscheidungen zu rücken; sich das Politische durch einen staatsbürgerlichen Ansatz und in neuen Formen wieder anzueignen. Das Programm von *ATTAC* war nie auf die Besteuerung des Spekulationskapitals beschränkt, die Assoziation hat sich den Sammelruf der Widerstände gegen die neoliberale Globalisierung zu eigen gemacht: »Die Welt ist keine Ware!«

Wenn *ATTAC* so rasch aufgebaut werden konnte und dem entsprochen hat, was viele Menschen wollten, so liegt es daran, dass ihr die Tradition der Einheit, die in einem Teil der sozialen Bewegung verankert ist, die Kampagnen der neunziger Jahre gegen das internationale neoliberale System und die dauerhafte Nachwirkung des Streiks vom November/Dezember 1995 im öffentlichen Dienst zugute gekommen sind.

In *ATTAC* sind Organisationen zusammengekommen, die anderswo zum Teil in Konkurrenz zueinander oder im Konflikt miteinander stehen. Der Fall der Gewerkschaftsbewegung ist hierbei erhellend. Zu den Gründungsmitgliedern der Assoziation gehören mehrere Föderationen der *CGT* (mit Unterstützung der Konföderation), die »Gewerkschaftsunion »Gruppe der Zehn« (2), die *FSU* (die größte Lehrer- und Lehrerinnengewerkschaft), Teile der *CFDT*-Linken. Diese unterschiedlichen Komponenten der französischen Gewerkschaftsbewegung arbeiten in *ATTAC* Tag für Tag zusammen, und zwar zu durchaus nicht ganz untergeordneten Fragen: Antworten auf die wirtschaftsliberale Politik, auf die Rentenfrage, die Haltung zur WTO, die Einheit mit den Vereinigungen der sozialen Bewegungen usw.. Dasselbe gilt für die größeren Arbeitslosenbewegungen.

Seit etwa 15 Jahren hat sich in Frankreich eine Tradition der Einheit herausgebildet, durch die zahlreiche Organisationen lernen konnten, trotz ihrer Differenzen gemeinsam zu handeln. Dies hat auch zu einer bedeutsamen Modifizierung der Kampagnen gegen das internationale Finanzsystem beigetragen. Diese Änderung hat 1995 eingesetzt, als auf die französische Kampagne »50 Jahre, es reicht!« gegen die Institutionen von Bretton Woods (3) die Kampagnen unter dem Namen »Autres Voix de la planète« (Andere Stimmen des Planeten) folgten, und zwar im Hinblick auf die Gegenaktivitäten zum G7 1996: Innerhalb dieser Kampagnen begann die Gewerkschaftsbewegung eine zentralere Rolle zu spielen. 1996 waren Demonstrationen gegen einen G7-Gipfel zum ersten Mal durch die Teilnahme von Gewerkschaftsblöcken gekennzeichnet (nämlich bei der Demonstration der »Autres Voix« sowie bei der eigenen Mobilisierung der CGT). Die Wahrnehmung der Nord-Süd-Solidaritäten veränderte sich, eine zwar relative, doch neue Schicksalsgemeinschaft gegenüber der universellen neoliberalen Politik entstand. Es sei daran erinnert, dass die Zapatistas im selben Jahr ihre internationale Initiative gegen den Neoliberalismus organisiert haben.

Die Auswirkungen des Streiks im öffentlichen Dienst im November und Dezember 1995 waren nicht eindeutig. Er hat nicht zu den Siegen geführt, die die ungewöhnlich große Beteiligung, die Entschiedenheit und die Unterstützung in der Bevölkerung erhoffen ließen. Er hat aber zu einer kollektiven Bewusstwerdung, einer Willensbekundung in Bezug auf Widerstand gegen das herrschende System, zu einer tiefen Delegitimierung des neoliberalen Diskurses geführt. 1998 haben die gemeinsame Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) und die Gründung von *ATTAC* jeweils auf ihre Weise gezeigt, dass die Stimmung vom Dezember 1995 nicht tot ist.

Die Entwicklung von *ATTAC* entspricht schließlich auch der Krise der Politik in Frankreich. Und zwar in mindestens zweierlei Hinsicht. In Anbetracht eines neoliberalen Systems, das die Überlegenheit der Märkte sanktioniert, bekräftigt die Assoziation, schon mit ihrem Erfolg, den Vorrang der Demokratie unter Beteiligung der BürgerInnen und den Vorrang von politischen Entscheidungen über die Diktatur der wirtschaftlichen Interessen. Sie bietet außerdem einen neuen Rahmen für politische Organisierung, Bildung und Aktion, und dies zu einem Zeitpunkt, wo sehr viele Aktive (oder potenziell Aktive) sich in den traditionellen Formen politischer Aktivität nicht mehr wiederfinden.

ATTAC ist nicht zur einzigen Trägerin des Widerstands gegen die neoliberale Globalisierung in Frankreich geworden. Die besondere Rolle beispielsweise der »Confédération Paysanne« (die, wie gesagt, zu den Gründungsorganisationen der Assoziation gehört) ist ausgesprochen wichtig. Der Umstand, dass sich eine städtische Bevölkerung in dem Kampf eines Bauernverbands wiederfindet, sagt viel aus über die Krise des herrschenden Gesellschaftsmodells sowie über die Art und Weise, wie die Verbindung zwischen öffentlicher Gesundheit und Nahrungsmittelproduktion und von ökologischen und sozialen Forderungen gesehen wird. *ATTAC* besetzt aber auch einen beträchtlichen politischen Raum, der über sein eigentliches Aktionsfeld hinausreicht.

Die Dynamik

Zweieinhalb Jahre nach seiner Gründung ist *ATTAC* nach wie vor weitgehend eine Organisation im Aufbau, was einen gewissen Einfallsreichtum im Verlaufe der Aktivitäten erzwingt.

Wie lässt *ATTAC* sich definieren? Wir sprechen oft von einer aktionsorientierten Volksbildungsbewegung. Oder von einer politischen Bildungsbewegung.

ATTAC ist auch der Treffpunkt zwischen der sozialen Anforderung (die von den Gründungsorganisationen verkörpert wird: den Gewerkschaften usf.) und den Anforderungen der BürgerInnen (die von dem Strom der Einzelmitglieder verkörpert wird). Sie ist insofern eine »sozialbürgerschaftliche« Bewegung.

Die Eigendynamik von *ATTAC* spiegelt sich in dem Programm und den Kampagnen wieder. So stand der Kampf für die Tobin-Steuer von Anfang an in einer demokratischen Perspektive (Wiedergewinnung des Primats der Politik gegenüber der Diktatur der Märkte), einer pädagogischen und aktivistischen (Aufdecken und Kritik an den finanziellen Mechanismen des Liberalismus), einer sozialen (Besteuerung des Kapitals, nicht der Arbeit), einer solidarischen (Verwendung dieser Steuer zur Verminderung der Ungleichheiten, vor allem zwischen Nord und Süd) und einer antispekulativen Perspektive (Einschränkung der spekulativen Kapitalbewegungen). Die TobinSteuer wurde von Anfang an auch im Zusammenhang mit anderen Kämpfen verstanden, die zunehmend breiter geworden sind: die gegen die Steuerparadiese und die ungleichen Freihandelsabkommen, gegen die Strukturanpassungspläne des *IWF* oder das Gesetz über die Welthandelsorganisation, für die Streichung der Dritte-WeltSchulden, gegen die Bildung von Pensionsfonds, für die öffentlichen Dienste, gegen die Einführung von genmanipulierten Organismen in der Landwirtschaft und die Patentierung von Lebewesen usw.

Fortsetzung nächste Seite

AUFRUF ZUR INTERNATIONALEN DEMONSTRATION IN GENUA GEGEN DEN G8-GIPFEL VOM 20.-22.JULI 2001

Ein neues Gespenst geht um in Europa: das der heimlich Eingereisten, der Flüchtlinge, der GrenzüberschreiterInnen. Es verkörpert die unsichtbare und rechtlose Menschheit. Alle Mächte des alten Europa haben sich vereint, um es zu jagen und zu verjagen, in einem Kreuzzug, das von Schengen koordiniert und von den britischen Labours, die spanischen Konservativen, die italienischen Demokraten und die deutschen Polizisten getragen wird. Schengen ist der Ersatz einer europäischen Immigrationspolitik, ist ideen- und vorschlagslos, es heißt Cordon sanitaire aus Polizei und Militär. Dass die Probleme, die die Immigration aufwirft, tendenziell in Polizeifragen aufgelöst werden, ist nicht nur europäisch, sondern eines der typischen Züge, die die Globalisierung hervorgebracht hat. Das Niederreißen der Hindernisse des Waren- und Kapitalverkehrs wird von der Vervielfach der Grenzen begleitet, gegen Frauen und Männer auf der Flucht vor dem Elend, dem Krieg und den sozialen und politischen Tyranneien: die »Außengrenzen« verlaufen rings um die Europäische Union, zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, und als Damm gegen die Mobilität der Frauen und Männer, die in die Mobilität ausbrechen, rund um Hong Kong, um den Süden Chinas, um die Länder Südostasiens, die von der 97er Krise heimgesucht wurden.

Die Welt, die sich nach 89 allmählich im Traum des »süßen Handels« und der heutigen »new economy« hätte vereinigen sollen, zeigt sich deswegen zerteilt zwischen alten und neuen Grenzen, durch Außengrenzen vor allem. Aber auch durch Binnengrenzen, in den einzelnen nationalen und regionalen Räumen, da selbst im kapitalistischen Westen Entwicklungen des sozialen Ausschlusses und der Einschränkung der Bürgerrechte wieder Aufschwung bekommen.

Als Zeichen der Mobilität der Arbeit, die geschichtlich dem Kapitalismus ihre eigene Dynamik auferzwungen hat, werfen die Migranten ein bezeichnendes Licht auf die Tendenzen der Deregulierung und der Flexibilität, die in den letzten 20 Jahren das Profil des Arbeitsmarkts der Länder des entwickelten Kapitalismus neu gezeichnet haben. Was sich auf den ersten Blick wie eine autonome Wahl ausnimmt - die Forderung und Praxis des Rechts auf Flucht vor dem realen Elend und vor tyrannischen sozialen und politischen Regimes - kehrt sich konkret in den Zwang zu prekären Arbeitsverhältnissen um, wie die Situation der Illegalisierten beispielhaft und überdeutlich, voller symbolischer Verweise, zeigt. Die soziale Stigmatisierung und die Diskriminierung zeichnen den Alltag der MigrantInnen in der Europäischen Union aus, in den Städten, in denen sich der Diskurs und die Politik der »Zero Tolerance« verbreiten, an den Arbeitsplätzen wie in den Lagern und Abschiebeknästen, die in den letzten Jahren überall in Europa entstanden sind, in denen Frauen und Männer lediglich deswegen eingesperrt werden, weil sie die »falsche« Staatsangehörigkeit haben.

Heraus aus dem Versteck zu kommen, die Angst zu besiegen, öffentlich zu kämpfen, anerkannt zu werden als politisches Subjekt ist von grundsätzlicher Wichtigkeit für die MigrantInnen. Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo eine große internationale Demonstration organisiert werden sollte, europaweit und mit der Teilnahme von Delegationen aus Ländern aus aller Welt, für die Eroberung der verweigerten Rechte.

Im Juli 2001 findet in Genua (Italien) das G8-Gipfeltreffen statt. Wir, ImmigrantInnen, antirassistische und antifaschistische Organisationen und Vereinigungen der Stadt, wenden uns mit diesem Aufruf an alle MigrantInnen in Europa, damit alle zusammenkommen in Genua, um sich zu treffen, zu demonstrieren, zu diskutieren und um neue Netze international aufzubauen.

Das Beispiel von Seattle sollte auch in Europa konkret ausprobiert werden, insbesondere gegen den Rassismus, den gesellschaftlichen Ausschluss und die Marginalisierung, gegen die neoliberalen Beschlüsse, die jedes Gipfeltreffen des G8 oder des IWF als Weg zu einer besseren Welt präsentieren.

Wir haben einen großen Kampf vor uns. Der G8-Gipfel kann ein wichtiger Teil davon sein, wenn es gelingt, dass die Tausenden von Sans Papiers, den Flüchtlingen ein Gesicht bekommen, in einer großen Demonstration der MigrantInnen und ihrer Vereinigungen, für die verweigerten Rechte, für den Respekt der Kulturen aller, für die Bewegungsfreiheit, für das Recht auf Asyl, für die Abschaffung der Abschiebeknäste, für die Legalisierung der heimlich Eingereisten, für das Stimmrecht, für das Recht auf Existenz und auf Kampf für eine Gesellschaft von Gleichen mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten, frei von Not und Angst.●

FORTSETZUNG VON SEITE 10

... ausgerichtet auf Aktionen

Grundlage des Kampfs von *ATTAC* in seiner ganzen Bandbreite bildet der Wille, sich der Diktatur der Märkte entgegenzustellen. Das ermöglicht es der Assoziation, aktiv auf die Konvergenz aller Widerstände gegen das neoliberale System hinzuarbeiten. *ATTAC* hat in Frankreich ein neues Aktionsfeld aufgetan, was dann per Nachahmung zur Bildung von ATTAC-Komitees in einer Reihe von anderen Ländern in Europa, Lateinamerika, der arabischen Welt oder Schwarzafrika geführt hat. Die Assoziation hat jedoch nie den Anspruch erhoben, das Terrain der Antiglobalisierung gehöre ihr allein.

Sie strebt im Gegenteil auf ein Zusammengehen der Aktivitäten der Netzwerke und Kampagnen an, die zu Themen wie Verschuldung, Finanzinstitutionen, WTO oder Freihandelsabkommen arbeiten. Ziel ist es, ein gemeinsames Haus zu errichten, in dem der neue Internationalismus der Bewegungen für Bürgerbeteiligung und der sozialen Bewegungen seinen Ausdruck finden kann. Nach Asien sind eine ganze Reihe von Beziehungen geknüpft worden, obwohl dort bislang nicht ein einziges ATTAC-Komitee entstanden ist.

Im Zusammenhang mit dieser Gesamtperspektive war das internationale Treffen vom Juni 1999 in Saint-Denis eine Weichenstellung. Eine sehr breite Initiative konnte im Wesentlichen auf der Basis eines finanziellen und kämpferischen Engagements auf die Beine gestellt werden. Der Schwerpunkt lag eher bei den Gewerkschaften und Verbänden als bei den NROs. Lobbyistische Ambitionen waren fehl am Platze, da es ja keine Konferenz von Institutionen gab. Es war eine Arbeitskonferenz, auf der die Arbeitsgruppen einen größeren Raum einnahmen als die Plena, sie war auf die Festlegung gemeinsamer Kampagnen ausgerichtet. Es war möglich, ein paar Pflöcke zu setzen und einiges an Annäherung in Gang zu setzen, einen Prozess einzuleiten, der sich im Jahr 2000 mit dem Impuls von Seattle auf den Treffen in Bangkok und in Genf vertieft hat.

Die Zukunft

Sowohl innerhalb von *ATTAC* als auch im Rahmen der internationalen Konvergenzen hat sich ein sehr weiter einheitlicher Rahmen herausgebildet, in dem die Radikalität der sozialen Bewegungen und der BürgerInnenbewegung heute dynamisch zum Ausdruck kommt. Diese Dynamik ist natürlich nicht für alle Ewigkeit garantiert; sie muss sich aus etwas speisen. Und das lebenswichtige Gleichgewicht von *ATTAC* muss erhalten bleiben. *ATTAC* ist in Mode, vor allem in Frankreich. Der Einfluss der Assoziation hat sich im Bereich der Institutionen (Parlamente, Gemeinden) bemerkbar gemacht. Eine notwendige Etappe, wenn wir wollen, dass die Ziele, für die wir kämpfen, wie Besteuerung der Spekulationsbewegungen des Kapitals, Verbot der Steuerparadiese oder Schuldenstreichung für die Dritte Welt sich morgen in den Gesetzen widerspiegeln. Dabei versteht es sich aber, dass die Arbeitsweise und die Orientierung der Assoziation weiter von den Gründungsorganisationen und den in örtlichen Komitees organisierten Mitgliedern bestimmt werden müssen. Es gilt dafür zu sorgen, dass das Gravitationszentrum von *ATTAC* aktivistisch bleibt. Dies reicht jedoch nicht aus, um alle Probleme im Zusammenhang mit den Verbindungen zwischen einer aktivistischen Bewegung und Abgeordneten zu klären. Zum Beispiel können Konflikte zwischen einem örtlichen Komitee und einem Bürgermeister entstehen, der sich zu *ATTAC* zählt.

Die Zukunft von *ATTAC* in Frankreich wird weitgehend von der Qualität der Verbindung zwischen den »kollektiven« (Gewerkschaften, Verbände, Redaktionskomitees usw.) und den individuellen Mitgliedern bestimmt werden. Die Arbeitsweise der Assoziation ist ansatzweise ihrer Fortentwicklung angepasst worden: Der Verwaltungsrat, der zunächst nur von »Gründungsmitgliedern« gestellt worden war, ist für Delegierte der Komitees geöffnet worden. Die Eigenverantwortung der örtlichen Komitees für ihre Aktivitäten ist anerkannt worden. Die Gründerorganisationen gewährleisten eine große Stabilität der Bewegung. Doch im Leben der Assoziation gibt es noch allzu oft eine Kluft zwischen den Einzelmitgliedern und den auf nationaler Ebene operierenden Organisationen, die sich nicht immer auf örtlicher Ebene einbringen. Wie lässt sich denn ein gemeinsames Maß für die demokratische Repräsentation eines nationalen Gewerkschaftsverbands und eines örtlichen Komitees finden? Die Frage ist nicht einfach, und in dieser Hinsicht gibt es nicht viel, auf das man sich stützen könnte. Vermutlich ist in diesem Bereich also noch vieles zu erfinden. Bei zahlreichen Mitgliedern ist eine ausgeprägte Lernbegierde zu erkennen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an zahlreichen örtlichen Vortragsveranstaltungen und an der ersten Sommeruniversität (zu der im August 2000 ca. 700 Personen gekommen sind) erweisen sich als besonders wissbegierig. Vielfach erwarten sie von den Referenten und Referentinnen die Weitergabe ihres Wissens. Insofern ist *ATTAC* tatsächlich eine aktivistische Bildungsbewegung, und dies ist ein wichtiger Aspekt. Vielfach gilt es, bei solchen Versammlungen die Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen erst noch zu lernen. Geht das darauf zurück, dass es für die Mehrzahl der Mitglieder oder Sympathisantinnen und Sympathisanten von ATTAC die erste politische Erfahrung ist? Jedenfalls kann sich diese Lernerfahrung trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten ebenfalls als für die Zukunft wichtig erweisen.

Die Beziehung zu den politischen Parteien bereitet manchmal Probleme. Sie wurden in den Gründungsprozess von *ATTAC* nicht einbezogen. Mitglieder von Parteien sind willkommen; sie sind jedoch auf nationaler Ebene nicht als solche repräsentiert. Auf örtlicher Ebene sind Parteien jedoch in einigen Komitees vertreten. Das führt zu einer Debatte über die Folgerichtigkeit der Arbeitsweise der Assoziation. (4)

ATTAC ist in Frankreich kein Kartell von politischen Strömungen. Eine ganze Reihe der Mitglieder finden sich in keiner besonderen Strömung wieder. Selbstverständlich gibt es Mitglieder von Parteien, sie sind jedoch entweder über die Gründungsorganisationen oder als einzelne in *ATTAC*. Diese (wünschenswerte) indirekte Beziehung ist keine formale Angelegenheit. Natürlich enthält *ATTAC* nichtsdestoweniger ein breites politisches Spektrum. Vereinfacht gesagt finden sich hier radikal antineoliberale Positionen bis hin zu radikal antikapitalistischen. So gibt es Seite an Seite Leute von der radikalen Linken und Leute von der Regierungslinken, ohne dass dies jedoch zur Bildung von verfestigten Strömungen in der Assoziation führen oder ihre Einheit in Frage stellen würde. Vielleicht liegt das daran, dass die Mitglieder von *ATTAC*, die die Regierung aus Sozialistischer Partei, Kommunistischer Partei und Grünen unterstützen, glücklich sind, dass sie hier einen von ihren Regierungen tolerierten Rahmen finden, in dem sie ihre Gegnerschaft zu der liberalen Politik frei zum Ausdruck bringen können. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen verschiedenen Generationen von politisch Aktiven stellt vermutlich einen weiteren Schlüssel für die Zukunft von *ATTAC* dar. In dieser Hinsicht erscheint noch nichts als geklärt. *ATTAC* erregt bei den Jugendlichen kein Missfallen, aber die nationale Struktur wird von relativ betagten Kadern getragen, darunter einigen, die von der Generation des Mai 1968 und aus den siebziger Jahren übrig geblieben sind. In Frankreich hat die Jugend noch keine eigenständigen Formen der Radikalisierung hervorgebracht, wie es in Britannien der Fall ist. Es wird aber eines Tages dazu kommen. Die Frage ist, ob *ATTAC* in der Lage sein wird, sich für diese neuen Erfahrungen zu öffnen.

Bei den großen Mobilisierungen, die von *ATTAC* angestoßen worden sind (Tausende von Demonstrantinnen und Demonstranten im Vorfeld der WTO-Konferenz in Seattle) oder an denen *ATTAC* aktiv beteiligt war (mehrere Zehntausend im Juni 2000 in Millau, in Solidarität mit den verurteilten Mitgliedern der »Confédération Paysanne«), haben sich alle politischen Generationen miteinander vermischt. Der Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung erweist sich heute als ein geeigneter Boden für politische Einheit wie Einheit der Generationen. Die Art und Weise des politischen Agierens dürften sich in den kommenden Jahren nichtsdestoweniger weiterentwickeln.

Werden die herrschenden Kräfte von sich aus zu substanziellen Reformen imstande sein? Falls ja, würden sie die Einheit, die innerhalb von *ATTAC* erzielt worden ist, auf eine harte Probe stellen. Zur Zeit ist allerdings vielmehr ihre Unfähigkeit zur Einleitung jeglicher Reform des Systems frappierend. Eine ganze Reihe von Experten warnen lauthals. Die neoliberale Ideologie ist in der Krise. Die internationalen Finanzinstitutionen verändern ihren Diskurs und bemühen sich, die NROs mit ins Boot zu nehmen. Eine Reihe von Institutionen haben Sand im Getriebe. Doch in der Praxis ist der (ultra) liberale Kurs des gegenwärtigen Kapitalismus weder eingedämmt noch rückgängig gemacht. Und dies dürfte dazu beitragen, dass die Widerstandsbewegungen gegen die Globalisierung ihre Dynamik behalten. ●

Dieser Artikel erschien zuerst in der spanischen Zeitschrift Viento Sur (Nr. 53, November 2000)
Aus dem Französischen übersetzt von Friedrich Dorn

1) ATTAC – Assoziation für die Besteuerung der Finanztransaktionen zum Nutzen des Staatsbürgers).
2) »Union syndicale – Groupe des Dix« ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaftsverbänden, die keiner der Konföderationen angehören.
   Bedeutendste Mitgliedsorganisationen: SNUI (Gewerkschaft in Finanzämtern), SUD-PTT (zweitgrößte Gewerkschaft im Bereich der Post und der Telekommunikation).
3) Dies sind: Internationaler Währungsfonds (IWF), mit Sitz in New York, seit 1945 tätig; Weltbank aus vier juristisch selbständigen multinationalen Finanzierungsinstitutionen, mit Sitz in New York, darunter (seit 1945 tätig) die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD).
4) Eine weitere Frage, die einen anderen Charakter hat, bezieht sich auf die Art und Weise, wie die politischen Parteien in Frankreich heute wahrgenommen werden und welche Rolle sie in Zukunft bei der Erarbeitung von Alternativen oder der Zusammenführung von Kämpfen spielen können (zumindest was die Parteien angeht, die eine radikale Gesellschaftsveränderung anstreben).

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Wettbewerb Genossenschaftspreis

Mit der bundesweiten Ausschreibung eines Preises gerade im Jahr 2001, dem »Internationalen Jahr des Ehrenamtes«, will der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. einen Beitrag zur Stärkung des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements in genossenschaftlichen Unternehmen leisten.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Ideen prämieren und veröffentlichen, die durch privates, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement in Genossenschaften einen Beitrag zur Stärkung des Ehrenamtes leisten oder geleistet haben, ist Ziel eines Wettbewerbs, den der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. ausschreibt. Auf diese Weise soll die eine oder andere Idee auch an anderen Orten genutzt werden und Früchte tragen: Hat eine Genossenschaft eine Initiative ergriffen, die ehrenamtliches Engagement bewirken konnte oder sind Mitglieder selber aktiv geworden? Beispiele können zahllose genannt werden, ganz gleich ob ein Jugendtreff entstanden ist, ob Waschmaschinen gemeinsam genutzt werden oder sogar eine Genossenschaft mit einer zündenden und attraktiven Geschäftsidee gegründet wurde.

Angesprochen mit dem Wettbewerb »Mitglieder engagieren sich« werden alle in und für Genossenschaften engagierte Menschen und Initiativen. Beteiligen können sich eingetragene Genossenschaften und Genossenschaftsinitiativen ebenso wie Mitgliedergruppen, Vereine oder Projekte, die innerhalb einer Genossenschaft angesiedelt sind und auf ehrenamtlichem Engagement beruhen. Zur guten Idee muß noch ein wenig Glück hinzukommen. Drei Preise werden vergeben mit Preisgeldern in Höhe von 3.000 DM, 2.000 DM und 1.000 DM. Einsendeschluß ist der 15. September 2001. Die Preisverleihung findet im Dezember 2001 beim Träger des 1. Preises statt. Die Jury besteht aus Mitgliedern des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und aus unabhängigen Fachleuten.

Zugeschickt werden sollte:
1. Anschrift mit Telefon/Fax/E-Mail
2. Einen/n Ansprechpartner/in
3. Eine Kurzbeschreibung der Initiative auf 1-2 Seiten zu den Fragen:
- Wie ist die Initiative entstanden ?
- Was hat sie bisher erreicht ?
- Gibt es ideelle oder materielle Förderer ?
- Was sind die Perspektiven für die Zukunft ?

Wenn vorhanden, können auch Fotos, Zeitungsartikel oder Selbstdarstellungen beigelegt werden.

Weitere Informationen sind erhältlich unter Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Wernerstraße 24, D-42653 Solingen, Tel: 0212-383 7555 Fax: 0212-383 7556 oder pro-geno@t-online.de

NACHHALTIGER BEITRAG ZUM »BÜNDNIS FÜR WOHNUNGSBAU«

Initiative von unten

Zum ersten Mal fand der Münchner Wohnprojekttag in der TU statt, da die Seidlvilla die vielen Aussteller und Besucher nicht mehr fassen konnte. Trotz des schönen Wetters war der 5. Münchner Wohnprojekttag nach Angaben der Veranstalter ein voller Erfolg.

Redaktion Heidelberg ● Die Ausstellung der Wohnprojekte aus München, Bayern und der Bundesrepublik fand drei Tage lang großes Interesse. Sie war ein eindrucksvoller »Markt der Möglichkeiten« mit vielen Bildern, Plänen und Modellen. An den Infotischen gab es Gespräche mit interessierten Bürgern und Erfahrungsaustausch zwischen den Wohnprojektteilnehmern. Insgesamt eine anschauliche Demonstration bürgerschaftlichen Engagements für innovativen Wohnungsbau. Eingestimmt durch externe Fachleute (Dr. Joachim Brech, Frankfurt, und Prof. Dr. Klaus Selle, RWTH Aachen), gab es am Samstagvormittag Erfahrungsberichte interessanter Wohnprojekte. Am Samstagnachmittag wurden einzelne Schwerpunktthemen in Workshops vertieft und in die abschließende Podiumsdiskussion (mit Vertretern der Wohnprojekte, der großen Parteien und der Stadtplanung) getragen:

In den letzten Jahren hat ein positiver Lernprozeß zwischen Wohnprojekten und Politik stattgefunden. Stadträtin Konstanze Lindner-Schädlich (SPD): »Wir haben durch die Wohnprojekte und ihr beharrliches Bemühen gelernt.« Nach einhelliger Meinung sind Wohnprojekte und ihr bürgerschaftliches Engagement für innovativen Wohnungsbau noch mehr zu unterstützen, weil sie einen Gewinn für unsere Gesellschaft darstellen und Lösungswege von unten gegen die »neue Wohnungsnot« aufzeigen. Es sei Sache der Politik, den Wohnprojekten größere administrative Barrieren aus dem Weg räumen zu helfen. Verwaltung und Politik waren sich einig in der Notwendigkeit, klar definierte politische Vorgaben für adäquates Verwaltungshandeln zu erhalten, wenn die Verwaltung den an sie herangetragenen Forderungen Rechnung tragen solle. Beispiel: Klare Formulierung der Kriterien für Grundstücksvergabe oder Erbbaurecht (Erbbauzinsen nicht dynamisiert, sondern nach Lebenshaltungsindex).

Einhellige Zustimmung fand auch die Idee, eine Koordinations-und Beratungsstelle einzurichten, die in Zukunft den Wohnprojekten den manchmal mühsamen Weg durch die Behörden erleichtern soll. Sowohl als Stelle innerhalb, als auch außerhalb der Verwaltung sei denkbar. Die Gründung einer Stiftung und die Einwerbung von Stiftungsgeldern bei Stadtspar- und Bausparkassen könne der Finanzierung einer solchen Stelle dienen. Die Tagung wurde zu einem deutlichen Signal der Bürger für Selbst- und Mitbestimmung im eigenen Lebensraum sowie zur Übernahme von mehr Verantwortung. Gleichzeitig war es ein Forum für Erfahrungsaustausch und Dialog mit Partnern aus Verwaltung und Politik.

Anläßlich des Wohnprojekttags kam ein informatives Heft heraus mit dem Titel: »Netzwerk Wohnprojekte«, das laufend aktualisiert und im Rahmen der Homepage http://www.urbanes-wohnen.de/ heruntergeladen werden kann. Auf die gleiche Art und Weise erscheint in Kürze ein zweites Heft als Tagungsdokumentation. ●

Anzeige

Attac – die Ohnmacht der Globalisierung überwinden

Attac wurde 1998 in Frankreich gegründet und versteht sich als ein Teil einer weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Attac will Menschen Mut machen, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, anstatt sie Politikern und Konzernchefs zu überlassen. Ein **kostenloses Infopaket** kann unter folgender Adresse bestellt werden:

Attac, Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Tel.: 04231 / 957 591, Fax: 957 594
info@attac-netzwerk.de
www.attac-netzwerk.de

attac

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT

Stein auf Stein

– die gesetzlichen Mühen der Genossenschaftsgründung

»Aller Anfang ist schwer«, sagt ein Sprichwort, und das scheint auch für die Gründung einer Wohnungsgenossenschaft zu gelten. Aber es gibt für die Initiatoren verschiedene Beratungsmöglichkeiten, z.B. durch bereits eingeführte Genossenschaften, Prüfungsverbände und nicht zuletzt durch anwaltliche Berater. Gesetzlichen Voraussetzungen und der Ablauf einer Genossenschaftsgründung werden nachfolgend erläutert.

Stephan J. Bultmann*, Red. Genossenschaften ● Am Anfang bei der Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft steht die »zündende Idee« des Initiatorenkreises. Dort muss das Unternehmenskonzept wirtschaftlich und ideell entwickelt werden. Dabei hat es sich als hilfreich erwiesen, in einem Projektablaufplan die Unternehmensgründung in Projektierungs-und Realisierungsphase zu gliedern. Der Ablauf wird begünstigt dadurch, dass in der »Kerngruppe« verschiedene Fachleute zusammenwirken: Architekten, Bauingenieure, Stadtplaner, Fachleute der Wohnungswirtschaft, Handwerker, Ökonomen, Juristen etc. Die fachliche Zusammensetzung des Initiatorenkreises hängt freilich vom Unternehmenszweck ab.

In der Projektierungsphase ist zunächst das Rohkonzept zu entwickeln, in dem z.B. das Bauprojekt umrissen, die Mitgliederstruktur ermittelt sowie die Finanzierung und Wirtschaftlichkeit des Projekts überprüft werden. Bei innovativen Projekten sollte geprüft werden, ob Fördermittel bei der öffentlichen Hand eingeworben werden können. Hierfür ist es erforderlich, dass das Konzept »Präsentationsreife« erreicht hat. Ist das Rohkonzept fertiggestellt, kann Kontakt mit anderen Genossenschaftsprojekten, Prüfungsverbänden und Fachberatern aufgenommen werden, um in die Realisierungsphase einzutreten.

Ausarbeitung der Satzung

In der Realisierungsphase steht die Anfertigung der Genossenschaftssatzung im Mittelpunkt. Hierauf ist große Sorgfalt zu verwenden, bildet das Statut doch das »Grundgesetz« des Unternehmens. Darin sind der Unternehmenszweck, die Mitgliedschaft der Genossen, die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und die Wahl der Organe (Vorstand, Aufsichtsrat und Mitgliederversammlung) festzulegen und Regelungen über die Finanzverfassung sowie gegebenenfalls für die Liquidation der Genossenschaft zu treffen. Von der Satzung leiten sich weitere Regelungen wie z.B. Geschäfts- und Wahlordnungen der Organe ab.

Nach der Vorabstimmung des Satzungsentwurfs im Initiatorenkreises ist der künftige Wirtschaftsplan auszuarbeiten. In diesem Stadium kann bereits entschieden werden, ob die Bautätigkeit (Projektierung und Durchführung der Bauvorhaben) intern durchgeführt oder nach außen verlagert werden soll, um etwa den Status der steuerbefreiten Vermietungsgenossenschaft zu erlangen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Entscheidung darüber, ob die Genossenschaft »eigentumsorientiert« sein soll, um den künftigen Mitgliedern die Möglichkeit der Förderung nach § 17 des Eigenheimzulagengesetzes zu eröffnen.

Der Weg zur Rechtsfähigkeit

Der eigentliche Gründungsakt besteht in der Beschlussfassung der Gründungsversammlung über das Statut, das bestimmte Mindestregelungen enthalten muss, und über die Bestellung des Vorstands und des Aufsichtsrats. Die dadurch errichtete, d.h. durchaus handlungs-, aber noch nicht rechtsfähige Genossenschaft ist zur Eintragung in das Genossenschaftsregister (beim Amtsgericht) durch den Vorstand anzumelden. Der Anmeldung sind das von den Mitgliedern unterzeichnete Statut, die Urkunden über die Bestellung des Vorstands (einschließlich der notariell beglaubigten Unterschriftenproben) und des Aufsichtsrats sowie die Zulassungsbescheinigung des Prüfungsverbands beizufügen.

Nach erfolgreichem Abschluss der Gründungsprüfung durch das Gericht wird die Genossenschaft in das Register eingetragen und wird rechtsfähig. Abschließend muss die Eintragung im Bundesanzeiger und gegebenenfalls in der Tagespresse veröffentlicht werden. Dann beginnen jedoch erst die eigentlichen Aktivitäten entsprechend dem jeweiligen Unternehmenszweck.

Gesetzliche Vorschriften

Die organisatorische Struktur der Genossenschaft wird durch die Gründungsmitglieder in der Satzung festgelegt, die nach §§ 6, 7 und 36 Abs. 1 Satz 2 GenG einen bestimmten Mindestinhalt haben muss. Dazu zählen Firma und Sitz der Genossenschaft, Unternehmensgegenstand. Der Unternehmensgegenstand umfasst bei Wohnungsgenossenschaften zumeist Errichtung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, Erwerb und Veräußerung von Grundstücken, Erbbaurechten und Wohnungseigentum, die Vermittlung von Grundstücken, Wohn- und Gewerberaum, die Verwaltung eigener und fremder Liegenschaften sowie das Betreiben von Gemeinschaftsanlagen zu sozialen und kulturellen Zwecken.

In der Satzung sind außerdem festzulegen die von den Mitgliedern zu übernehmenden Geschäftsanteilsbeträge, Bestimmungen über Einberufungs-, Beschlussfassungs- und Bekanntmachungsformalitäten, Festlegung der Anzahl der Aufsichtsräte sowie Regelungen über die Bildung gesetzlicher Rücklagen und eventueller Nachschusspflichten der Genossen im Insolvenzfall. Solange das Statut unvollständig ist, kann die Genossenschaft nicht im Register eingetragen werden. Änderungen des Statuts sind in den Grenzen des GenG auch später durch Beschluss der Mitgliederversammlung möglich und manchmal auch notwendig.

Ausrichtung der Genossenschaft

Steuerbefreite Vermietungsgenossenschaften gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG sind beschränkt auf die Herstellung oder den Erwerb von Wohnungen und Räumen in Wohnheimen im Sinne des § 15 des II. Wohnungsbaugesetzes. Ihr Unternehmensgegenstand ist also erheblich im Vergleich zu der vorherigen Aufzählung eingegrenzt.

»Mieternahe« Wohnungsgenossenschaften, die aus der Privatisierung ehemals kommunaler Wohnungsbestände hervorgegangen sind, eröffnen mit »eigentumsorientierten« Satzungsklauseln ihren Mitgliedern die Möglichkeit, beim Erwerb der Geschäftsanteile die staatliche Förderung nach § 17 Eigenheimzulagengesetz (EigZulG) bis zur Höhe von 10.000 DM zu nutzen. Voraussetzung dafür ist, dass den Mitgliedern ein vererbliches Recht auf Erwerb der von ihnen genutzten Wohnung eingeräumt wird. Das EigZulG gilt für das ganze Bundesgebiet, so dass auch innovative genossenschaftliche Unternehmen, die mit der Herstellung des Objekts nach dem 31.12.1995 begonnen haben, hiervon profitieren können.

Obligatorische Organe

Die Genossenschaft verfügt zwingend über drei Organe, den Vorstand (mindestens zwei Mitglieder), den Aufsichtsrat und die Mitgliederversammlung, dem formal »höchsten« Gremium der Genossenschaft. Der Vorstand vertritt die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich. Er ist das Leitungsorgan der Genossenschaft. Die Vorstandsmitglieder, deren Zahl nach der Satzung auch höher festgesetzt werden kann, können besoldet oder unentgeltlich, also ehrenamtlich tätig sein. Bei Wohnungsgenossenschaften ist die neben- oder ehrenamtliche Tätigkeit eines Vorstandsvorsitzenden, der dann aber durch ein hauptamtliches Vorstandsmitglied, gegebenenfalls in Personalunion mit der Geschäftsführerstellung unterstützt wird, keineswegs selten.

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu kontrollieren und bei grundlegenden Entscheidungen mit Rat zur Seite zu stehen. Die Mitgliederversammlung beschließt über den Jahresabschluss sowie die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und trifft Beschlüsse über grundlegende Unternehmensfragen. Neben diesen obligatorischen Organen kann die Satzung als fakultatives Organ z.B. einen Beirat vorsehen, der den Vorstand in strukturellen oder Einzelfragen berät und somit zu einer Entlastung des Aufsichtsrats und einer klaren Aufgabentrennung beiträgt. Kompetenzen, die z.B. dem Aufsichtsrat zugewiesen sind, können aber nicht auf den Beirat übertragen werden. ●

*Rechtsanwalt in der Sozietät Schlawien Naab Partnerschaft, Berlin

HINWEISE AUF VERÖFFENTLICHUNGEN

Wohnungsbaugenossenschaften innovativ gestalten

Jahrzehntelang stand bei den meisten Wohnungsbaugenossenschaften das »Produkt« im Vordergrund: Die Wohnung musste nur solide und zu einem angemessenen Preis angeboten werden, um erfolgreich vermietet oder verkauft zu werden. Die Zeiten haben sich geändert. Wohnungsbaugenossenschaften müssen heute – zumindest ab einer gewissen Größe – etwas tun, um Mitglieder zu finden und zu binden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die erste Zäsur für einen Umstrukturierung des Wohnungsmarktes, der die Situation vieler Wohnungsbaugenossenschaften grundlegend veränderte, war der Wegfall der gesetzlichen Wohnungsgemeinnützigkeit Ende 1989. Der zweite große Einschnitt war der Wandel des Wohnungsmarktes hin zu einem Mietermarkt in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Hinzu kommen in den neuen Ländern aufgrund von strukturellen Ursachen steigende Leerstandsquoten, die für die betroffenen Unternehmen innovative Ideen und deren Umsetzung erforderlich machen. Die nachfolgenden Veröffentlichungen enthalten dazu eine Vielzahl von Anregungen.

Aktives Marketing

In dem vorliegenden »Handbuch Marketing« geht es um praxisnahe Beispiele für gelungenes Marketing im Wohnbereich. Marketing wird dabei verstanden als umfassendes, nach außen und innen gerichtetes Konzept, weniger als eine Sammlung von Einzelmaßnahmen. Die Darstellung selbst konzentriert sich aber vor allem auf kurz skizzierte konkrete Maßnahmen. Unter anderem gehören Beschwerdemanagement, Mieterbeiräte, Aktivitäten zur Kundenbindung wie Stadtteilcafe und Mieterwettbewerbe oder Serviceleistungen wie CarSharing oder Umzugsmanagement dazu. Sie sind lediglich eine Auswahl aus dem großen Fundus gelungener Marketingaktivitäten wohnungsgenossenschaftlicher Unternehmen. Als Ideenfundgrube werden auf jeden Fall zahlreiche gute Anregungen gegeben.

Handbuch Marketing in der Wohnungswirtschaft, GdW Information 95, Berlin 2000, DM 35,00.

Innovative Modellprojekte

Mitglieder erarbeiten Visionen, Mieterselbstverwaltung, genossenschaftsspezifische Architektur, Quartiersmanagement und Soziales Management sind Projekte, die einzelne Wohnungsbaugenossenschaften beispielhaft umsetzen. Der GDW will mit einer Veröffentlichung anderen Wohnungsbaugenossenschaften Mut machen, selber mit Neuem anzufangen. In der vorliegenden Broschüre werden in Kurzportraits einzelner Genossenschaften Musterbeispiele gelungener Aktivitäten geschildert. Diese best-practice-Sammlung ist eine Darstellung der Vielfalt genossenschaftlicher Innovation und gleichzeitig ein Anreiz, sich selbst mit diesen neuen Aufgaben zu befassen. Die praxisnahen Beschreibungen können als eine Art »Gebrauchsanweisung für Nachahmer« genutzt werden.

Wohnungsgenossenschaften und wohnungswirtschaftliche Innovationen, Vorbildliche Projekte deutscher Wohnungsbaugenossenschaften, GdW Schriften 50, Berlin 2000, DM 35,00.

Informationszentrum Internet

Mit dem Handbuch »Internet in der Wohnungswirtschaft« soll die Nutzung dieses Mediums für Wohnungsgenossenschaften gefördert und unterstützt werden. Das Handbuch unterscheidet sich von anderen Internetbüchern vor allem dadurch, daß es sich speziell an den Interessen der Wohnungsunternehmen orientiert. Neben Fragen zur Informationsbeschaffung aus dem Internet und zur Kommunikation per e-Mail gibt das Handbuch insbesondere Anregungen und Ratschläge für die eigene Präsenz im World Wide Web. Darüber hinaus zeigt es einen Ausschnitt aus dem Wohnungs- und Immobilienmarkt, der sich im Internet etabliert hat und gibt juristische Empfehlungen. Mit vielen Abbildungen und praktischen Tips bildet das Handbuch eine Anleitung zum Handeln – sowohl für alle, die das Internet »nur« als Informationsquelle oder zur Kommunikation per e-Mail nutzen wollen, als auch für die Wohnungsgenossenschaften, die eine eigene Präsenz im Web anstreben.

Internet in der Wohnungswirtschaft. Ein Handbuch, GdW Informationen 77, Berlin 1999, DM 35,00.

Alle genannten Veröffentlichungen können bestellt werden beim GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., Mecklenburgische Str. 57, D-14197 Berlin, E-mail: mail@gdw.de. ●

TAGUNGSHINWEISE

Sanierung von Wohnungsunternehmen

Mit den Vermietungsproblemen und massiven Wohnungsleerständen von Wohnungsunternehmen in den neuen Ländern steigt die Gefahr möglicher Schieflagen. Zwei Seminare mit dem Titel »Sanierung von Wohnungsunternehmen am 21.06.2001 in Magdeburg und zum gleichen Thema am 25.09.2001 in Bonn setzen sich mit den Konsequenzen auseinander. Themen sind unter anderem Unternehmenskrisen, ihre Erkennbarkeit und rechtlich erforderliches Handeln. Ausführlich wird vor allem auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Sanierung eingegangen. Genauere Informationen sind erhältlich bei der FWI, Führungsakademie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Springorumallee 20, D-44795 Bochum, Fax: 0234/9447-66.

Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft

Eine Tagung mit dem Titel »Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft« findet am 14./15. Sept. 2001 im Haus der Parität, Frankfurt am Main statt. Das Tagungshaus liegt 10 Minuten vom Hauptbahnhof, bietet 55 Übernachtungsplätze und faßt bis zu 80 Teilnehmende. Auch Räume für Workshops bzw. kleinere Foren stehen zur Verfügung.

Martina Racki, Red. Genossenschaften ● Sozialgenossenschaften können Modelle für die Zukunft der Arbeit sein. Zu diesem Zweck müssen allerdings auftretende Schwierigkeiten besser bewältigt werden. Hierfür einen Beitrag zu leisten, ist Anliegen der Tagung »Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft«. Sie wird vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband ausgerichtet.

Die wichtigsten Ziele der Veranstaltung sind:

1. Einen Überblick über bestehende Beispiele ermöglichen;
2. Beschäftigungpolitische Alternativen aufzeigen;
3. Die Diskussion um bürgerschaftliches Engagement bereichern;
4. Anregungen für genossenschaftliche Initiativen geben;
5. Politische Unterstützungen für genossenschaftliche Lösungen anstoßen.

Breites Spektrum

Wirtschaftlichkeit und sozialpolitisch verantwortliches Handeln müssen sich nicht widersprechen. Das verdeutlicht das breite Spektrum vorhandener Sozialgenossenschaften, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben. Sie reichen von Unternehmen zur Arbeitsplatzsicherung für benachteiligte Gruppen über Betriebsgenossenschaften, die Tagesstätten für behinderte Kinder oder Schulen führen, bis hin zu neuen Dienstleistungskooperativen im Altenbereich.

Eine Auseinandersetzung damit kann helfen, Sozialgenossenschaften zu einem breiteren Durchbruch zu verhelfen. Gleichzeitig besteht so die Chance, ihnen eine Identität bzw. einen eigenständigen Stellenwert innerhalb des breiten Spektrums genossenschaftlicher Unternehmen in Deutschland zu ermöglichen. Dies lässt sich nur erreichen, wenn es gelingt, den Blick der verengten bundesdeutschen Genossenschaftsdiskussion in Richtung einer offeneren europäischen Denkweise zu lenken.

Genossenschaftliche Besonderheit

Dem Begriff Sozialgenossenschaften lässt sich ein breites Spektrum, in sehr unterschiedlichen Bereichen wirtschaftlich tätiger Genossenschaften zuordnen, deren Mitglieder oder Beschäftigte im sozialen Sektor arbeiten. Unterscheiden lassen sich:

- Professionelle Sozialgenossenschaften gleichen am stärksten herkömmlichen Genossenschaften. Sie bieten ihr Leistungsspektrum am Markt wie jedes andere Unternehmen an. Das geschieht oftmals für öffentliche Einrichtungen, aber auch direkt für Klienten.
- Sozialgenossenschaften Betroffener fördern Personen, die zur Lösung eines sozialen Problems in Selbsthilfe oder mit Hilfe von in diesem Bereich beruflich Tätiger zur gestützten Selbsthilfe greifen. Dies können Arbeitslosengenossenschaften, Blinden- und Kriegsversehrtengenossenschaften sein.
- Solidarische Sozialgenossenschaften greifen verstärkt auf die im Sozialbereich verbreitete Form des Ehrenamts zurück. Das bedeutet, zumindest ein größerer Teil der innerhalb der Genossenschaft zur Verfügung gestellten Leistungen werden nicht entlohnt, sondern durch Arbeitsaustausch oder Arbeit zugunsten anderer ohne Entgelt eingebracht.

Weitergehende Informationen

Die Bezeichnung eines Teils neuer Genossenschaften als Sozialgenossenschaften verdeutlicht ihren eigenständigen Charakter. Wenn sie erfolgreich sind, können sie helfen, zahlreiche Ziele gleichzeitig zu verwirklichen: mehr Arbeitsplätze, bessere soziale oder gesundheitliche Versorgung, attraktives Wohnen für unterversorgte Teilgruppen und selbstbestimmtes Arbeiten. Zielgruppen der Tagung sind besonders: Sozialgenossenschaften, soziale Verbände und Organisationen, Genossenschaftswissenschaftler, Vertreter der genossenschaftlichen Verbände, Kommunen, Mitglieder des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Mitglieder des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. Inhaltliche Rückfragen können gerichtet werden an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023 und Fax: 0761/709084, E-mail: Genossenschaft@t-online.de

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT RIWETHO, OBERHAUSEN

Erhalten statt kaputtverwalten

– Mieterselbsthilfe gibt Anstösse

Den Erwerb und die Sanierung einer Arbeitersiedlung hat sich die Bewohnergenossenschaft RIWETHO eG i.G. in Oberhausen »auf die Fahnen geschrieben«. Mit ihrer langen Auseinandersetzung und der jetzigen Anerkennung als Modellprojekt für eine Selbstorganisation der Mieter in NRW kann das Projekt als Anstoß für neue Initiativen dienen. Die Genossenschaft, die 71 Mitglieder hat, sucht zur Überbrückung von Finanzierungsengpässen nach weiteren Fördermitgliedern.

Wolfgang Kiehle, Red. Genossenschaften ● Seit 1965 plante die Thyssen AG, zur Zeit noch Eigentümerin der Arbeitersiedlung an der RIpshorster Straße, WErk- und THOmasstraße (RIWETHO), deren Abriss. Wie kaum eine andere Siedlung im Ruhrgebiet repräsentiert diese die Kreativität und Sinnlichkeit der Architektursprache zwischen 1890 und 1925 im Arbeitersiedlungsbaus auf engstem Raum. Von den einst 30 Häusern der Siedlung sind nur noch 22 geblieben.

Historische Bauabschnitte

1889 wurden im ersten Bauabschnitt mit dem Bau von sechszehn Vier-Familien-Arbeiterhäusern begonnen. Acht Häuser säumen heute noch die Ripshorsterstraße. Sie sind in ihrer Gestaltung relativ schlicht. Die Erschließung erfolgt nach dem Kreuzgrundriss je einmal im Giebelbereich, über die Straße und ein viertes Mal über die Hoffläche. Die Hofsituation ist ein klassischer halböffentlicher Raum, der alle Aktivitäten und Beschäftigungen ermöglicht. Die angrenzenden Wirtschaftsgebäude dienen als Lager oder Hobbywerkstätten.

1913 wurden in einem zweiten Bauabschnitt fünf Vier-Familien-Arbeiterhäuser an der Werkstraße fertiggestellt. Zentrales Gebäude ist ein mit Erkern ausgestattetes Gebäude, das mit seinem dominanten Giebel exakt in der Achse der Thomasstraße steht. Rechts- und Linksseitig standen in spiegelsymetrischer Anordnung jeweils zwei weitere Gebäudetypen. Drei Gebäude davon sind heute noch vorhanden.

1927 fand in einer dritten Bauphase die Bautätigkeit ihren Abschluss. Zehn Doppelhäuser, die eher einer schlichteren und funktionaleren Architektur des Bauhaus zuzurechnen sind, bilden den Abschluss, den die Wirtschaftskrise der zwanziger Jahre auslöste. Die Siedlung wurde nie zu Ende gebaut. Die hohen Freiflächenpotentiale im Umfeld der Siedlung deuten noch heute auf diese Situation.

Besetzen gegen Abriss

Um die Jahreswende 1980/81 boomte quer durch die Republik eine Hausbesetzerwelle. Das Zentrum war West-Berlin, wo zeitweilig über 160 Häuser besetzt waren. Auch in der Ripshorster Straße wurde am 22.04.1981 die Nr. 377 als erstes Haus besetzt. Von 1981 bis 1998 kamen zahlreiche weitere leerstehende Häuser hinzu, so dass etwa 40 der 68 Wohnungen der Siedlung in der Hausbesetzertradition stehen. Die Besetzungen fanden vor dem Hintergrund einer jahrelangen Arbeit der verschiedensten Stadtteilinitiativen und Mieterorganisationen gegen Wohnungsspekulationen und Leerstand statt. Im Ruhrgebiet stand damals noch immer der Abriss der alten Arbeitersiedlungen auf dem Modernisierungsfahrplan. Konflikte um Siedlungen wie Eisenheim, Flöz Dickebank und Rheinpreußen sind Beispiele dafür.

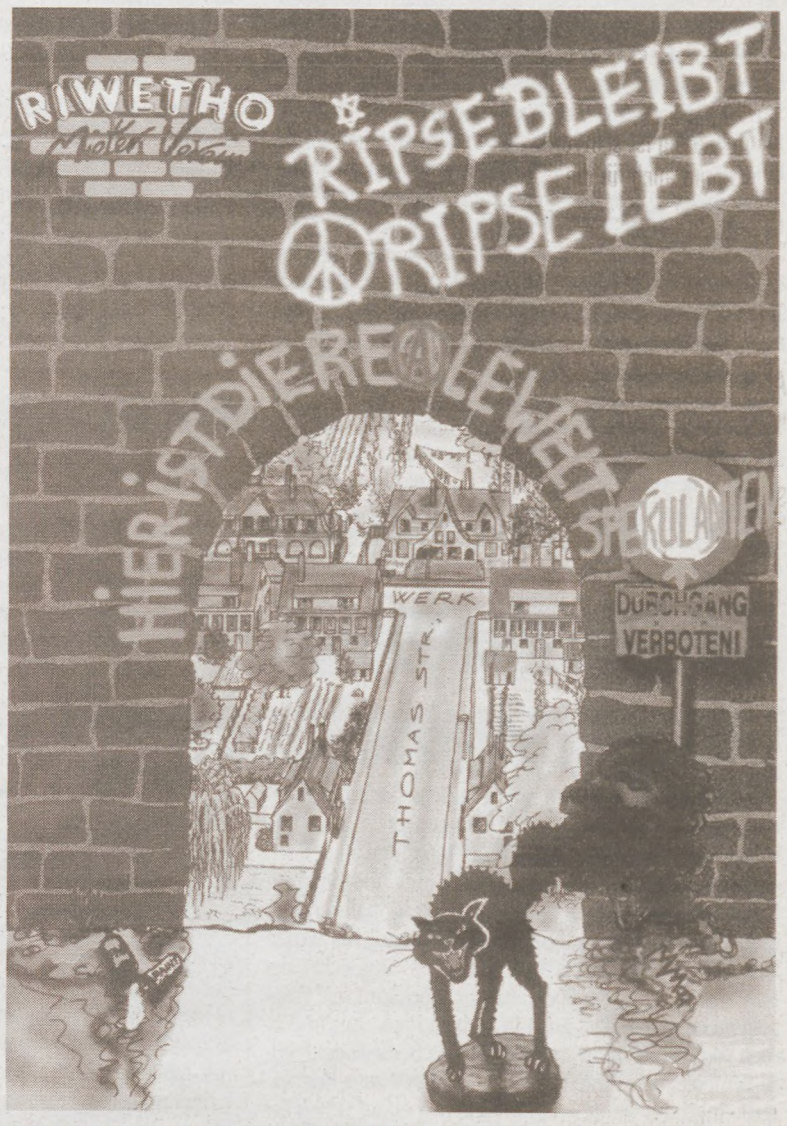
Mit der Besetzung bekam die Forderung um den Erhalt von Arbeitersiedlungen eine neue Facette. Die individuell isolierende Perspektive der Jugendarbeitslosigkeit zu Beginn der achtziger Jahre verband sich mit der Vorstellung in leer stehenden (Wohn-)Gebäuden mit anderen gemeinsam neue Lebensvorstellungen

Ein Gebäude in der Ripshorster Straße, Oberhausen

Eigenkapital, Selbsthilfe und Solidarität

Das Konzept zum Erwerb und zur Sanierung der Siedlung wäre ohne eine vielfältige Förderung des Landes NRW nicht möglich gewesen. Aber diese Förderungen sind natürlich keine Vollförderungen. Sie verlangen von den BewohnerInnen eine Beteiligung durch Eigenkapital und Selbsthilfe. So beträgt der Geschäftsanteil für jeden Haushalt 10.000 DM, die Selbsthilfe im Haus 6.000 DM und bei Höfen, Wegen und Straßen weitere 3.500 DM. Ohne Solidarität von außen wird es schwer für RIWETHO, alle Ziele umzusetzen. Bestandteil des Finanzierungskonzeptes war und ist deswegen die solidarische Mitgliedschaft in der Genossenschaft RIWETHO. Nur so kann die junge Genossenschaft das notwendige Eigenkapital aufbringen.

Darüber hinaus bietet RIWETHO in Zusammenarbeit mit der GLS Gemeinschaftsbank in Bochum projektbezogene Sparbriefe (Laufzeit 3 Jahre: 1-3% Zinsen; 7 Jahre: 1-3,75% Zinsen) an, deren Zinsvorteil RIWETHO zugute kommt. Ein Geschäftsanteil von RIWETO beträgt 1.000 DM. Geschäftsanteile sind als vielfaches von 1.000 DM erhältlich. Wer mit RIWETHO solidarisch sein will, kann einen Aufnahmeantrag oder Unterlagen für den Sparbrief erhalten bei: RIWETHO eG i.G., Ripshorster Straße 375, D-46117 Oberhausen.



Genossenschaftliches Modellprojekt

Mit der Aufwertung ihres Wohnstandortes durch den Bau der benachbarten »Neuen Mitte« (riesiges Einkaufszentrum) in der Mitte der neunziger Jahre wurde den Bewohnern klar, dass die Zeit der relativen Ruhe zu Ende gehen würde. Nach langen Beratungen mit der *Arbeitsgemeinschaft der Arbeitersiedlungen* und u.a. der *WohnBund-Beratung NRW* in Bochum entstand das Modell der Übernahme und der Sanierung der 68 Wohnungen durch eine Genossenschaft. Neben umfangreichen Eigenleistungen der BewohnerInnen (siehe Kasten) ist ein Kern des Erwerbs und der umfassenden Erneuerung der Siedlung die Bündelung verschiedener Förderprogramme für diese Siedlung – von der Modernisierungsförderung bis zum Förderprogramm »Initiative ergreifen« der Internationalen Bauausstellung Emscherpark.

RIWETHO ist damit seit Jahren die erste Genossenschaftsgründung im Bestand der Arbeitersiedlungen und damit ein Trägermodell, das eine Alternative zur Einzelprivatisierung durch die gemeinschaftliche Übernahme von Wohnungsbeständen aufzeigt. Anknüpfend an dieses Vorhaben legte das Land NW erstmals im Jahr 2000 ein Förderprogramm für Genossenschaftsgründungen auf, das insbesondere die Darlehensförderung von Haushalten mit Wohnberechtigungsschein zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen vorsieht.

Bausteine der Sanierung

Bei der Entwicklung des Projektes ging es allen Beteiligten nicht nur darum, die Siedlung durch eine Genossenschaft zu erwerben und zu sanieren. Darüber hinaus sollen auch die Grundlage für ein gemeinschaftliches Zusammenleben und für den Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen geschaffen werden. Das Projekt umfasst deswegen folgende Bausteine:

- Gemeinschaftliche Übernahme der Siedlung in Selbstverwaltung durch die rund 230 ausländischen und deutschen BewohnerInnen;
- Neubau eines Gemeinschaftshauses in Holzständerbauweise;
- Einfache und denkmalgerechte Grundsanierung der Siedlung zu tragfähigen Mieten und Erneuerung der Höfe;
- Einbindung von Selbsthilfe in sämtliche Umbaumaßnahmen an Häusern, Wegen und Höfen und in den Neubau des Gemeinschaftshauses;
- Anschub und Aufbau des laufenden Betriebs der Genossenschaft;
- Anschub und Aufbau des Gemeinschaftshauses in Trägerschaft eines Vereins;
- Schaffung von Entscheidungs- und Organisationsstrukturen für die Wohnungsverwaltung.

Erfolge durch Arbeit

Gebracht hat die Gründung der Genossenschaft bisher viel Arbeit für alle Beteiligten und...

- ...eine gemein(wirt)schaftliche Lösung für eine jahrelang in Oberhausen als sozialer Brennpunkt betrachtete Siedlung.
- ...Wohnsicherheit und Weiterentwicklungsmöglichkeiten eines in dieser Form nur noch selten anzutreffenden Lebens- und Freiraums für unterschiedliche Kulturen.
- ...eine Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens in NRW als Alternative zur Einzelprivatisierung, die zur Zeit tausende von Mietwohnungen mit ihrer Funktion, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, bedroht.
- ...einen neuen Förderstrang des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen, Kultur und Sport, der erstmals die Projektentwicklung und Genossenschaftsdarlehen bereitstellt.

Das umfassende Erneuerungsprojekt vereint (fast) die gesamte Palette an integrierten Erneuerungsmöglichkeiten. Ohne die fachliche (und vielfach auch unbezahlte) Unterstützung siedlungsinterner und externer Fachmenschen hätte dies nicht auf den Weg gebracht werden können.

Chancen der Selbstverwaltung

Zahlreichen Verhandlungsrunden sind auf der Ebene der Kommunen, beteiligter Ministerien, Wohnungsbauförderungsanstaltung, des Prüfverbandes, des verkaufenden Wohnungsunternehmens etc. notwendig. Sie stellen höchste Anforderungen an das Einfühlungsvermögen und Verständnis für die einzelnen Akteure, Ausdauer und Durchhaltevermögen sämtlicher Beteiligter. Auch muss die Übernahme von mehr Selbstverantwortung erst eingeübt und immer wieder ausgelotet werden: Eine Überforderung der Selbsthilfe könnte zu erheblichen »Störungen« in der Gemeinschaft führen. Dennoch bleibt festzuhalten: Die Chancen des Projektes liegen in dem Aufbau von dauerhaften ökonomisch und sozial tragfähigen Selbstverwaltungsstrukturen. Sie eröffnen in dieser Form Handlungsspielräume, die sowohl in der traditionellen Wohnungsbewirtschaftung als auch beim Einzeleigentum kaum zu realisieren wären. ●

Weitere Informationen sind erhältlich über die Website der Genossenschaft
– www.riwetho.de – oder über die
WohnBund-Beratung NRW GmbH, Bochum:
www.wohnbund-beratung-nrw.de.

Sommerseminar Alternative Ökonomie

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein dreiundzwanzigstes Sommerseminar. Es findet dieses Jahr vom 13.07.2001 bis 22.07.2001 in der Bildungsstätte Einschlingen in Bielefeld statt. Schwerpunkt wird sein die »Didaktik der Projektneugründung«. Neben ausführlichen Diskussionen zu Themen wie Selbstverwaltung, Gemeinschaftseigentum, Teamgründungen und Kollektives Management soll viel Raum für »Kulturarbeit« gegeben werden, wie selbstorganisierte Schreibspiele, Kollagen etc. Für Neugierige bzw. an der Selbstverwaltungsthematik interessierte Menschen, die sporadisch oder dauerhaft mitarbeiten wollen, ist der Arbeitskreis jederzeit offen. Das Programm zum Sommerseminar kann angefordert werden bei der TAK AÖ-Kontaktadresse: Schildstr. 12-19, 28203 Bremen.

Jugoslawien...

...als dark continent der BRD-Linken

Der Arbeitszusammenhang rund um den Berliner Buchladen *b_books* wird zusehends ein wichtiger Textproduzent der zeitgenössischen undogmatischen Linken. Die bisherigen Veröffentlichungen wie Reader zur Kulturalisierung der Ökonomie (Das Phantom sucht seinen Mörder), zu urbanem Handeln und politischer Stadttheorie (BAUSTOP.randstadt) und zum Zusammenhang von Heterosexualität, Arbeit und »Hausarbeit« (Reproduktionskonten fälschen!) zeichnen sich durchweg durch lesens- und bedenkenswerte Texte und einen nennenswerten Anteil von Übersetzungen aus der internationalen Debatte aus.

In *belgrad interviews*, der vorletzten Buchpublikation aus dem Hause *b_books*, dokumentiert Katja Diefenbach Interviews, die sie zwischen Mai und August 1999 in Jugoslawien geführt hat und einige wenige Texte, die danach entstanden sind (einer wurde schon gekürtzt in der internationalistischen Zeitschrift *alaska* Nr. 230 abgedruckt). Diefenbachs InterviewpartnerInnen sind AktivistInnen der politisch-sozialen Opposition aus Kunst, Universität und Politik, Basisengagierte aus der Antikriegs-, der StudentInnenbewegung oder aus den weitläufigen Gefilden künsterlerischer und medialer Selbstorganisation. Die Interviews bieten den LeserInnen einen guten Einblick in die Realität der jugoslawischen Gesellschaft, den mensch so sonst nicht erhält. Es wird deutlich, dass es in Jugoslawien eine zwar kleine, aber ausdifferenzierte Opposition gibt, die aber relativ wenig Schlagkraft hat. Auch wenn es schwierig ist, sich beim Lesen alles zu merken und die Abkürzungen z.B. der verschiedenen Parteien und ihres Personals zu behalten, macht die Lektüre doch Spass..

Bemerkenswert ist es, dass sich etliche der reflektierteren Thesen auch auf die BRD übertragen lassen. Z.B. meint Obrad Savic, dass die ganze Opposition in Serbien ebenso nationalistisch sei wie die Regierung und die sozialen Bewegungen diesen Prozess der »Nationalisierung« mitbefördert hätten. Kommt einem das angesichts aktuellem PDS-Nationalismus und historisch angesichts der Friedensbewegung der 80er Jahre nicht bekannt vor? Frappierend ist weiter, dass auch in Serbien Popkultur in Formen von rechter Mainstream-Politik (z.B. die Fadenkreuze-Symbole, die während des Krieges 1999 zu sehen waren) eingebaut wurde – ein Prozess den es auf Seiten der modernisierten sozial- und freidemokratischen Parteien des Nordens ebenfalls gab und gibt.

Dem Milosevic-Regime stellen viele der Befragten eine Konzeption von Demokratie entgegen, die aus bundesrepublikanischer Erfahrung natürlich zu hinterfragen ist. Der Wunsch von Katja Diefenbach wäre, dass mensch fragen und diskutieren – und voreilig nicht verurteilen – soll. Der Band ist auch ein Beitrag gegen die Eindimensionalität des antideutschen Diskurses zu Jugoslawien (wie er etwa in *bahamas* und *konkret* geführt wird), wird in ihm doch deutlich, dass es jenseits des korrupten Milosevic-Regimes, das den Antideutschen als Referenzpunkt diente, durchaus KooperationspartnerInnen für linke Politik gäbe. In die »Niederungen« vor Ort konkret geführter Auseinandersetzungen hat Katja Diefenbach sich im Gegensatz zu den Antideutschen begeben.

Ein notwendiges und hilfreiches Glossar schließt den Band ab. Zwangsläufiges Manko des Buches ist, dass die in ihm versammelten Interviews schon im Sommer 1999 geführt wurden und deshalb den damaligen Stand der Dinge abbilden.●

Bernd Hüttner

belgrad interviews. Gespräche, Texte, Fotos von Katja Eydel und Katja Diefenbach, b_books Verlag 2000, 224 S., ISBN 3-933557-13-5, www.bbooksz.de

Reihenweise IV

Ton Steine Erben – Nachschlag

Da hat jemand eine glänzende Idee für eine Buchreihe: Texte zu und über Popmusik, ausgewählte Schallplatten – denn es handelt sich überwiegend um die Zeit vor der CD – und es gibt in dieser Reihe so gar einige, die durchaus interessant klingen.

U.a. ist der Band 2 dem Doppelalbum »Keine Macht für Niemand« von *Ton Steine Scherben* gewidmet. Ein schön aufgemachtes Büchlein, liegt gut in der Hand, und eignet sich hervorragend als nachmittägliche Lektüre bei einem Milchkaffee oder Rotwein in einem Gartenlokal bei Ausbruch des Frühlings. Ich war besonders gespannt, denn es war eben auch meine Zeit, und ich kann mich gut daran erinnern, als ich 18jährig mir das neu erschienen Doppelalbum gekauft habe.

Doch welche Enttäuschung! Der Autor *Hartmut El Kurdi*, 1964 geboren, und mit einer durchaus guten Schreibe ausgestattet, lernt das Album erst im Zuge von *Rio Reisers* Krönung zum »König von Deutschland« kennen, also zu einer Zeit als die Sprengkraft des Album – vor allem in Verbindung mit dem Zorn der Jugend – längst zum (relativ zahnlosen) Klassiker geworden ist. Mit der Arroganz des Nachgeborenen, lässt er sich freundlich über die Platte aus, aber die Leidenschaft dafür kann er nicht mehr nachempfinden, und sie interessiert ihn auch nicht. Er gehört eben der schreibenden Zunft an, kennt die Scheibe und so gilt es eben das Beste daraus zu machen. Sein kulturhistorischer Blick ist kalt, und seine Freude darüber heute nicht mehr am Sozialismus glauben zu brauchen, lässt ihn *Ton Steine Scherben* nun doch eher als lustspendenden Tanzkapelle – eben als Rockband, die sie schließlich immer nur sein wollten – erscheinen, denn als politisch treibende Kraft, welche die Jugend bewegte. JedeR dreht sich eben irgendwann die Sachen zurecht, wie er oder sie es haben will, eben Spaß statt Politik.

Aber um ein versöhnliches Ende zu finden: Wie gesagt, *Hartmut El Kurdi* ist ein guter Schreiber, nicht ohne Witz, und jene seiner Altersgruppe (und jünger) werden dieses Buch durchaus mögen, wenn sie *Ton Steine Scherben* gut finden.

In der gleichen Reihe ist bereits *Yes* (Yessongs) erschienen, und es sollen noch *Beatles, Zappa, P. Gabriel* und *Jimi Hendrix* erscheinen. Mögen die Verantwortlichen es in der Hand haben, daß etwas mehr auf Authentizität in Zeit und Gefühl zu den Schallplatten entstehen kann, und die Musik nicht nur nach Hörensagen – im doppelten Sinne – (nach)empfunden wird.●

Jochen Knoblauch

Hartmut El Kurdi: Schwarzrote Pop-Perlen. Ton Steine Scherben. »Keine Macht für Niemand« (The Essence of Rock. Bd. 2) 64 Seiten / Geb. / limitierte und numerierte Aufl. / 24 DM

COMRADES

Gegen den Faschismus in Spanien kämpften auch rund 3.000 US-Interbrigadisten, die Teil der vierzigtausend Mann starken Internationalen Brigaden wurden. General Franco hatte verkündet, die Regierungsgewalt in Spanien übernehmen zu wollen. Vierzigtausend Menschen aus fünfzig Ländern, von vier Kontinenten, machten sich auf den Weg nach Spanien, um die demokratisch gewählte Regierung Spaniens zu verteidigen. Einige waren Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, andere waren unabhängig. Über den Einsatz der US-Interbrigadisten für das republikanische Spanien ist im deutschsprachigen Raum so gut wie nichts bekannt.

In diesem Buch, das in der Reihe "Bibliothek des Widerstandes" im Pahl-Rugenstein Verlag erschienen ist, berichtet der heute 90jährige Harry Fisher, einer der wenigen noch lebenden amerikanischen Spanienkämpfer, über seinen 19 Monate dauernden Einsatz und den der "Lincoln-Brigade" an verschiedenen Fronten des spanischen Krieges. Eine Darstellung, packend und realistisch, über den Kampf und das Sterben von weißen und schwarzen Amerikanern, die erstmals in gemeinsamen militärischen Einheiten kämpften.

Wer waren diese Amerikaner, die als erste ihr Leben gegen den Faschismus in Europa in die Waagschale warfen und in den USA nach 1948 in der McCarthy-Ära als "verfrühte Antifaschisten" Verfolgungen durch das FBI ausgesetzt waren?

Aus welchen politischen Zusammenhängen und Organisationen kamen sie, wie gelangten sie nach Spanien und nach Ende des Kampfes wieder in die Heimat? Hatten sich der Kampf und das Sterben gelohnt? Hier berichtet einer, der dabei war, schnörkellos und ergreifend. Harry Fishers Bericht wird mit zahllosen Abbildungen illustriert.●

dp

Harry Fisher: Comrades. Bericht eines US-Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg. 244 Seiten, 39 Abb., 2 Karten, geb. 36 DM, Pahl-Rugenstein Verlag, ISBN 3-89144-284-X

Zukunfts-Perspektiven

Der "Terror der Ökonomie" und die Globalisierungsfolgen, weltweite Ungleichheit und zunehmende Verarmung, soziale Spaltung und Naturzerstörung, aber auch die heterogene Anti-Globalisierungsbewegung haben in den letzten Jahren neue Kontroversen über Alternativen zur Politik des Kapitals und über linke Perspektiven ausgelöst. Jetzt ist die Nummer 40 der Schweizer Zeitschrift "WIDERSPRUCH - Beiträge zur sozialistischen Politik" erschienen. Die Zeitschrift wird übrigens in diesem Jahr 20 Jahre alt. In dieser Ausgabe liegen Beiträge aus thematisch unterschiedlichen Sachgebieten vor - Entwicklungsanalysen, Forschungsnotizen, Skizzen alternativer Konzepte und Reformperspektiven.

Arnold Künzli plädiert einleitend für eine Rückbesinnung auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit/Schwesterlichkeit, auf die Tradition des sozialen Ethos. Die Zukunft der radikaldemokratischen Linken liegt in der politischen Demokratie und in der Wirtschaftsdemokratie. Zugleich geht es im Weltkapitalismus, so *Elmar Altvater*, um Maßnahmen gegen die "financial repression" des internationalen Währungs- und Finanzsystems durch Regulation und Reform der internationalen Finanzmärkte. Ob mit dem Modernisierungskurs à la Blair/Schröder der notwendige Umbau des europäischen Wohlfahrtsstaates, der dem Kapitalismusmodell weit überlegen ist, gelingt, ist für *Michael R. Krätke* bei aller Skepsis noch offen.

In *Jeremy Rifkins* neuem Buch "The Age of Access" vermisst *André Gorz* Widerstandsformen gegen die totalitäre Kontrolle der Informations- und Wissensgesellschaft über mehr und mehr Menschen, über die Freizeit- und Kulturindustrie. Der "Hyperkapitalismus" beschleunigt die Ökonomisierung des Sozialen und setzt auf unbezahlte Arbeit, auf Freiwilligenarbeit. Es ist nach *Mascha Madörin* höchste Zeit, die Debatte über Care Economie aufzunehmen. *Carola Möller* geht es ebenso aus feministischer Sicht um die Frage nach neuen Wertmaßstäben in der Solidarischen Ökonomie, nach bedürfnisorientierter Neugestaltung von Arbeit. Chancen zur Bewältigung gesellschaftlicher Benachteiligung durch kollektive Selbsthilfe sieht *Burghard Flieger* in Sozialgenossenschaften. Dieser Aktualität des Genossenschaftsgedankens völlig entgegengesetzt ist, wie *Heiner Busch* ausführt, das sicherheitsstaatliche Konzept "community policing", die Verpolizeilichung zum Beispiel der Asyl- und Ausländerpolitik sowie der Sozialarbeit.

In der politischen Ökologie wird intensiv über Zukunftsfähigkeit diskutiert. *Mosshen Massarrat* skizziert sein neues Konzept: Chancengleichheit als Universalethik der globalen integrativen Nachhaltigkeit. Der Ausstieg der US-Regierung aus dem Klima-Protokoll von Kyoto Ende März bedeutet eine energiepolitische Herausforderung für Europa. Die Energiewende hat jetzt für *Michael Müller erste Priorität in der ökologischen Modernisierung. Allerdings ist dabei, so Willi Brüggen*, von der Ökosteuer Abschied zu nehmen und neu über den Zusammenhang von Natur, Arbeit und Energie nachzudenken. Alternative Modelle von partizipatorischer Planung und von der Sozialisierung des Marktes, über die *Meinhard Creydt* aus dem angelsächsischen Kontext berichtet, bereichern die Debatte über öko-soziale Politik.

Den Diskussionsteil eröffnet *Alex Demirovic* mit seinen Notizen zum Perspektivenwechsel und zu den Reformulierungsansätzen in der kritischen Gesellschaftstheorie. *Michael Jäger* setzt seine Überlegungen zur Religionskritik fort in der Auseinandersetzung mit der Kirche: Ist die christliche Religion der Unterbau des Kapitalismus? Und *Manfred Züfle* gibt Einblick in *Otto Fenichels* "Rundbriefe" aus dem amerikanischen Exil, diesen einzigartigen Fundus in der Geschichte und Theoriebildung der Psychoanalyse. *Ueli Mäder* stellt *Robert Castels* Studie "Die Metamorphosen der sozialen Frage" vor und *Stephan Howald* führt in *Stuart Halls* Theorieprojekt "Cultural Studies" ein.●

dp

WIDERSPRUCH 40: Zukunfts-Perspektiven. 208 Seiten, sfr/DM 25,-, WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich, Tel./Fax 0041-1-273 03 02
E-Mail: vertrieb@widerspruch.ch, www.widerspruch.ch

Soziale Selbstorganisation

im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus

Die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse zeichnen sich durch eine Verschärfung der globalen Probleme und die zunehmende Prekärisierung der Lebensverhältnisse großer Teile der Weltbevölkerung aus. Gleichzeitig setzen die Protagonisten der »New Economy« große Hoffnungen in den technischen Fortschritt. Angesichts der Richtung der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird jedoch bezweifelt, dass sich eine Humanisierung der Lebensverhältnisse unter den bestehenden Bedingungen ergeben wird.

Die Theorie der Selbstorganisation bietet eine Möglichkeit, gesellschaftliche Entwicklung dialektisch und nichtdeterministisch zu fassen. Dieses neue wissenschaftliche Paradigma ist auch für aktuelle politische, ökonomische und soziale Diskussionen und Probleme von konkreter Bedeutung.

Der vorliegende Band untersucht die Möglichkeiten sozialer Selbstorganisation und emanzipatorischer Prozesse im kapitalistischen Weltsystem heute. Diskutiert werden gesellschaftliche Veränderungen in Ökonomie, Politik, Technologie, Kultur und Ideologie, die Verschärfung der globalen Probleme, die postfordistische Phase des Kapitalismus, der Zusammenhang von Demokratie und Selbstorganisation, die Selbstorganisationsmöglichkeiten emanzipatorischer Subjekte und potentielle zukünftige Formen sozialer Selbstorganisation in einer anderen Gesellschaftsformation.

Ziel des Buches ist, eine kritische Bestandsaufnahme des postfordistischen Kapitalismus zu geben und Möglichkeiten von emanzipatorischer sozialer Selbstorganisation heute und in anderen Gesellschaftsformationen (als potentiellen Zukünften) zu verdeutlichen. Es wir gezeigt, dass die Menschen ihre Geschichte noch immer selbst machen, wenn auch unter vorgefundenen Bedingungen. Die Selbstorganisationstheorie zeigt uns, von welch immanenter Bedeutung grundsätzlicher sozialer Wandel in der heutigen Situation wäre. Eine Lösung der globalen Probleme erscheint so nur durch die Nutzung der Selbstorganisationspotenz der Menschheit möglich.

Neben Aspekten der Selbstorganisationstheorie stellen u.a. die Marxsche Wertkritik, die Regulationstheorie sowie die Arbeiten von Gilles Deleuze/Felix Guattari und Hakim Bey wesentliche Bezugspunkte für weitergehende Überlegungen dar.●

dp

Christian Fuchs: Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen. Wien/Norderstedt. Libri Books on Demond, 248 Seiten, 37 DM, 260 öS, 30 sFr, 18,90 Euro. ISBN 3-8311-1601-6

Videotip zum Irak

Irak, die Wiege der Zivilisation zwischen Euphrat und Tigris, ist infolge des Wüstenkrieges und des nunmehr zehnjährigen Embargos zu einem Entwicklungsland geworden. Mehr als eine Millionen Iraker, darunter rund 500.000 Kinder sind inzwischen an den Folgen der totalen Handelsblockade gestorben.

Die aktuellen Meldungen über das Land sind widersprüchlich, geprägt von politisch bestimmten Sichtweisen.

Dieser Film ist der Versuch einer objektiven Bestandsaufnahme. Er zeigt das Land und seine Menschen so, wie wir sie auf unserer Reise angetroffen haben. Von Amman in Jordanien starten wir quer durch die Wüste nach Bagdad. Außer der irakischen Hauptstadt lernen wir durch Reisen in den Norden nach Samarra, Mossul und Nimrud und in den Süden bis in das sagenumwobene Basra am Schatt al Arab die ganze Vielfalt und Problematik dieses einzigartigen Landes kennen.●

dp

Irak. Unbekanntes Land zwischen Tradition und Moderne. VHS-Video, ca. 60 Min., Bestell-Nr. P 235, POLAR Film u. Medien GmbH, Schildarpstr. 10, D-48712 Gescher
Tel: (0 25 42) 95 13 13, 95 13 95
www.polarfilm.de, E-Mail: info@polarfilm.de

Webpublishing auf den Punkt gebracht

Eines gleich mal vorne weg: ein zierliches Tüpfelchen auf dem i ist es nicht, auf das die Informationen in diesem Buch gebracht werden. Und wie könnte es das auch sein, bei diesem doch sehr komplexen Thema - Web-Publishing ist ein weites Feld.

Und genau darin liegt die Stärke der Publikation: alle Aspekte, die zum Erfolg einer Webpräsenz beitragen, werden angesprochen. Was nützen sehr fundierte HTML-Kenntnisse, wenn das Struktur-Konzept des Web-Angebotes nicht schlüssig ist? Und - mindestens genauso wichtig: was nützt die atemberaubendste Java-Dynamik auf der Eingangsseite, wenn sie nie jemand sehen wird, weil sie nie jemand aufruft. Die wirkungsvolle Vermarktung eines Web-Angebotes ist eine Frage, die einem beim Stichwort Web-Publishing nicht unbedingt auf Anhieb einfällt...

Christine Wittig kennt die Fragen. Und auch die Antworten. Schon alleine deshalb, weil sie mit ihnen in ihren Web-Präsenz-Schulungen seit Jahren konfrontiert wird. Dass man sich bei so viel Fachwissen durch die knapp 150 Seiten des Buches trotzdem nicht hindurch quälen muss, liegt an der Fähigkeit der Autorin, auch technische Sachverhalte in einem lockeren, oft humorvollen Ton darzustellen.

Wenn auch die Tiefe, in der die einzelnen Fragestellungen behandelt werden, an manchen Stellen nicht ausreichen mag, um eine "eins zu eins Bastelanleitung" für Webseiten zu sein, erfüllt das Buch einen viel hilfreicheren Zweck: Es macht Lust, seine Webseiten wirklich gut zu machen, es macht Lust darauf, sich einzulesen in Weiterführendes. Und man traut es sich kaum zu schreiben: es macht Lust auf Technik ...●

Judith Schuppe

Christine Wittig: Webpublishing auf den Punkt gebracht, i-punkt Verlag für Kürzestprosa, 144 Seiten, 24,80 DM, ISBN 3-931004-23-6

Anzeige

Rote Hilfe Broschüre

Bekanntermaßen hat sich die RAF im April 1998 aufgelöst. Dennoch sitzen seit nunmehr 20 Jahren AkivistInnen der ehemaligen RAF in Haft.
In der Broschüre »Freilassung für die politischen Gefangenen aus der RAF« geht es nicht um eine Analyse der Politik und der Aktionen der RAF, sondern darum, dass die immer noch Inhaftierten endlich freigelassen werden müssen. Es geht darum, dass Öffentlichkeit hergestellt wird, um die Gefangenen wieder in das Bewusstsein der Menschen zu bringen.

Die Broschüre ist recht umfangreich; da zum Einen mehrere Gründe für die Freilassung der Gefangenen dargestellt werden und zum Anderen die damalige Zeit etwas ausführlicher beschrieben wird, weil viele Menschen, die heute politisch interessiert und aktiv sind, die Zusammenhänge und die Umstände damals selbst nicht erlebt haben und sich oft kein genaues Bild davon machen können, einfach weil viele damals noch nicht geboren waren. Dem wird unter Anderem durch die Darstellung politischer und sozialer Schlaglichter Rechnung getragen, die die Jahre 1960 bis 1980 veranschaulichen.

Desweiteren enthält die Dokumentation neben den Begründungen für die Freilassung, auch Portraits der Gefangenen und Texte zur Vernichtungshaft, sowie einen ausführlichen geschichtlichen Abriss, der zum Teil mit bisher unveröffentlichten Bildern unterlegt ist. Abgerundet wird die Broschüre durch Dokumente der Gefangenen zur Haftsituation und einer ausführlichen Bibliographie.

»Freilassung für die politischen Gefangenen aus der RAF«: Eine Dokumentation der Roten Hilfe e.V., 68 Seiten, zu beziehen für 5 Mark (zzgl. Versandkosten) beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V., Postfach 6444, D-24125 Kiel.

JOBS

Wir suchen
eine Fachfrau/einen Fachmann als Abteilungsleiter/In für unsere digitale Druckvorstufe. Fundierte Kenntnisse in den gängigen MAC-Anwendungen, DOS-Programmen, sowie MacOS/Windows NT-Kenntnisse setzen wir voraus. Schön wäre es, wenn die/derjenige auch noch Erfahrungen aus kollektiven Arbeitsverhältnissen mitbrächte.
Wir sind
eine kollektiv geführte Offsetdruckerei. Zur Zeit arbeiten bei uns 13 Menschen. Unsere technische Ausstattung besteht aus 2 Vierfarbdruckmaschinen im Format 36x52cm und 72x102cm und einer kompletten digitalen Druckvorstufe mit vier MAC-Arbeitsplätzen, Scanner, Plotter, Signastation und Signasetter zur Belichtung fertig ausgeschossener Druckbögen bis zum Format 70 x 100 cm. In der Vorstufe arbeiten im Moment 4 MitarbeiterInnen und 1 Lehrling. Unsere Betriebsräume befinden sich in einer kleinen Gemeinde etwa 40 km südlich von München im Voralpenland.
Wir wünschen uns
jemanden, die/der sich zutraut, die Abteilung Druckvorstufe selbständig und eigenverantwortlich zu leiten und zu organisieren. Da wir wissen, dass dies einen hohen Grad an Identifikation mit dem Betrieb voraussetzt, sind wir für jede Form der Mitarbeit offen. Wer Interesse hat, die/der soll sich melden bei:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH,
Besengassl 4, D-82346 Andechs

MEDIENLINKS

Auf unsere Homepage verweisen wir auch auf fast 100 weitere deutschsprachige Zeitschriftenprojekte:
www.contraste.org

AUSBILDUNGSPLATZ

Weibl., 19 Jahre (Abitur), suche einen Ausbildungsplatz in einer Tischlerei (mit Schwerpunkt Möbeltischlerei u. Restauration – Vorkenntnisse vorhanden). Bei Interesse bitte unter
☎(0 53 73) 66 12 melden. Marie Simon.

PROJEKTE

Lust auf Altenpflege?
Lust auf Gemeinschaft?
Die Kommune Niederkaufungen baut eine Tagespflegeeinrichtung für alte Menschen auf.
Hierfür suchen wir Menschen, die Kritik an den bestehenden Verwahranstalten haben und neue Wege gehen wollen.
Mehr Infos über das Projekt unter:
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 8 00 70

SONSTIGES

Viel sagen wollen, aber sich nicht ausdrücken können? oder Wenig sagen können, dies aber möglichst elegant tun wollen? Professionelle und schnelle Hilfe bei der Formulierung von Doktor- und Diplomarbeiten und jeglichem anderen Text bietet erfahrene Autorin und Lektorin.
☎(0 62 23) 80 55 75 oder
e-mail: gudrunmangold@t-online.de

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2001 laufend erweitert und aktualisiert. Auch die komplette Ausgabe 1 und demnächst auch Nr. 2 aus dem Jahr 1984 ist dort auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen
Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

kassiber 45 (Mai/Juni 2001)

> Böhse Onkelz und Neue Deutsche Härte: Ausländerbeauftragte lud zum Konzert "gegen den Haß"
> Etat Menschenwürde auf Null? Gegen Abschiebung und Verelendung libanesischer Kurdinnen
> Ein ganz 'normaler' Vergewaltigungsprozeß? Der "Toros'-Prozeß" vor dem Landgericht Bremen
> Wie eine gegenseitige Anklage: Interview mit einer Rechtsanwältin zu Vergewaltigungsprozessen
> Rotgrüns Atomkonsens mit den Energiekonzernen
> Interview mit zwei Anti-Castor-Aktivistinnen
> Es begann mit einer Lüge: Die Mobilmachung für den Kosovo-Krieg
> Kein Stammheim am Bosporus! Türkei übernimmt Europas Gefängnisnorm
> Debatte anläßlich der Gerichtsprozesse gegen die Revolutionären Zellen
> u.v.a.m.

68 Seiten für 5 Mark
Abo (5 Ausgaben): 30 Mark

kassiber gibt es z.B. in Infoläden oder beim VzVuN, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen,
Fax: 0421-75682.
Mail: kassiber@brainlift.de
Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!
www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/k_home.htm

dataspace
datenbank linksradikaler publikationen

"you can't know everything – but you can find it..."

thematische Online-Recherche von Artikeln linker Zeitschriften

www.nadir.org/dataspace

http://www.infoladen.net

[adressen und informationen nahezu aller infoläden bundesweit, umfangreiche volltext- und linklisten sowie texte zur geschichte und dem selbstverständnis von infoläden...]

şiddetten arınmış ve tahakkümsüz bir toplum için Otkökü Devrimi

otkökü

vierteljährliche deutsch/türkische Beilage der Graswurzelrevolution, Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

ABONE OL
Otkökü soll als "Massenzeitung" an vielen Orten ausgelegt/verteilt werden. Wir vertreiben Otkökü gegen Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken). Mindestabnahme: 20 Stück. Preise (plus Versandkosten): 20 Ex.: 10 DM, 50 Ex.: 20 DM, 100 Ex.: 30 DM, 1000 Ex.: 200 DM, weitere Preise auf Nachfrage.
Ich bestelle
..... Exemplare der Otkökü Nr. 1 (März 2001);
.... Exemplare der Otkökü Nr. 2 - erscheint im Sommer 2001
.... ein Graswurzelrevolution Schnupperabo für 10 DM (3 Nummern)
Ich lege Bargeld/Scheck/Briefmarken bei. Name/Anschrift:

Ausschneiden, in einen Umschlag stecken und ab geht's an:
GWR-Vertrieb, Straßburger Str. 24, D-10405 Berlin
Tel./FAX: 030/4428185, e-mail: gwr.finanzen@t-online.de.
www.comlink.de/graswurzel

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

« Unser LEBEN ist der MORD durch ARBEIT–wir hängen 60 Jahre lang am STRICK und zappeln. Aber wir werden uns LOSSCHNEIDEN»
[Georg Büchner, 1835]

[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

PROBEHEFT

Direkte Aktion
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
da@fau.org

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker

Unsere Zielsetzungen:
-Politisches Engagement zur **Abschaffung der Meisterpflicht** als alleinige Voraussetzung einer Selbständigkeit im Handwerk
-Wiedereinführung der **Gewerbefreiheit**
-**Gleichstellung** von Mann und Frau im Handwerk
Unseren Mitgliedern bieten wir: Beratung, Hilfestellung, Information, Mitarbeit und Diskussion im Kampf mit der deutschen Handwerksordnung.

BUH e.V.
Klein Breese 13 29497 Woltersdorf
Tel. 05841-973900 Fax 973901
http://www.aries.de/BUH

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ak analyse & kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis

manchmal treffen wir auch ins Schwarze

Probeexemplar anfordern oder Schnupperabo bestellen:
3 mal ak für 10 DM*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.

Jetzt abonnieren: Wer ein Jahresabo bestellt oder vermittelt, bekommt die CD **akArchiv. 2** geschenkt. Sie enthält fast 5.000 Artikel der Jahrgänge von 1992 bis 10/2000.

ak analyse & kritik
erscheint vierwöchentlich, 36 Seiten, Zeitungsformat
Einzelpreis: DM 7,50 (Jahresabo: DM 90,-)

ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · E-mail: ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik".
Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft.
Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
www.akp-redaktion.de

Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

WIDERSPRUCH 40
Beiträge zur sozialistischen Politik

Zukunfts-Perspektiven

Wirtschaftsdemokratie; Internationale Finanzmärkte, Europäischer Wohlfahrtskapitalismus; Wissensökonomie, Care Economy, Solidarisches Arbeiten; Ethik der Nachhaltigkeit, Ökosteuer, Neue Energiepolitik; Sozialisierung des Marktes, Sozialgenossenschaften; Gewerkschaften, Neuer Internationalismus

A. Künzli, E. Altvater, M.R. Krätke, A. Gorz, M. Madörin, C. Möller, M. Massarrat, M. Müller, W.Brüggen, B. Flieger, M. Creydt, H. Busch, A. Rieger, D. Gallin

Diskussion
A.Demirovic: Kritische Gesellschaftstheorie
M.Jäger: Kapitalismus als Religion
M. Züfle: Psychoanalyse und Dissidenz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

21. Jg./1. Halbjahr 2001 — 20 Jahre — Fr. 25.–

208 Seiten, DM 25.– (Abonnement DM 40.–, zzgl. Spesen)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, **Internet:** http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 8900, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 93 42 80 41 52, E-Mail: r.schaefer@odn.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10829 Berlin, Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: DetlefBansamir@gmx.de; **Information & Kommunikation,** 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karl.dietz@gmx.de, **Internet:** http://komm.ffii.org; **Umweltschutz von unten:** 23843 Bad Oldesloe, Jörn Hartje, (JUP!), Turmstr. 14a, ☎(04531) 45 12, Fax 71 16, E-Mail: joern@inihaus.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

TAK AÖ

Sommerseminar
Alternative Ökonomie
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein dreiundzwanzigstes Sommerseminar. Es findet dieses Jahr vom **13.07.2001 bis 22.07.2001** in der Bildungsstätte Einschlingen in Bielefeld statt. Thema wird schwerpunktmäßig die »Didaktik der Projektneugründung« sein. Neben ausführlichen Diskussionen zu Themen wie Selbstverwaltung, Gemeinschaftseigentum, Teamgründungen und Kollektives Management soll viel Raum für »Kulturarbeit« gegeben werden, wie selbstorganisierte Schreibspiele, Kollagen etc. Für Neugierige bzw. an der Selbstverwaltungsthematik interessierte Menschen, die sporadisch oder dauerhaft mitarbeiten wollen, ist der Arbeitskreis jederzeit offen. Das Programm zum Sommerseminar kann angefordert werden bei der TAK AÖ-Kontaktadresse: Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen.

LOS GEHT'S NRW...,

oder das gemeinsame, vielleicht etwas andere Leben, miteinander organisieren!
Das 3. Treffen aller an NEUEN WOHNFORMEN interessierten in NRW findet vom 17.-19.08.2001 in schöner Natur am Nordrand des Ruhrgebietes statt.
Infos und Anmeldung unter: Los geht's NRW, G. Rose, Bessemer Str. 77, 44793 Bochum, oder unter:
los-gehts-nrw@web.de

HAMBURG

21.6.2001: Finanzkoops
Eine Idee, auf die man erstmal kommen muss: »Lohngerechtigkeit« widerspricht kapitalistischem Gesetz. Das fängt bereits bei der klassenspezifischen Sozialisation an: zu unterschiedlich sind die Zugangsvoraussetzungen zu Bildungseinrichtungen. Überhaupt, die Trennung von bezahlten Produktions- und unsichtbaren aber gesellschaftlich höchst nützlichen Reproduktionsarbeiten ist Resultat abendländisch-patriarchalischer Normen. Die Lohnhhöhe beruht also zum Großteil nicht auf gerechter Leistungsbe*messung sondern* mindestens größtenteils auf geschickter Nutzung von Privilegien. Daraus ergibt sich die Idee, innerhalb einer Solidargemeinschaft Einkommensunterschiede auszugleichen. Ein gemeinsamer Pott wird eingerichtet, alle Gehälter und Vermögenswerte rein und dann geht's los: Plenum!
Wie erreichen wir eine gemeinsame Verständigung über welche Bedürfnisse, welcher Detailgrad von Hinterfragung meiner Bedürnisse ist im Alltag überhaupt ertragbar? Welche Bedürfnisse werden aufgrund welches Bewertungsmaßstabes als gemeinsam förderungswürdig angesehen, welche nicht. Was für ein Gefühl ist es für mich als Kind dieser individualistischen Gesellschaft, meine GenossInnen über die Länge meines Urlaubs feilschen zu hören? Warum finanzieren wir Monikas Auto und Martins Hundefutter, aber nicht mein Handy? Fragen über Fragen.
12.7.2001: Hafenstraße
Vom Europaweit beachteten, autonomen Aneignungsprojekt mit Symbolfunktion für eine soziale, militante Bewegung zum genossenschaftlichen Wohnprojekt mit Elbblick. Über Segen und Fluch von Symbolen; über Wege und Sackgassen in der Stadtteilbezogenheit, übers älter werden und immer wieder neu anfangen streiten sich Unbedarfte, Nachgewachsene und Alt-BewohnerInnen.
Alle Veranstaltungen jeweils 21 Uhr, AHOI, Balduintreppe/St.Pauli, Hafenstraße

HERBSTAKADEMIE

Gemeinsam statt einsam
Rund um kollektive Strategien und ihre politische Wirksamkeit dreht sich die Soester Herbstakademie vom **10. bis 14.10.2001.** Das Anders-Leben-Netzwerk Soest lädt alle Interessierten zum inhaltlichen Austausch und der Suche nach persönlichen wie gesellschaftlichen Perspektiven ein.
Schwerpunkte in den Workshops werden langfristige gemeinschaftliche Wohnformen, professionelles kollektives Wirtschaften und aktuelle Strategien politischer Initiativen sein. Dahinter steht die Frage, ob Gemeinschaftsprojekte eine Chance für ein anderes Arbeits- und Politikverständnis sind oder eher viele Kräfte in Alltagsaufgaben binden. Neben Perspektivdiskussionen wird es praktische Workshops und Kulturangebote sowie Raum für Projektvorstellungen der Teilnehmenden geben.
Die Herbstakademie bietet auch die Möglichkeit, das Anders-Leben-Netzwerk näher kennenzulernen, das es in Soest (Westfalen) seit vier Jahren gibt.
Information & Anmeldung:
Soester Herbstakademie, Postfach 11 21, D-59471 Soest
☎*(0 29 21) 3 36 40, Fax 3 36 45*
E-Mail: herbstakademie@soestprojekt.de
www.soestprojekt.de

MEDIEN

Für Fortgeschrittene:
Dynamik auf die Homepage bringen
HTML, Forms & Frames sind für Sie keine Fremdworte mehr? Sie möchten ein interaktives Web-Angebot für Ihre Kunden gestalten, Abfragen, Prüfroutinen, Rollover-Effekte auf Ihren Web-Seiten einbauen? Auf diesem zweitägigen Seminar lernen Sie, JavaScript-Standardobjekte zu programmieren, dynamische Web-Seiten zu gestalten, Event-Handler einzusetzen und vieles mehr.
Termin: 25./26.6.2001

Typografie Workshop
Welche Schrift passt zu meinem Briefpapier oder zum Firmenlogo? Wie lassen sich Schriften sinnvoll kombinieren? Welche Schrift korrespondiert mit welchem Inhalt? Worauf muss man bei der Verbindung von Grafik und Schrift achten? Welche typografischen Faktoren bestimmen die Lesbarkeit von Drucksachen? Gestaltungsmöglichkeiten gibt es in Hülle und Fülle.
Termin: 18./19.6.2001

Wer sind die Online-User?
... immer an die Leser denken!
Information oder Unterhaltung – wer sucht was im Web? Wer nutzt das Internet heute? Wie häufig und mit welchen Zielen? Wen kann ich mit meinem Web-Angebot überhaupt erreichen? Wer surft, wer sucht, wer spielt? Wer »immer an den User denken« möchte, dem helfen die Ergebnisse der großen Online-Studien. Der GfK-Online-Monitor und die ARD/ZDF-Studie werden auf dem Seminar vorgestellt, um Rückschlüsse auf die Konzeption von Web-Angeboten zu schließen.
Termin: 27.-28. Juni 2001

Die Firmenzeitschrift
Vom Konzept zum fertigen Heft
Gut aufbereitete Informationen regelmäßig an Kunden, Mitarbeiter, Interessenten bringen: Die Kunden- oder Mitarbeiterzeitschrift erhöht die Bindung an Ihr Produkt, Ihr Unternehmen. Wie oft soll sie erscheinen, welches Format ist richtig? Eigene Mitarbeiter oder eine externe Agentur: Wer schreibt die Texte? Was kostet der Druck, wie organisiert man den Vertrieb? Das Praxisseminar liefert auch umfangreiche Checklisten.
Termin: 2.-4.7.2001

Layout mit Quark XPress
Einführung in die Seiten-, Text- und Bildgestaltung
Was gutes Layout ist, wissen Sie – aber wie sagen Sie es dem Computer? Mit dem rahmenorientierten Layout-Programm Quark Xpress können Sie Texte und Bilder kombinieren, das Layout für ein- und mehrseitige Dokumente festlegen und mit Musterseiten und Stilvorlagen arbeiten. Computerkenntnisse (Windows) erforderlich.
Termin: 9.-11. Juli 2001
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

Journalistische Stilformen
Vom Aufbau eines journalistischen Beitrags hängt es ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information, jedes Angebot kann man/frau auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Texte für Einladungen, Handzettel und Broschüren meiner Einrichtung, wie einen Beitrag für die Tagespresse? Unser Seminar führt in die darstellenden Stilformen (Meldung, Nachricht, Bericht), die interpretierenden Stilformen (Portrait, Reportage) und die kommentierenden Stilformen (Kommentar, Glosse) ein. Mit praktischen Übungen und anhand von Beispielen wollen wir herausarbeiten, wie Beiträge geschrieben werden sollten, damit sie gelesen werden.
Termin: 7.-8. Juli 2001
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie
Humboldtstr. 117, D-90459 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

WOHNUNGSLOSENHILFE:

Verbindlich verbunden!
»Kooperationen – Verbundsysteme – Bündnisse«
Unter diesem Titel findet vom **18. bis 20. Juni 2001** in Köln die Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. statt. Die BAG ist der bundesweite Dachverband der Einrichtungen und der sozialen Dienste der Wohnungslosenhilfe.
Information & Anmeldung:
BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, D-33544 Bielefeld
☎(05 21) 14 39 60, Fax 143 96 19
E-Mail: bag-w@t-online.de

SOZIALE ARBEIT

4. Bundeskongress Soziale Arbeit
Die diesjährige Tagung trägt den Titel »Gestaltung des Sozialen – eine Herausforderung für Europa« und findet in Mainz und Wiesbaden statt. In der Tradition vorangegangener Kongresse in Lüneburg, Tübingen und Dresden, die sich *mit den Aufgaben der Sozialen Arbeit in* der Konkurrenzgesellschaft auseinandergesetzt haben, soll in Mainz die europäische Perspektive in den Mittelpunkt gestellt werden.
Der europäische Integrationsprozess hat in vielfältiger Weise die Entwicklungen und den Alltag der Sozialen Arbeit verändert. Europäisch beschleunigter sozialer Wandel, Migration und Transformation haben sowohl neue Probleme und Arbeitsfelder entstehen lassen.
Einerseits begrenzen Wirtschafts- und Währungsunion den Spielraum für Sozialpolitik, andererseits verbessern die Programme der Europäischen Strukturfonds die Arbeitsbedingungen von Sozialarbeit und Jugendhilfe. Europa verspricht nicht nur Reichtum, Sicherheit und Mobilität, sondern bewirkt auch Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung.
Im Alltag der sozialen Arbeit wird Europa schon lange erfahrbar, realisiert sich in Austauschprogrammen und Vernetzungen. Europa heißt: voneinander lernen, bedeutet aber auch Unübersichtlichkeit und Bürokratie. Diese Ambivalenz Europas stellt den Rahmen dar, innerhalb dessen sich Soziale Arbeit neu bestimmen muss. Sie steht vor der Aufgabe, ihre Bedingungen und Wirkungsgefüge auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene neu zu klären, Möglichkeiten einer gestaltenden Einflussnahme zu bestimmen und Gegenmodelle zu einem ökonomischen Europa zu entwikkeln. Dazu will der Kongress einen Beitrag leisten.
Termin: 20.-22.9.2001
Weitere Informationen unter
www.bundeskongress-soziale-arbeit.de
E-Mail: buko.sa2001@uni-mainz.de

RADIKAL REISEN

Südafrika
Kapstadt und Durban
Südafrika vom Apartheidstaat zur Rainbow Nation
Nun ist in Südafrika seit den ersten demokratischen Wahlen 1994 einige Zeit vergangen. Die Gallionsfigur der Versöhnung, Nelson Mandela, ist abgetreten, die Programme des ANC haben sich gewandelt. Starteten sie Anfang der 90er Jahre noch mit sozialistischen Ansätzen, so liest sich das heutige Wirtschaftsprogramm neoliberal. Es bleibt abzuwarten, was aus der politischen Dreierallianz zwischen dem ANC, dem Dachgewerkschaftsverband COSATU und der kommunistischen Partei Südafrikas wird. Die hieraus resultierenden politischen Perspektiven werden wir in Durban und Kapstadt mit verschiedenen Organisationen diskutieren. U.a. werden wir uns mit der StudentInnenorganisation SASCO, einem selbstverwalteten lokalen Radiosender in Durban, sowie der Frauengewerkschaft SEWU treffen. Auch für ein Kennenlernen der kulturellen Besonderheiten wird neben diesem politischen Programm Zeit verbleiben.
Termin: 30.9.-14.10.2001
Kosten: 1.650 DM

USA – New York City
Reclaim the City!
– Hinter den Fassaden des Booms..
New York als »Global City« vereinigt in sich alle Phänomene einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft auf engstem Raum. In nur wenigen Jahren entflog New York durch seine boomende Ökonomie und eine Umstrukturierung der Stadt, die durch repressive staatliche Sicherheitspolitik sowie Privatisierung und Umgestaltung öffentlichen Raums durchgesetzt wurde, wie ein Phoenix aus der Asche seinem weltweiten Ruf als verrotteter und krimineller Großstadtdschungel. Wer allerdings glaubt, in den USA wage niemand, diesen politischen Entwicklungen die Stirn zu bieten, hat sich getäuscht: Neben einer Auseinandersetzung mit den oben angeschnittenen politischen Entwicklungen durch Besuche vor Ort werden wir zahlreiche politische Gruppen besuchen, die lokal oder USA-weit politische Gegenöffentlichkeit mobilisieren.
Termin: 16.-28.9.2001
Kosten: 1.200 DM

USA - Los Angeles
Gegenbewegungen in der Stadt ohne Zentrum
Vieles, was hierzulande unter »Gender Politics« oder »Politics of Identity« vielfach nur akademisch verhandelt wird, hat seinen praktischen Ursprung in Kalifornien, dem als liberal geltenden US-Bundesstaat. Los Angeles – die Stadt ohne Zentrum, bietet sich den entsprechenden politischen Strömungen – Schwulen und Lesben, AIDS-Bewegung, antirassistischen Gruppen – gewissermaßen als passende Metapher. Deswegen werden wir dort unsere Debatten führen und die politischen Begegnungen suchen. Trotzdem gibt's natürlich auch einen Ausflug in die Main-Stream-Filmkultur Hollywoods.
Termin: 1.-12.10.2001
Kosten: ca. 1.500 DM
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke,
Rosa-Luxemburg-Str. 19, D-10178 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com
Hier gibt es auch Infos zu weiteren Reisen

JUNGE LINKE

Elend der Gegenwart
- Reichtum der Möglichkeiten
Glaubt man den Medien, hat sich in den letzten Jahren auf dem Sektor der Arbeit einiges verändert: Nicht mehr stumpfe Fließbandarbeit, sondern kreatives Teamwork; nicht mehr gewerkschaftliche Verteidigungskämpfe, sondern Identifikation mit dem Unternehmen; nicht mehr stures Pauken, sondern lebenslanges Lernen sind die Anforderungen der Wirtschaft. Der ideale Bürger ist mobil, flexibel, jung und kreativ. Einige Soziologen rufen sogar schon das Ende der Arbeitsgesellschaft aus.
Wir wollen in diesem Seminar die diesen Veränderungen zugrundeliegenden ökonomischen Entwicklungen einmal näher anschauen.
Termin: 29.6.-1.7.2001
Information & Anmeldung:
jungdemokratInnen - junge linke, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

Antifa. Anständiger Aufstand
- oder Aufstand der Anständigen?
In Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen vertrieb der rechte Mob unter dem Beifall der Bevölkerung AusländerInnen aus dem Wohngebiet. Die Reaktion des Staates bestand darin, die Polizei viel zu spät zu schicken und das Grundgesetz zu ändern. Antifas sahen sich einer unheimlichen Wechselwirkung von rechtem Terror und Politik gegenüber. Die offizielle Asyldebatte heizte die Bevölkerung auf, die umgehend zur Tat schritt. Die Reaktion des Parlaments: die faktische Abschaffung des Asylrechts. Der Antifaschismus wurde zu dem Politikfeld der Linken – mit unterschiedlicher Akzentuierung: die einen anti-national, die anderen bemühten sich um Bündnisse mit den »progressiven« bürgerlichen Kräften. »Die BrandstifterInnen sitzen in Bonn« – soviel war Konsens bei der Antifa.
Zehn Jahre später noch immer deutsche Normalität: Ein von Naziskins zu Tode geprügelter Obdachloser, ein von Faschos zu Tode gehetzter Schwarzer im Osten der Republik, mehrere Brandanschläge auf Synagogen u.a. in Düsseldorf und Erfurt. Plötzlich entdecken Staat, Medien und der »anständige Deutsche« die Gefahr im eigenen Land. Wirklich breite Bündnisse werden geschmiedet, die Regierung lädt zur Antifa-Demo, die NPD soll verboten werden. Die Antifa sieht entweder Heuchelei oder das alljährliche Sommerloch gestopft. Dass der Staat tatsächlich ein Problem mit seinen Nazis hat, glaubt die Antifa nicht. Dass sie selbst ein Problem hat, weiß sie: »Will sich die Antifa momentan in der Gesellschaft politisch verorten, steht sie vor dem Problem, dass der Kampf gegen Nazis, der in der Vergangenheit als Ansatz zur Vermittlung antikapitalistischer Positionen geeignet war, nunmehr Staatslinie ist.« (www.antifa.de) Welche Gründe gibt es für diesen Staat gegen Nazis zu sein? Worin unterscheiden sich der bürgerliche und der »echte« Antifaschismus? »Faschisten morden, der Staat schiebt ab: Das ist das gleiche Rassistenpack!« gehört zum Standardrepertoire jeder Antifa-Demo. Jetzt präsentiert sich der Staat als Speerspitze der Antifa. Ist damit der gesamte Kampf im Nachhinein doch nur staatskonform gewesen? Kann Antifa weiterhin den Kampf ums Ganze, der Kampf gegen das imperialistische System, der Versuch, den nationalen Konsens zu kippen, sein? Ist Antira die Lösung der Antifa?
Termin: 6.-8.7.2001
Information & Anmeldung: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

MEDICO INTERNATIONAL

Die Ökonomie der Bürgerkriege
Es ist besser, einen Krieg auszubeuten als ihn zu gewinnen. Dieses Fazit kann man aus der Betrachtung der nicht enden wollenden Kriege in Afrika ziehen. Bei den bewaffneten Konflikten und Kriegen in Afrika und Lateinamerika geht es um milliardenschwere Geschäfte mit Bodenschätzen wie z.B. Diamanten, Öl und Coltan. Die Liste der Nutznießer dieser Kriege ist lang: Internationale Unternehmen, Politiker, Warlords, Waffenhändler und private Söldnerfirmen. Je nach Bedarf konkurrieren und kooperieren sie bei der Ausbeutung der Bodenschätze miteinander und sorgen damit für die unbegrenzte Weiterführung der Kriege.
Die Konferenz untersucht die Reproduktionsmechanismen und Funktionsweisen von Kriegsökonomien anhand von Länderbeispielen (u.a. Angola, Sierra Leone und Kolumbien) und entlang von Themenfeldern wie der Rolle von Söldnern und Hilfsorganisationen. Ist es möglich, diese Kriege zu beenden oder gar zu vermeiden?
Die Tagung wird veranstaltet von dem Bonn Informationszentrum für Konversion (bicc), der Evangelischen Akademie Hofgeismar und medico international.
Termin: 19.-21.10.01 in der Ev. Akademie Hofgeismar **Information:**
Anne Jung, medico international
Obermainanlage 7, D-60314 Frankfurt
☎(0 69) 944 38 27, Fax 43 60 02
E-Mail: medico.jung@t-online.de
www.medico.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM (40 Euro) (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg